

# Amtsblatt

# Kanton Bern

188. Jahrgang | Nr. 4 | Mittwoch, 23. Januar 2019

## Abonnementspreise

12 Monate Fr. 78.–, 6 Monate Fr. 46.–,  
3 Monate Fr. 28.–, ein Monat Fr. 15.–.  
Unbefristete Abonnemente laufen bis zum  
schriftlichen Widerruf. Die Abonnementsgebühr  
wird pro Kalenderjahr erhoben.

## Abonnemente

Tel. 032 344 82 15, Fax 032 344 83 38  
E-Mail: amtsblattabo@gassmann.ch

## Erscheinungsweise:

jeweils Mittwoch

## Annahme- und Anzeigenschluss

Freitag der Vorwoche, 10.00 Uhr;  
vor staatlich anerkannten Feiertagen, welche  
auf Wochentage fallen, bitte jeweils Voranzeige  
im Amtsblatt beachten.

## Ämtliche Publikationen

W. Gassmann AG  
Längfeldweg 135, Postfach, 2501 Biel.  
Publikationsverwaltung:  
Tel. 032 344 82 61, Fax 032 344 83 53  
E-Mail: amtsblatt@gassmann.ch

## Publikationstarif

ämtlicher Teil: Fr. 1.08 pro Millimeter  
zuzüglich Fr. 15.10 Grundgebühr.

## Zuschläge pro Publikation bzw. Person:

einleitender Kommentar bis 35 mm Fr. 15.–,  
bis 70 mm Fr. 28.–, bis 150 mm Fr. 53.–,  
15% Preiserhöhung für Publikationen ausser-  
kantonalen Auftraggeber.

## Anzeigentarif

Millimeterpreis Fr. –.91  
Stellenanzeigen Fr. –.99 (mind. 2 Spalten)  
Chiffregebühr Fr. 40.–  
Sämtliche Preise zuzüglich 7,7% MwSt.

## Anzeigenverkauf

Gassmann Media AG  
Längfeldweg 135, 2501 Biel  
Tel. 032 344 82 61, Fax 032 344 83 53  
E-Mail: service@gassmann.ch

## Verlag

W. Gassmann AG  
Längfeldweg 135, Postfach  
2501 Biel

ISSN 1662-1700

AZA  
2501 Biel



## Direktionen des Regierungsrates

### Baupublikation

#### Hasle bei Burgdorf

*Publikation Mitfinanzierung von Bauvorhaben,  
gestützt auf Artikel 13 Strukturverbesserungs-  
verordnung (SW) vom 7.12.1998 (SR 913.1)*

Gesuchsteller: Stalder Christoph und Ursula, Biem-  
bachstrasse 1, 3415 Hasle bei Burgdorf.

Art des Projektes: Erweiterung Hofladen sowie der  
Verarbeitungs- und Lagerräume als Diversifizierungs-  
massnahme in der Landwirtschaft.

Mitfinanzierung: Es steht ein Investitionskredit zur  
Diskussion.

Gegen die vorgesehene Mitfinanzierung des Bauvor-  
habens können bestehende Unternehmen im Ein-  
zugsgebiet bei der Abteilung Strukturverbesserungen  
und Produktion (ASP), Schwand, 3110 Münsingen,  
innerhalb von 30 Tagen schriftlich und begründet  
Einsprache erheben.

### Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG)

#### Auflösung von Personalvorsorgeeinrichtungen

*Personalfürsorgestiftung der Neroform AG, Schweiz  
Telefon-Desinfektionsgesellschaft in Liquidation  
Mitteilung an die Destinatäre*

Die ämtliche Verwalterin/Liquidatorin hat die Aufhe-  
bung der Stiftung und Verteilung des ungebundenen  
Stiftungsvermögens an die Destinatäre beschlossen.  
Ehemalige Mitarbeitende der Stifterfirma und alle  
Destinatäre können die Unterlagen am Sitz der ämt-  
lichen Verwaltung einsehen. Allfällige Ansprüche sind  
innert 30 Tagen, ab Publikation dieser Bekanntma-  
chung, bei «Von Graffenried AG Treuhand, Frau Rita  
Portner, Waaghausgasse 1, Postfach, 3000 Bern 7»  
anzumelden, mit Kopie an die Bernische BVG- und  
Stiftungsaufsicht (BBSA), Belpstrasse 48, Postfach,

3000 Bern 14. Die Ansprüche sind zu begründen,  
allfällige Beweisunterlagen beizulegen.

Bernische BVG- und Stiftungsaufsicht (BBSA)  
Hansjörg Gurtner, Geschäftsleiter

### Beschwerdeentscheid

**Schilt**, Claude Alain, geb. 30.1.1954, unbekann-  
ten Aufenthaltes, wird als Beschwerdeführer im  
Beschwerdeverfahren 2017.POM.289 der folgende  
Entscheid vom 14. Januar 2019 zur Kenntnis ge-  
bracht:

1. Die Beschwerde wird abgewiesen.
2. Die Verfahrenskosten von Fr. 200.– werden dem  
Beschwerdeführer auferlegt.

Rechtsmittelbelehrung: Dieser Entscheid kann bin-  
nen 30 Tagen seit Eröffnung mit Beschwerde beim  
Verwaltungsgericht des Kantons Bern, Verwaltungs-  
rechtliche Abteilung, Speichergasse 12, 3011 Bern,  
angefochten werden. Eine Beschwerde muss in drei  
Exemplaren eingereicht werden und einen Antrag,  
eine Begründung und die Unterschrift enthalten. Der  
angefochtene Entscheid und die greifbaren Beweis-  
mittel sind beizulegen.

Bezugsquelle: Das Original des Entscheids kann bei  
der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern,  
Rechtsdienst, Kramgasse 20, 3011 Bern, angefordert  
werden.

Bern, 14. Januar 2019  
Der Polizei- und Militärdirektor  
Philippe Müller, Regierungsrat

### Entsendegesetz Loi sur les travailleurs détachés

#### Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:

1. Gegen die Firma ABB s.r.o., Vyskocilova 1561/4a,  
14000 Prag 4, Tschechische Republik, wird  
ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von  
12 Monaten verhängt.
2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

## Aus dem Inhalt

- S. 73** Direktionen des Regierungsrates
- S. 79** Rechnungsruf im öffentlichen Inventar
- S. 79** Erb- und güterrechtliche Publikationen
- S. 81** Staatsanwaltschaft- und Jugend-  
anwaltschaft
- S. 82** Regionalgerichte
- S. 87** Schuldbetreibung und Konkurs
- S. 94** Baupublikationen
- S. 95** Ausserordentliche Baugesuche
- S. 96** Verschiedene gesetzliche Publikationen
- S. 97** Öffentliche Beschaffungen

Erscheint jeweils Mittwoch

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen Herrn Adam Rozum, mit Geschäftssitz Steszewska 106, 64-320 Dobiezyń, Polen, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen die Firma AXA-Generalvertretung, Oranienbaumer Strasse 1, 06773 Gräfenhainichen/OT Jüdenberg, Deutschland, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Ihr werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.— auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt:**

1. Da die Firma Bluemel Services, Hohensteiner-Strasse 54, 09117 Chemnitz, Deutschland, die angeforderten Unterlagen nachgereicht hat, wird das Verfahren kostenpflichtig eingestellt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 135.—.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen Herrn Christian Müller, mit Geschäftssitz Georg-Schumann-Strasse 324, 04159 Leipzig, Deutschland, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des

Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft fordert in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG**

Herrn Dariusz Czarniecki, mit Geschäftssitz Ul. Jana Matejki 64c/9, 66-400 Gorzów, Polen, zur Stellungnahme auf.

Gemäss Kontrolle der Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE vom 5.9.2018 hat Herr Dariusz Czarniecki gegen die Auskunftspflicht verstossen. Er wird eingeladen innerhalb von drei Wochen ab Veröffentlichung eine Stellungnahme einzureichen. Nach dieser Frist entscheidet das beco gestützt auf die bestehende Aktenlage.

Der vollständige Text des Schreibens kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Tel. 031 633 58 10, bezogen werden.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. b EntsG:**

1. Die Firma FHU ERGOOFFICE Paweł Slowikowski, Drozdów 80, 43-100 Tychy, Polen, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 1500.— belegt.

[...]

2. Ihr werden keine Kontrollkosten auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

**Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in  
Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Gerhard Helmut Walter, Möbelmontage Service, Mühlhof 6, 74232 Abstatt, Deutschland, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.– belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.– auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

**Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in  
Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen Herrn Heiko Erdmann, DiBo Dienstleistungsservice – Fussbodenverlegung, Schnellerstrasse 58a, 12439 Berlin, Deutschland, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

**Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in  
Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Die Firma Huppertz Global GmbH, Dorfbrunde 25, 19243 Wittendörp-Boddin, Deutschland, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 500.– belegt.

[...]

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

**Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in  
Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen die Firma Jacek Stefan Olszewski Bowlcomplex, al. Wojska Polskiego 5, 72-110 Przbiernow, Polen, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

**Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in  
Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Die Firma Jacek Stefan Olszewski Bowlcomplex, al. Wojska Polskiego 5, 72-110 Przbiernow, Polen, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 500.– belegt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

**Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in  
Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Karol Krupa, mit Geschäftssitz Lipnica 34, 26-100 Wolow, Polen, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.– belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.– auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

**Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in  
Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen Herrn Krzysztof Nowosielski, mit Geschäftssitz Ul. Stanislawia Staszica 13 B/7, 66-400 Gorzow Wielkopolski, Polen, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen die Firma Lars Grosse, Breiter Weg 45, 06295 Lutherstadt Eisleben, Deutschland, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Die Firma M. Stademann Ihr Allrounder, Reichenstrasse 6, 25541 Brunsbüttel, Deutschland, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 250.— belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.— auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Die Firma MAKs-Messeagentur, Am Schicksbaum 77, 47804 Krefeld, Deutschland, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 500.— belegt.

[...]

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Marcel Beloch, mit Geschäftssitz Petrov 186, 696-65 Hodonin, Tschechische Republik, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.— belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.— auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Marek Zawadzki, Zbozowa 5, 32-500 Chrzanow, Polen, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.— belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.— auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Martin Stastny, mit Geschäftssitz Sladkovicovo 978, 05311 Smizany, Slowakei, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.— belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.— auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.—.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

#### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen Herrn Mateusz Rosadzinski, Firma Expomatty Mateusz Rosadzinski, Os. 700 lecia Miasta Buk 5/10, 64-320 Buk, Polen, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

#### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Mathias Schwass, M. S. Bauservice, Pfarrhübel 55, 09125 Chemnitz, Deutschland, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.– belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.– auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des

Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

#### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen die Firma Miran Brumen S.P., Trnovski Vrh 14, 2254 Trnovska vas, Slowenien, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 24 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

#### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt:**

1. Da die Firma Möbel- und Küchenmontage Mainka, Norbert Mainka, Steinhübel 15d, 66424 Homburg, Deutschland, die Lohn- und Arbeitsbedingungen marginal verletzt hat, wird das Verfahren kostenpflichtig eingestellt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 135.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind

beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

#### **Das beco – Berner Wirtschaft fordert in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG**

Herrn Paul Frasch, mit Geschäftssitz Ahrstrasse 4, 6613 Saarbrücken, Deutschland, zur Stellungnahme auf.

Gemäss Kontrolle der Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE vom 8.1.2019 hat Herr Paul Frasch gegen die Dokumentationspflicht verstossen. Er wird eingeladen innerhalb von 3 Wochen ab Veröffentlichung eine Stellungnahme einzureichen. Nach dieser Frist entscheidet das beco gestützt auf die bestehende Aktenlage.

Der vollständige Text des Schreibens kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Tel, 031 633 58 10, bezogen werden.

beco – Berner Wirtschaft Economie bernoise

#### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen die Firma POINT BIRO d.o.o., Teharska cesta 4a, 3000 Celje, Slowenien, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 18 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

#### **En application de l'article 9, alinéa 2, lettre a LDét, le beco – Economie bernoise invite**

Madame Rose Emma MARION, 6, avenue Leclerc, 69007 Lyon, France, à fournir une prise de position.

Suite à l'inspection effectuée par le Contrôle du marché du travail Berne (CMTBE) le 5 décembre 2018, Madame Rose Emma MARION a enfreint l'obligation

de fournir la documentation requise. Elle est enjointe de soumettre une prise de position d'ici dans les trois semaines à partir de la publication. Passé ce délai, le beco statuera en fonction de l'état actuel du dossier.

Le texte intégral du courrier peut être obtenu auprès du beco – Economie bernoise, Surveillance du marché du travail, Laupenstrasse 22, 3011 Berne, téléphone 031 633 58 10.

beco – Economie bernoise

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Sever Partenie, Firma Montageplus GbR, Stuttgarterstrasse 32, 71672 Marbach am Neckar, Deutschland, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.– belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.– auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. e EntsG:**

1. Gegen Herr Thomas Weikert, Messebau Weikert, Dr. Erich-Naumannstrasse 10, 79426 Buggingen, Deutschland, wird ein Dienstleistungsverbot in der Schweiz von 12 Monaten verhängt.

2. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

3. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Tobias Bauer, MENBAUER, Rosenweg 11, 37339 Breitenworbis, Deutschland, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.– belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.– auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

### **Das beco – Berner Wirtschaft fordert in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG**

Herrn Viktor Bernwald, Bodenbau, Monetstrasse 31, 66292 Riegelsberg, Deutschland, zur Stellungnahme auf.

Gemäss Kontrolle der Arbeitsmarktkontrolle Bern AMKBE vom 8.1.2019 hat Herr Viktor Bernwald gegen die Dokumentationspflicht verstossen. Er wird eingeladen innerhalb von 3 Wochen ab Veröffentlichung eine Stellungnahme einzureichen. Nach dieser Frist entscheidet das beco gestützt auf die bestehende Aktenlage.

Der vollständige Text des Schreibens kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Tel. 031 633 58 10, bezogen werden.

beco – Berner Wirtschaft Economie bernoise

### **Das beco – Berner Wirtschaft verfügt in Anwendung von Art. 9 Abs. 2 Lit. a EntsG:**

1. Herr Vince Verbeek, V. Verbeek Onderhoud & Montage, Naaldwijkseweg 13, 2691 RB's-Gravenzande, Niederlande, wird mit einer Verwaltungssanktion von Fr. 200.– belegt.

[...]

2. Ihm werden die Kontrollkosten in der Höhe von Fr. 90.– auferlegt.

3. Die Verfahrenskosten betragen Fr. 90.–.

[...]

4. Zu eröffnen: Im Amtsblatt des Kantons Bern (Art. 44 Abs. 5 Bst. a VRPG).

[...]

Der vollständige Text der Verfügung kann beim beco – Berner Wirtschaft, Arbeitsmarktaufsicht, Laupenstrasse 22, 3011 Bern, Telefon 031 633 58 10, bezogen werden.

Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit ihrer Eröffnung bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern, Rechtsabteilung, Münsterplatz 3a, CH-3011 Bern, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde muss einen Antrag, eine Begründung und eine Original-Unterschrift enthalten. Eine Kopie dieser Verfügung sowie weitere greifbare Beweismittel sind beizulegen. Damit die Frist eingehalten ist, muss die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden sein. Die Übergabe an eine ausländische Post genügt nicht, um die Frist einzuhalten.

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21; www.be.ch/belex).

Hinweise: Per Fax oder E-Mail kann nicht Beschwerde geführt werden. Die Original-Unterschrift muss von zeichnungsberechtigten Personen geleistet werden. Die Vertretung ist Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten vorbehalten, die in der Schweiz oder der EU zur Berufsausübung berechtigt sind.

beco – Berner Wirtschaft

## **Mitwirkungsverfahren**

### **Kantonsstrassen**

Für das nachstehende Bauvorhaben wird gemäss Artikel 58 des kantonalen Baugesetzes der Mitwirkungsbericht zur Information öffentlich aufgelegt.

*Kantonsstrasse Nr. 1321/Aegerten–Scheuren  
Gemeinde Schwadernau*

Bauvorhaben: 230.10696/Sanierung Kreuzung Hauptstrasse/Schulstrasse/Weidgasse.

Auflage: Vom 23. Januar 2019 bis 22. Februar 2019.  
Auflageort: Gemeindeverwaltung Schwadernau und www.schwadernau.ch.

Biel, 17. Januar 2019  
Oberingenieurkreis III

## **Strassenverkehr**

### **Verkehrerschwörung bzw. -sperrung oder -umleitung**

Gestützt auf Artikel 65 und 66 des Strassengesetz es vom 4. Juni 2008 (SG, BSG 732.11) und Artikel 43 der Strassenverordnung vom 29. Oktober 2008 (SV, BSG 732.111.1) wird auf dieser Kantonsstrasse die Verkehrsabwicklung wie folgt erschwert:

*Kantonsstrasse Nr. 1123 Wilderswil–Saxeten  
Gemeinde Wilderswil  
Sicherheitsholzerei*

Teilstrecke: Chammeribode (Koordinaten 2.631.920/1.167.615) bis Schwandwald (Koordinaten 2.631.890/1.167.650).

Dauer: 28. Januar bis 8. Februar 2019. Reserve: 11. Februar bis 15. Februar 2019. Montag bis Freitag, 8 bis 17 Uhr.

Verkehrsführung: Teilweise einspurige Verkehrsführung.

Einschränkungen: Verkehrsregelung von Hand. Wartezeiten bis 15 Minuten. Die Postautokurse werden soweit wie möglich berücksichtigt.

Grund: Sicherheitsholzerei nach Sturmschäden vom Dezember 2018.

Interlaken, 8. Januar 2019  
Strasseninspektorat Oberland Ost

2-2

**Redaktionsschluss:  
Freitag, 10 Uhr**

## Eröffnung eines Vernehmlassungsverfahrens

Mit Zustimmung des Regierungsrates vom 16. Januar 2019 hat die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion ein Vernehmlassungsverfahren zu folgendem Gegenstand eingeleitet:

– Änderung des Notariatsgesetzes (NG; BSG 169.11)  
Frist zur Einreichung von Stellungnahmen: 17. April 2019.

Zuständige Stelle: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern, Generalsekretariat, Münsterstrasse 2, Postfach, 3000 Bern 8, Telefon 031 633 76 76.

Publikation Vernehmlassungsunterlagen:  
[www.be.ch/vernehmlassungen](http://www.be.ch/vernehmlassungen)

Organisationen und Einzelpersonen, die nicht zum Adressatenkreis gemäss Artikel 16 VMV gehören, können ebenfalls eine schriftliche Stellungnahme einreichen.

Gemäss Art. 16 und 17a VMV  
[www.belex.sites.be.ch](http://www.belex.sites.be.ch)

## Wasserbau

### Wasserbaubewilligungsverfahren gemäss Art. 30 ff. Gesetz über Gewässerunterhalt und Wasserbau vom 14. Februar 1989 (WBG) und Art. 5 Koordinationsgesetz vom 21. März 1994 (KoG)

Gemeinde Saanen

Wasserbauträger: Schwellenkorporation Saanen.

Gewässer: Ehetgrabe (63765).

Ort: Ehefti, 3778 Schönried.

Koordinaten: von 2.587.209/1.151.296, bis 2.587.589/1.151.220.

Vorhaben: Instandstellungsprojekt (ISP) Ehetgraben.

Beanspruchte Ausnahmen:

– Bauen ausserhalb der Bauzone Art. 24 RPG i.V.m. Art. 5 WBG Art. 30 Abs. 3 WBG

– Fischereirechtliche Bewilligung nach Art. 8-10 BGF, Art. 8-10 und 13 FIG

– Ausnahmebewilligung für Eingriffe in die Ufervegetation nach Art. 18 Abs. 1<sup>bis</sup> und 1<sup>ter</sup>, Art. 21 und 22 Abs. 2 NHG/Art. 12, Art. 13 Abs. 3 und Art. 17 NSchV

– Gewässerschutzbewilligung nach Art. 11 KGSchG  
– Baute oder Anlage im Wald nach Art. 16 WaG, Art. 14 WaV und Art. 35 KWaV

Auflage- und Einsprachefrist: 16. Januar 2019 bis 15. Februar 2019.

Auflage- und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung Saanen.

Die Einsprachebefugnis richtet sich nach Art. 24 Abs. 2 WBG.

Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind innert der Auflage- und Einsprachefrist schriftlich und mit Begründung der Einsprachestelle einzureichen.

Thun, 10. Januar 2019 2-2  
Oberingenieurkreis I  
Tiefbauamt des Kantons Bern

## Rechnungsruf im öffentlichen Inventar

Gemäss Artikel 582 ZGB und Artikel 38 ff. der Verordnung vom 18. Oktober 2000, betreffend die Errichtung des Inventars, werden die Gläubigerinnen und Bürgschaftsgläubiger der genannten Person(en) aufgefordert, ihre Ansprüche innerhalb der angegebenen Fristen bei der zuständigen Behörde schriftlich einzureichen. Für nicht angemeldete Forderungen wird jede Haftpflicht abgelehnt (Art. 590 ZGB). Gleichzeitig werden auch die Schuldner und Schuldnerinnen aufgefordert, innerhalb der nämlichen Frist ihre Schulden bei dem mit der Errichtung des Inventars beauftragten Notar bzw. bei der beauftragten Notarin schriftlich anzumelden.

## Verlassenschaft

Durch Verfügung vom 15. Januar 2019 des Herrn Regierungsratspräsidenten von Obersimmental-Saanen ist über den

Nachlass der nachgenannten Person das öffentliche Inventar angeordnet worden.

**Scherer, René Kurt**, geb. 12. Dezember 1931, von Bremgarten, verwitwet, wohnhaft gewesen Chalet Ené, Alpenruhstrasse 10, 3792 Saanen, verstorben am 14. November 2018.

Eingabefrist: Ein Monat nach der ersten Publikation.

Anmeldestellen:

a) Regierungsstathalteramt Obersimmental-Saanen, Amthaus, Schönriedstrasse 9, Postfach 98, 3792 Saanen:  
Für Forderungen und Bürgschaftsansprüche gegenüber dem Erblasser.

b) Herr Michel A. Müller, Notar und Fürsprecher, Chalet Oxalis, Belairstrasse 6, 3780 Gstaad:  
Für Guthaben des Erblassers.

Massaverwalter: Herr Michel A. Müller, Notar und Fürsprecher, Chalet Oxalis, Belairstrasse 6, 3780 Gstaad.

Für nicht angemeldete Forderungen haften die Erben weder persönlich noch mit der Erbschaft (Art. 590 ZGB).

Gstaad, 17. Januar 2019 3-1  
Der Beauftragte: Michel A. Müller  
Notar und Fürsprecher, Chalet Oxalis  
Belairstrasse 6, 3780 Gstaad

## Er- und güterrechtliche Publikationen

### Erbenruf (Erbschaftseröffnung)

**Battaglia-Gonçalves, Amélia**, Tochter der Aida und des Delfim Gonçalves, italienische Staatsangehörige, geboren am 4. März 1931, verheiratet, wohnhaft gewesen Worbsstrasse 296, 3073 Gümligen, Muri bei Bern, ist am 11. September 2018 in Muri bei Bern verstorben.

An die unbekanntenen Erben der Verstorbenen ergeht ein Erbenruf gemäss Artikel 555 ZGB. Gesucht werden insbesondere allfällige unbekanntete Nachkommen und die Eltern der Erblasserin, Frau Aida Gonçalves und Herr Delfim Gonçalves, bzw. deren Nachkommen.

Personen, die Anspruch auf die Erbschaft erheben, werden öffentlich aufgefordert, sich innert Jahresfrist seit der letztmaligen Publikation dieses Erbenrufes bei Notar Roger Messerli, Dorfstrasse 19, 3534 Signau, schriftlich zu melden. Der Meldung sind amtliche Ausweise beizulegen, welche die Erbberechtigung nachweisen. Sachdienliche Hinweise Dritter sind ebenfalls an Notar Roger Messerli zu richten.

Gehen innert Jahresfrist keine Meldungen ein, so fällt die Erbschaft unter Vorbehalt der Erbschaftsklage an die bekannten Erben.

Signau, 28. Dezember 2018 3-2  
Der Beauftragte: Notar Roger Messerli

Frau **Martha Egger geb. Beetschen**, geb. 28. Januar 1918, von Aarwangen BE, verwitwet, Riedgasse 24, 4912 Aarwangen, ist am 22. Oktober 2018 in Aarwangen verstorben.

Die hiervor genannte Person hat einen Erbvertrag vom 25. März 2010 mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge hinterlassen. Für gesetzliche Erben unbekannteten Aufenthaltes gelten die vorliegenden Publikationen als Eröffnung im Sinne von Artikel 558 Abs. 2 ZGB.

Gesetzliche Erben können innert der Auflagefrist in die aufgeführten Unterlagen Einsicht nehmen, davon Abschriften verlangen und gegebenenfalls dagegen schriftlich Einsprache erheben. Erfolgt innerhalb der angegebenen Frist keine Einsprache, so wird den der eingesetzten Erben auf Verlangen die Erbenbescheinigung gemäss Artikel 559 Abs. 1 ZGB ausgestellt, unter Vorbehalt der Ungültigkeits- und Erbschaftsklage.

Auflage im Notariat Martin Stauffer, Zieglerstrasse 7, 4900 Langenthal.

Einsprachen sind bis und mit 7. März 2019 an Notar Martin Stauffer, Zieglerstrasse 7, 4900 Langenthal, zu richten.

Langenthal, 15. Januar 2019 3-1  
Der Beauftragte Notar: Martin Stauffer  
Zieglerstrasse 7, 4900 Langenthal

### Deuxième publication

Madame **Richard, Madeline**, née le 8 septembre 1928, originaire de Plateau de Diesse (BE), fille de Arthur Edmond Richard et Jeanne Rosine Richard, née Racine, célibataire, de son vivant domiciliée à 2516 Lamboing, route d'Orvin 7, en séjour au Home Mon repos, à La Neuveville, est décédée à La Neuveville le 27 février 2018.

Le Conseil communal a décidé de l'administration d'office de la succession de Mme Madeline Richard et nommé M<sup>e</sup> Jacques-Alain Gigandet, notaire à La Neuveville, en qualité d'administrateur de la succession.

Tous les héritiers n'étant pas connus avec certitude, le Conseil communal de Plateau de Diesse, conformément aux dispositions de l'art. 555 CCS, invite ces derniers à adresser à l'administration communale de Plateau de Diesse, La Chaîne 2, 2515 Prêles, leur déclaration d'héritier dans l'année qui suit la première de la présente publication (FOD No 1 du 11.1.2019), en fournissant la preuve de leur droit.

2515 Prêles, le 11 janvier 2019 3-2  
Commune mixte de Plateau de Diesse

**Schwaller, Erika**, geboren am 1. Juni 1946, von Luterbach SO, ledig, wohnhaft gewesen Länggasse 48, 2504 Biel/Bienne, Tochter der Gerda Knoll, adoptiert von Josef Schwaller, verstorben am 4. Juli 2018 in Biel/Bienne.

An die unbekanntenen Erben der Verstorbenen ergeht ein Erbenruf gemäss Art. 555 Schweiz. Zivilgesetzbuch (ZGB).

Personen, die Anspruch auf die Erbschaft erheben, werden aufgefordert, sich innert Jahresfrist seit der letztmaligen Publikation dieses Erbenrufes beim unterzeichnenden Notar zu melden.

Der Anmeldung sind zivilstandsamtliche Ausweise beizulegen, welche die Erbberechtigung nachweisen. Sachdienliche Hinweise Dritter sind ebenfalls an den Notar zu richten.

Biel/Bienne, 7. Januar 2019 3-2  
Christoph Rothenbühler, Notar  
Karl-Neuhaus-Strasse 21, Postfach  
2501 Biel/Bienne  
++41 32 329 20 40  
[ch.rothenbuehler@notariat21.ch](mailto:ch.rothenbuehler@notariat21.ch)

**Willi, Alfons**, geboren am 29. Februar 1928 in Schaffhausen SH, Sohn des Alfons und der Walburga Karolina geb. Vogel, von Ehrendingen AG, ledig, wohnhaft gewesen Solothurnstrasse 76, Stiftung Rotonda, 3303 Jegenstorf BE, verstorben in Jegenstorf am 25./26. September 2018.

Der Verstorbene hinterliess eine eigenhändige letztwillige Verfügung vom 16. September 2013, mit teilweiser Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 8. November 2018 den eingesetzten Erben und den bekannten gesetzlichen Erben durch die beauftragte Notarin.

Der Erbenruf ergeht an die unbekanntenen gesetzlichen Erben.

Die gesetzlichen Erben des Verstorbenen werden in Anwendung von Art. 555 ZGB hiermit aufgefordert, sich innert Jahresfrist seit der dritten Publikation dieses Erbenrufes bei der beauftragten Notarin zu melden.

Zugleich erfolgt durch diese Publikation im Sinne von Art. 558 Abs. 2 ZGB die Eröffnung der Verfügung von Todes wegen an die gesetzlichen Erben unbekannteten Aufenthaltes.

Die gesetzlichen Erben haben das Recht, bei der beauftragten Notarin gegen Nachweis ihrer Erbberechtigung bzw. ihrer Identität Einsicht in die Verfügung von Todes wegen zu nehmen sowie die Aushändigung einer Kopie der Verfügung von Todes wegen zu verlangen.

Bern, 11 Januar 2019 3-2  
Die beauftragte Notarin: Birgit Biedermann  
Casinoplatz 8, 3011 Bern

## Letztwillige Verfügungen/Erbverträge

### Testamentseröffnung

Die hiernach genannten Personen haben Verfügungen von Todes wegen hinterlassen. Soweit die Adressen der gesetzlichen Erben der Eröffnungsbehörde bekannt sind, hat sie diesen Abschriften zugestellt. Für gesetzliche Erben unbekanntes Aufenthaltes gelten die hiernach folgenden Publikationen als Eröffnung im Sinne von Artikel 558 ZGB.

Gesetzliche Erben können innert der Auflagefrist in die vorgefundenen Verfügungen Einsicht nehmen, davon Abschriften verlangen und gegebenenfalls dagegen Einsprache erheben. Erfolgt innerhalb der angegebenen Frist keine Einsprache, so wird den eingesetzten Erben auf Verlangen die Erbenbescheinigung gemäss Artikel 559 ZGB ausgestellt, unter Vorbehalt der Ungültigkeits- und der Erbschaftsklage.

**Daniel geb. Blatter**, \*Ursula\* Veronika, Tochter des Friedrich und der Heidi, geschieden, geboren am 3. August 1935, von Schwendibach BE, wohnhaft Schänzlistrasse 63, Alterszentrum Viktoria, 3013 Bern, gestorben am 9. Dezember 2018.

Letztwillige Verfügung vom 23. Juni 1997, eröffnet am 9. Januar 2019 durch das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern, Bereich Erbschaftsamt.

Auflage beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern, einzureichen.

Bern, 16. Januar 2019 3-2  
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern  
Bereich Erbschaftsamt

**Gehrig geb. Fertschnig**, Eleonore, Tochter des Peter und der Elisabeth Fertschnig, geboren am 11. November 1928, von Trub BE, verwitwet, wohnhaft gewesen in 3362 Niederönz, mit Aufenthalt im Alters- und Pflegeheim Schärme in Melchnau, verstorben am 13. Oktober 2018 in Melchnau BE.

Die Verstorbene hat vollständig über ihren gesamten Nachlass letztwillig verfügt. Allfällig weiteren gesetzlichen Erben wird auf diesem Wege von der öffentlich beurkundeten letztwilligen Verfügung Kenntnis gegeben. Die gesetzlichen Erben haben das Recht, gegen Nachweis ihrer Erbberechtigung bei Notar Christoph Fankhauser, Fabrikstrasse 6, 3360 Herzogenbuchsee, Einsicht in die öffentlich beurkundete letztwillige Verfügung der Erblasserin zu nehmen und Kopien zu verlangen.

Die von der Erblasserin eingesetzten Erben werden als Erben anerkannt, sofern dagegen von den gesetzlichen Erben nicht innert Monatsfrist ab der dritten Publikation dieser Bekanntmachung Einsprache im Sinne von Art. 559 ZGB erhoben wird.

Einsprachen sind an den beauftragten Notar zu richten.

Herzogenbuchsee, 24. Dezember 2018 3-3  
Notariat Fankhauser  
Christoph Fankhauser, Notar und Fürsprecher  
Fabrikstrasse 6, 3360 Herzogenbuchsee

**Hrzenjak**, Elizabeta, Tochter des Florijan Jagic und der Julijana Jagic, geboren am 26. Februar 1928, von Bern BE, wohnhaft gewesen Quartiergasse 12, 3013 Bern, verstorben am 6. November 2018 in Bern BE. Die letztwilligen Verfügungen vom 24. Mai 2013 und 8. Mai 2018 mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge wurden der eingesetzten Alleinerbin und den Vermächtnisnehmern am 11. Januar 2019 durch Notar Georg Volz eröffnet.

Auflage im Notariat Georg Volz, Spitalgasse 4, 3001 Bern.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an Georg Volz, Spitalgasse 4, Postfach, 3001 Bern, einzureichen.

Bern, 16. Januar 2019 3-1  
Georg Volz, Rechtsanwalt, Notar und eidg. dipl. Steuerexperte

Den unbekannt abwesenden gesetzlichen Erben von Frau **Kohli**, Katharina, geboren am 25. August 1928, von Guggisberg BE, ledig, wohnhaft gewesen im Pflegeheim Schloss, Wuhlstrasse 110 A, 3068 Utzli-

gen, verstorben am 21. November 2018, wird hiernit öffentlich zur Kenntnis gebracht, dass die Erblasserin am 8. Juni 2012 eine eigenhändige letztwillige Verfügung mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge und Erbinsetzung errichtet hat.

Der beauftragte Notar hat die Verfügungen von Todes wegen den bekannten Erben am 7. Januar 2019 schriftlich eröffnet.

Für alle gesetzlichen Erben unbekanntes Aufenthaltes erfolgt die Eröffnung dieser Verfügungen von Todes wegen durch Publikation im Sinne von Artikel 558 Absatz 2 ZGB. Die gesetzlichen Erben haben das Recht beim beauftragten Notar gegen Nachweis ihrer Erbberechtigung bzw. ihrer Identität Einsicht in die Verfügungen von Todes wegen zu nehmen und die Aushändigung einer Kopie zu verlangen.

Allfällige Einsprachen sind schriftlich innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an den beauftragten Notar zu richten.

Die eingesetzten Erben werden anerkannt, sofern dagegen nicht innert Monatsfrist, gerechnet ab der dritten Publikation dieser Bekanntmachung, beim beauftragten Notar Einsprache im Sinne von Artikel 559 ZGB erhoben wird.

Bern, 11. Januar 2019 3-2  
Ed. Marcel Steck, Fürsprecher und Notar  
Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern

**Nacht**, Marlise, geboren am 25. Juni 1936, von Vechigen BE, ledig, Tochter des Nacht Adolf Friedrich und der Nacht geb. Joss Anna Margaritha, wohnhaft gewesen Funkstrasse 106/512, 3084 Wabern, Gemeinde Köniz, aufgefunden am 22. Dezember 2018 in Köniz BE.

Die letztwillige Verfügung, mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, wurde am 14. Januar 2019 vom Testamentsdienst Köniz eröffnet.

Auflage beim Testamentsdienst Köniz, Landorfstrasse 1, 3098 Köniz.

Einsprachen innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an den Testamentsdienst Köniz, Landorfstrasse 1, 3098 Köniz.

Köniz, 16. Januar 2019 3-1  
Testamentsdienst Köniz

**Soltermann**, Irene, Tochter des Otto Walter und der Anna geb. Saxer, geschieden, geboren am 31. Mai 1946, von Vechigen/BE, Erlenweg 10, 3005 Bern, verstorben am 27. Dezember 2018.

Letztwillige Verfügung vom 4. November 2010 mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 23. Januar 2019 durch das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern, Bereich Erbschaftsamt.

Auflage beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern, einzureichen.

Bern, 23. Januar 2019 3-1  
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern  
Bereich Erbschaftsamt

**Sommer**, \*Silvia\* Dora, Tochter des Max Kurt und der Klara geb. Wyss, ledig, geboren am 27. Juni 1928, von Schlatt ZH, wohnhaft gewesen Grüneckweg 14, Seniorenvilla Grüneck, 3006 Bern, verstorben am 8. Dezember 2018.

Letztwillige Verfügung vom 27. Juni 2013, mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 9. Januar 2019 durch das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern, Bereich Erbschaftsamt.

Auflage beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern, einzureichen.

Bern, 16. Januar 2019 3-2  
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern  
Bereich Erbschaftsamt

**Varone geb. Bernt Anna Maria Gabriele**, Tochter der Bernt Brigitte Anna, geb. am 4. Januar 1964, von Savièses VS, verheiratet, wohnhaft gewesen in 3367 Thörigen, Eigenstrasse 2, verstorben am 9. Dezember 2018 in Bern.

Die Verstorbene hat vollständig über ihren gesamten Nachlass letztwillig verfügt. Allfällig weiteren gesetzlichen Erben wird auf diesem Wege vom Erbvertrag sowie der eigenhändigen letztwilligen Verfügung Kenntnis gegeben. Die gesetzlichen Erben haben das Recht, gegen Nachweis ihrer Erbberechtigung bei Notar Christoph Fankhauser, Fabrikstrasse 6, 3360 Herzogenbuchsee, Einsicht in den Erbvertrag sowie die eigenhändige letztwillige Verfügung der Erblasserin zu nehmen und Kopien zu verlangen.

Die von der Erblasserin eingesetzten Erben werden als Erben anerkannt, sofern dagegen von den gesetzlichen Erben nicht innert Monatsfrist ab der dritten Publikation dieser Bekanntmachung Einsprache im Sinne von Art. 559 ZGB erhoben wird.

Einsprachen sind an den beauftragten Notar zu richten.

Herzogenbuchsee, 17. Januar 2019 3-1  
Notariat Fankhauser,  
Christoph Fankhauser, Notar und Fürsprecher  
Fabrikstrasse 6, 3360 Herzogenbuchsee

### Erbvertrag

Die hiernach genannten Personen haben Verfügungen von Todes wegen hinterlassen. Soweit die Adressen der gesetzlichen Erben der Eröffnungsbehörde bekannt sind, hat sie diesen Abschriften zugestellt. Für gesetzliche Erben unbekanntes Aufenthaltes gelten die hiernach folgenden Publikationen als Eröffnung im Sinne von Artikel 558 ZGB.

Gesetzliche Erben können innert der Auflagefrist in die vorgefundenen Verfügungen Einsicht nehmen, davon Abschriften verlangen und gegebenenfalls dagegen Einsprache erheben. Erfolgt innerhalb der angegebenen Frist keine Einsprache, so wird den eingesetzten Erben auf Verlangen die Erbenbescheinigung gemäss Artikel 559 ZGB ausgestellt, unter Vorbehalt der Ungültigkeits- und der Erbschaftsklage.

**Gerber**, Gottfried, geb. 26.6.1934, Sohn des Gerber Christian Heinrich und der Gerber Maria, von Röthenbach im Emmental BE, Ehemann der Gerber Gertrud seit 21.5.1960, wohnhaft gewesen in 3305 Iffwil, mit Aufenthalt im Seniorenhof, Dorf 18, 3305 Iffwil, verstorben am 1.11.2018.

Der Erblasser hat am 19.4.2010 mit seiner Ehefrau Gertrud Gerber, einen Erbvertrag mit Abänderung der gesetzlichen Erbfolge abgeschlossen. Der Erbvertrag liegt beim beauftragten Notar, Roger Käsermann, Tafelfeldweg 10, 3312 Fraubrunnen zur Einsicht auf. Gesetzliche Erben können innert der Auflagefrist in den Erbvertrag Einsicht nehmen, davon Abschriften verlangen und gegebenenfalls dagegen Einsprache erheben.

Erfolgt innert Monatsfrist ab der dritten Publikation keine Einsprache, so wird der gesetzlichen bzw. eingesetzten Erbin auf Verlangen der Erbschein gemäss Art. 559 ZGB ausgestellt, unter Vorbehalt der erbrechtlichen Klagen.

Fraubrunnen, 16.01.2019 3-1  
Der beauftragte Notar: Roger Käsermann  
Tafelfeldweg 10, 3312 Fraubrunnen

**Lochbronner geb. Schaffer**, 'Katharina' Elisabeth, geboren am 1. Februar 1937, von Basel und Gaiserwald SG, in Sigriswil BE, wohnhaft Stockstrasse 8, 3658 Merligen, ist am 18. November 2018 verstorben.

Die Erblasserin hat mit ihrem Ehemann, Herrn 'Peter' Paul Lochbronner, am 10. März 2000 (Urschrift Nr. C 181 des Notars Dominik Tschabold in Steffisburg) einen Erbvertrag abgeschlossen und die gesetzliche Erbfolge abgeändert.

Dieser Erbvertrag liegt den Beteiligten bei Notar Dominik Tschabold, Oberdorfstrasse 30, 3612 Steffisburg, zur Einsichtnahme auf.

Allfällige Einsprachen sind bis spätestens am 4. März 2019 beim beauftragten Notar schriftlich zu erheben.

Steffisburg, 10. Januar 2019 3-2  
Der Beauftragte Notar: Dominik Tschabold  
Oberdorfstrasse 30, 3612 Steffisburg



**Luginbühl-Hersberger**, Heidy, geboren am 16. September 1936, verwitwet von Luginbühl Hans, wohnhaft gewesen Stueleggstrasse 1, 3704 Krattigen, verstorben am 15. November 2018.

Ehe- und Erbvertrag vom 30. November 1982 sowie Erbvertrag vom 28. September 2011, mit Abänderung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 16. Januar 2019 durch Notar Matthias Brunner.

Auflage bei Notar Matthias Brunner, Lauenenstrasse 18, 3780 Gstaad.

Einsprachen innert Monatsfrist seit der dritten Publikation beim Notar.

Gstaad, 16. Januar 2019 3-1  
Der Notar und Fürsprecher: Matthias Brunner

**Schuler-Albrecht**, Ida, geboren am 22. Januar 1921, von Zürich, verwitwet von Max Schuler, wohnhaft gewesen Hohgantweg 18, 3612 Steffisburg, verstorben am 1. Februar 2018.

Ehe- und Erbvertrag vom 17. August 1981, mit Abänderung der gesetzlichen Erbfolge, eröffnet am 8. Januar 2019 durch Notar Andreas Byland.

Auflage bei Notar Andreas Byland, Bundesgasse 26, 3001 Bern.

Einsprachen innert Monatsfrist seit der dritten Publikation beim Notar.

Bern, 8. Januar 2019 3-2  
Andreas Byland, Notar

**Tschopp**, Hans Rudolf, Sohn der Mosimann, Hermine, geboren 14. März 1929 in Bern, von Hasle bei Burgdorf BE, ledig, wohnhaft gewesen Birchi 26, 3803 Beatenberg, verstorben am 13. Dezember 2018 in Beatenberg BE.

Letztwillige Verfügung vom 31. Juli 1992 mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge und Erbeinsetzung. Auflage der Verfügung von Todes wegen im Notariat Jürg Bretscher, Untere Gasse 15, 3800 Unterseen. Einsprachen innerhalb der Monatsfrist ab der dritten Publikation an Notariat Jürg Bretscher, Untere Gasse 15, 3800 Unterseen.

3800 Unterseen, 21. Januar 2019 3-1  
Der Beauftragte Notar: Jürg Bretscher

Frau **Ida Zutter-Brühlhart**, geb. 19.3.1924, von Uetendorf BE, Witwe des Ernst Zutter, wohnhaft gewesen Süderweg 21 in 3179 Kriechenwil, mit Aufenthalt im Alters- und Pflegeheim «Sunneshym», 3177 Laupen, ist am 1.11.2018 in 3177 Laupen, verstorben. Der öffentlich beurkundete Erbvertrag vom 24.4.1986 mit Aufhebung der gesetzlichen Erbfolge, wurde am 11.1.2019 durch den beauftragten Notar an die eingesetzten Erben eröffnet.

Für die gesetzlichen Erben unbekanntes Aufenthalts gilt die vorliegende Publikation als Eröffnung im Sinne von Art. 558 ZGB.

Der Erbvertrag liegt beim beauftragten Notar Andreas Staender, Jungfrauweg 2 in 3177 Laupen, zur Einsichtnahme auf. Gesetzliche Erben können innert der Auflagefrist in den Erbvertrag Einsicht nehmen, davon Abschriften verlangen und gegebenenfalls dagegen Einsprache erheben.

Erfolgt innert Monatsfrist ab der dritten Publikation keine Einsprache, so wird den eingesetzten Erben auf Verlangen der Erbschein gemäss Art. 559 ZGB ausgestellt, unter Vorbehalt der erbrechtlichen Klagen. Laupen, 11.1.2019

Der Beauftragte Notar: Andreas Staender 3-1  
Jungfrauweg 2, Postfach 11, 3177 Laupen.

**Furlan**, Mihael, Sohn des Josip und der Ida geb. Skalar, Ehemann der Kurz Furlan Christina, geb. 8. Juli 1934, von Bern/BE, Liebegweg 7, 3006 Bern, verstorben am 21. Dezember 2018. Vor der Einbürgerung am 11. November 1987 jugoslawischer Staatsangehöriger.

Letztwillige Verfügung vom 1. Februar 2018/24. Juni 2018, eröffnet am 23. Januar 2019 durch das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern, Bereich Erbschaftsamt.

Auflage beim Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern.

Einsprachen sind innert Monatsfrist ab der dritten Publikation an das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, Bereich Erbschaftsamt, Predigergasse 5, 3011 Bern, einzureichen.

Bern, 23. Januar 2019 3-1  
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Stadt Bern  
Bereich Erbschaftsamt

### Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft

### Strafbefehl

Den nachgenannten Personen unbekanntes Aufenthalts wird hiermit, in Anwendung der Artikel 352 ff., 421 und 426 StPO, Artikel 34 ff., 37 ff., 41 oder 106 StGB sowie der nachstehend aufgeführten Gesetzesbestimmungen, ein Strafbefehl eröffnet. Sie können dagegen Einsprache erheben; die Einsprache muss, datiert und von der beschuldigten Person oder von einer hierzu bevollmächtigten Anwältin oder einem hierzu bevollmächtigten Anwalt unterschrieben und spätestens innerhalb von zehn Tagen nach der Publikation bei der aufgeführten Staatsanwaltschaft eingereicht oder vor Ablauf dieser Frist der schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung im Ausland an die Adresse der Staatsanwaltschaft übergeben sein (Art. 89 ff. StPO); ferner kann die Einsprache innerhalb der Einsprachefrist bei der Staatsanwaltschaft persönlich erhoben werden. Die Beweislast hierfür trifft den Absender. Die Einsprache muss von der beschuldigten Person nicht begründet werden, hingegen besteht für weitere Einspracheberechtigende eine Begründungspflicht. Eingaben per E-Mail oder Fax haben keine Frist wahrende Wirkung. Das Begehren um bedingten Straferlass gilt als Einsprache. Kann die beschuldigte Person glaubhaft machen, dass sie unverschuldet verhindert war rechtzeitig Einsprache zu erheben, so kann sie bei der aufgeführten Staatsanwaltschaft innerhalb von 30 Tagen nach Wegfall des Säumnisgrundes ein Gesuch um Wiederherstellung der Frist einreichen (Art. 94 StPO). Wird Einsprache erhoben, so nimmt die Staatsanwaltschaft die weiteren Beweise ab, die zur Beurteilung der Einsprache erforderlich sind. Bleibt eine Einsprache erhebende Person trotz Vorladung einer Einvernahme unentschuldigt fern, so gilt ihre Einsprache als zurückgezogen. Nach Abnahme der Beweise entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie (a) am Strafbefehl festhält, (b) das Verfahren einstellt, (c) einen neuen Strafbefehl erlässt oder (d) Anklage beim erstinstanzlichen Gericht erhebt (Art. 355 StPO). Im Fall (a) oder (d) werden die Akten zur Fortsetzung des Verfahrens dem zuständigen Gericht überwiesen. Ohne gültige Einsprache wird der Strafbefehl zum rechtskräftigen Urteil. In diesem Fall sind Busse und Kosten innert Monatsfrist der Finanzverwaltung des Kantons Bern (Postkonto 30-406-7), zugunsten der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern, Inkassostelle, zu übernehmen. Gesuche um Ratenzahlungen sind an die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern, Busseninkasso, Kramgasse 20, 3011 Bern, zu richten. Soweit die verurteilte Person die Busse nicht bezahlt und sie auf dem Betreibungsweg uneinbringlich ist, tritt an ihre Stelle die im Strafbefehl festgesetzte Ersatzfreiheitsstrafe. Die Ersatzfreiheitsstrafe entfällt, soweit die Busse nachträglich bezahlt wird. Die Staatsanwaltschaft kann im Strafbefehl mit Zustimmung der beschuldigten Person statt einer unbedingten Geldstrafe oder einer Busse gemeinnützige Arbeit anordnen.

Die Zustimmung zur Anordnung von gemeinnütziger Arbeit kann innert der Einsprachefrist von zehn Tagen (nach Zustellung des Strafbefehls, vgl. oben) schriftlich nachgereicht werden, wobei die oben aufgeführten Voraussetzungen für die Einsprache ebenfalls gelten.

Ein Tagessatz Geldstrafe bzw. Fr. 100.– Busse werden durch vier Stunden gemeinnützige Arbeit abgegolten. Erfolgt keine Zustimmung durch die beschuldigte Person, wird die unbedingte Geldstrafe oder die ausgesprochene Busse vollzogen.

Staatsanwaltschaft des Kantons Bern,  
Region Bern-Mittelland

**Rezahi**, Elias, geb. 1.1.1994, von Afghanistan, unbekanntes Aufenthalts, Tätlichkeiten (1.) und Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz (2.), begangen ca. Ende 2017/Anfang 2018 (1.) und am 9.5.2018 (2.) in Bern, zum Nachteil von Rezaia Tahereh (1.) und in Bern (2.), Busse Fr. 1100.–, Gebühren Fr. 300.–. Die Forderungen der Privatklägerin Rezaia Tahereh werden auf den Zivilweg verwiesen.

Der Staatsanwalt: Th. Perler

### Verfügung

Staatsanwaltschaft des Kantons Bern,  
Region Bern-Mittelland

**Fateh Hemn**, geb. 20.2.1982, von Irak, wird folgende Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft des Kantons Bern, Region Bern-Mittelland, vom 7.1.2019 mitgeteilt:

Das Verfahren gegen Fateh Hemn wird eingestellt.

Das DNA-Profil von Fateh Hemn wird ein Jahr nach der definitiven Einstellung des Verfahrens gelöscht.

Die Verfahrenskosten trägt der Kanton. Der beschuldigten Person wird keine Entschädigung und keine Genugtuung ausgerichtet.

Die Staatsanwältin: B. Janggen-Schibli

### Vorladung

Staatsanwaltschaft des Kantons Bern,  
Region Bern-Mittelland

**Beale**, Torsten, geb. 30.1.1967, von Deutschland, unbekanntes Aufenthalts, wird aufgefordert, persönlich am Dienstag, 12. Februar 2019, 10.30 Uhr bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Bern, Region Bern-Mittelland, Hodlerstrasse 7, 3011 Bern, (Anmeldung 4. Stock) als beschuldigte Person zur Einvernahme zu erscheinen (Einsprache gegen Strafbefehl); unter Androhung der gesetzlichen Folgen im Falle des Ausbleibens.

Ein gültiger Ausweis ist zur Einvernahme mitzubringen und beim Empfang der Staatsanwaltschaft vorzuweisen.

Erscheinungspflicht, Verhinderung und Säumnisfolgen:

1. Wer von einer Strafbehörde vorgeladen wird, hat der Vorladung Folge zu leisten (Art. 205 Abs. 1 StPO).
2. Wer verhindert ist, einer Vorladung Folge zu leisten, hat dies der vorladenden Behörde unverzüglich mitzuteilen; er oder sie hat die Verhinderung zu begründen und soweit möglich zu belegen (Art. 205 Abs. 2 StPO).
3. Bleibt eine Einsprache erhebende Person trotz Vorladung einer Einvernahme unentschuldigt fern, so gilt ihre Einsprache als zurückgezogen (Art. 355 Abs. 2 StPO).

Die Verfahrensleiterin: M. Rey

**Zahran Amr Abdel Samea El Yamany**, geb. 21.8.1976, von Aegypten, unbekanntes Aufenthalts, wird aufgefordert, persönlich am Dienstag, 12. Februar 2019, 10 Uhr, bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Bern, Region Bern-Mittelland, Hodlerstrasse 7, 3011 Bern, (Anmeldung 4 Stock) als beschuldigte Person zur Einvernahme zu erscheinen (Einsprache gegen Strafbefehl), unter Androhung der gesetzlichen Folgen im Falle des Ausbleibens.

Ein gültiger Ausweis ist zur Einvernahme mitzubringen und beim Empfang der Staatsanwaltschaft vorzuweisen.

Erscheinungspflicht, Verhinderung und Säumnisfolgen:

1. Wer von einer Strafbehörde vorgeladen wird, hat der Vorladung Folge zu leisten (Art. 205 Abs. 1 StPO).
2. Wer verhindert ist, einer Vorladung Folge zu leisten, hat dies der vorladenden Behörde unverzüglich mitzuteilen; er oder sie hat die Verhinderung zu begründen und soweit möglich zu belegen (Art. 205 Abs. 2 StPO).
3. Bleibt eine Einsprache erhebende Person trotz Vorladung einer Einvernahme unentschuldigt fern, so gilt ihre Einsprache als zurückgezogen (Art. 355 Abs. 2 StPO).

Die Verfahrensleiterin: M. Rey

**Bitte beachten Sie, dass Aufträge per Fax nicht bestätigt werden.**

Mitteilungen in Zivilsachen

Eröffnung von Entscheidungen in Zivilsachen im Dispositiv

Die nachstehenden Zivilentscheide werden den unbekannt abwesenden Parteien gemäss Artikel 141 ZPO im Dispositiv eröffnet. Gestützt auf Artikel 239 Absatz 2 ZPO kann innert zehn Tagen ab Publikationsdatum beim zuständigen Gericht eine mit Rechtsmittelbelehrung versehene Begründung verlangt werden. Geht innert Frist kein entsprechendes Begehren ein, gilt dies als Verzicht auf die Anfechtung des Entscheids mit Berufung oder Beschwerde.

Regionalgericht Bern-Mittelland, Zivilabteilung

Zivilverfahren Handelsregisteramt des Kantons Bern, Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen, Referenz: 23334/2017/ABH, Gesuchstellerin, gegen **sitepoint gmbh in Liq.**, Alpenstrasse 135, 3052 Zollikofen, Gesuchsgegnerin, betreffend Organisationsmängel.

Die Gerichtspräsidentin entscheidet:

1. Die sitepoint gmbh in Liq (CHE-112.569.744) wird gestützt auf Art. 731b OR aufgelöst.
2. Das Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, wird angewiesen, die sitepoint gmbh in Liq. analog den Vorschriften über den Konkurs zu liquidieren.
3. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 400.– (inkl. Publikationskosten), werden der Gesuchsgegnerin auferlegt und sind durch das Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, direkt zu verrechnen.

Die Gerichtspräsidentin: sig. Gerber

Regionalgericht Berner Jura-Seeland

Dans la procédure civile introduite par **Hopman ST SA en liquidation**, Rue de Zürich 23, 2504 Biel/Bienne, requérante, concernant un dépôt du bilan.

La Présidente ordonne:

1. Il est constaté que la faillite de la requérante a été prononcée par le Tribunal de céans en date du 5.2.2018.
2. Partant, la procédure CIV 18 4627 est considérée comme liquidée et rayée du rôle.
3. Il est exceptionnellement renoncé à percevoir des frais judiciaires.
4. A notifier:
  - à la requérante (sis à la Rue de Zürich 23, 2504 Biel/Bienne, sous pli recommandé) et par publication dans la Feuille officielle du canton de Berne

L'ordonnance de liquidation suivante est notifiée, sous la forme d'un dispositif, aux parties de domicile inconnu, conformément à l'art. 141 CPC. Sur la base de l'art. 239 al. 2 CPC, une motivation écrite, avec indication des voies de droit, peut être demandée à l'autorité judiciaire compétente, dans les 10 jours à compter de la publication. Si aucune demande n'est formée dans ce délai, les parties sont considérées avoir renoncé à l'appel ou au recours.

La Présidente: Miescher

**dezentral Human Resources GmbH in Liquidation**, CHE-104-863-816, in Biel/Bienne wird der nachstehende Entscheid vom 7.1.2019 zur Kenntnis gebracht:

1. Die Gesuchsgegnerin, dezentral Human Resources GmbH in Liquidation, Biel/Bienne, wird aufgelöst. Sie ist nach den Vorschriften über den Konkurs zu liquidieren.
2. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 600.– (inkl. Publikationskosten), werden der Gesuchsgegnerin auferlegt und sind durch das Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland, direkt zu verrechnen.
3. Es werden keine Parteikosten gesprochen.
4. Zu eröffnen:
  - den Parteien (der Gesuchsgegnerin durch Publikation im Amtsblatt)
 Mitzuteilen:
  - dem Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel/Bienne
  - dem Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland
  - dem Grundbuchamt Seeland

Der Gerichtspräsident: Sidler

Die **Ehn & Land GmbH**, vormals mit Sitz am Höhenweg 2 in 2575 Täuffelen, zur Zeit unbekanntem Domizils, wird als Gesuchsgegnerin in Sachen Gesellschaftsrecht des Handelsregisteramtes des Kantons Bern, Gesuchstellerin, nachstehender Entscheid vom 14.1.2019 zur Kenntnis gebracht:

1. Die Gesuchsgegnerin, Ehn & Land GmbH, Höhenweg 2, 2575 Täuffelen, wird aufgelöst. Sie ist nach den Vorschriften über den Konkurs zu liquidieren.
2. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 900.– (inkl. Publikationskosten), werden der Gesuchsgegnerin auferlegt und sind durch das Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland, direkt zu verrechnen.
3. Es werden keine Parteikosten gesprochen.
4. Zu eröffnen:
  - den Parteien (der Gesuchsgegnerin durch Publikation im Amtsblatt)
 Mitzuteilen (in analoger Anwendung von Art. 176 Abs. 1 Ziff.1 SchKG und Art. 158 Abs. 1 lit. a HRRegV):
  - dem Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel/Bienne
  - dem Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland
  - dem Grundbuchamt Seeland

Der Gerichtspräsident: Sidler

**Nisi Gips GmbH**, vormals Alfred-Aebi-Strasse 74 in 2503 Biel/Bienne, wird als Gesuchsgegnerin im Verfahren betreffend Mangel in der gesetzlich zwingenden Organisation gemäss Art. 154 HRRegV des Handelsregisteramtes des Kantons Bern, Gesuchstellerin, nachstehender Entscheid vom 16.1.2019 zur Kenntnis gebracht:

1. Die Gesuchsgegnerin, Nisi Gips GmbH, vormals Alfred-Aebi-Strasse 74, 2503 Biel/Bienne, wird aufgelöst. Sie ist nach den Vorschriften über den Konkurs zu liquidieren.
2. Die Gerichtskosten inkl. Publikationskosten, ausmachend Fr. 600.–, werden der Gesuchsgegnerin zur Bezahlung auferlegt und sind durch das Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland, direkt zu verrechnen.
3. Es werden keine Parteikosten gesprochen.
4. Den Parteien zu eröffnen, der Gesuchsgegnerin durch Publikation im Amtsblatt.
5. Mitzuteilen (analog Art. 176 Abs. 1 Ziff. 1 SchKG und Art. 158 Abs. 1 Lit. a HRRegV):
  - dem Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel/Bienne
  - dem Konkursamt Seeland, Dienststelle Biel/Bienne
  - dem Grundbuchamt Seeland

Der Gerichtspräsident: Sidler

Les décisions civiles suivantes sont notifiées, sous la forme d'un dispositif, aux parties de domicile inconnu, conformément à l'art. 141 CPC. Sur la base de l'art. 239 al. 2 CPC, une motivation écrite, avec indication des voies de droit, peut être demandée à l'autorité judiciaire compétente, dans les 10 jours à compter de la publication. Si aucune demande n'est formée dans ce délai, les parties sont considérées avoir renoncé à l'appel ou au recours

Dans la procédure en mesures protectrices de l'union conjugale liée entre Makiessse Eduardo née João Madalena, née le 15 août 1974, de Winterthur ZH, Schmiedrue AG, Bielstrasse 16, 2560 Nidau, représentée par Me Anne-Marie Kuhnen, Rue de Nidau 24, 2502 Biel/Bienne, requérante, et **Makiessse Eduardo Ricardo**, né le 7 juillet 1971, de Winterthur ZH, Schmiedrue AG, de domicile inconnu, requis.

Le Président décide:

1. Il est constaté que le ménage commun des parties a été dissout le 30 septembre 2018 et que les parties sont autorisées à vivre séparées pour une durée indéterminée.
2. Pendant la durée de la séparation, l'appartement conjugal, sis Bielstrasse 16, 2560 Nidau est attribué à la partie requérante. La partie requise a d'ores et déjà quitté le domicile conjugal.
3. Pendant la durée de la séparation, la garde sur les enfants
  - Janilcia, née le 21 avril 2006
  - Bryson Loan, né le 6 janvier 2016
 est attribuée à la partie requérante.
4. Il est constaté que la partie requise a le droit d'entretenir des relations personnelles avec ses enfants. En cas de retour en Suisse de la partie

requis, son droit de visite s'exercera librement d'entente entre les parties. Si nécessaire, il appartiendra à la partie requise de s'adresser aux autorités compétentes en vue de fixer une réglementation précise de son droit de visite, son lieu de domicile étant actuellement inconnu.

5. Pendant la durée de la séparation, la partie requise est condamnée à verser à la partie requérante pour ses enfants Janilcia et Bryson Loan, mensuellement et d'avance, une contribution d'entretien de Fr. 400.– par enfant, la première fois le 1.10.2018. Les allocations familiales ne sont pas comprises dans le montant des contributions d'entretien et sont dues en plus dans la mesure où la partie requise les perçoit. Les art. 179 al. 1 et art. 286 al. 2 et 3 CC sont réservés.
6. Il est constaté que la contribution d'entretien fixée, due à la partie requérante, ne permet pas d'assurer l'entretien convenable des enfants. Pour assurer l'entretien convenable des enfants, un montant de Fr. 3371.– serait nécessaire (dont la part de contribution de prise en charge est de Fr. 1519.–).
7. Il est constaté que la partie requise n'est actuellement pas en mesure de verser une contribution d'entretien à la partie requérante.
8. Les contributions d'entretien ont été fixées en fonction des éléments suivants. La partie requérante et ses deux enfants sont partiellement soutenus par les services sociaux. Revenus mensuels nets, y compris 13ème salaire, mais sans allocations familiales
 

Madalena Makiessse Eduardo née João:	Fr. 1121.—
(chômage)	
Ricardo Makiessse Eduardo:	Fr. 4000.—
(rev. hypothétique)	
Janilcia Makiessse Eduardo:	Fr. 00.—
Bryson Loan Makiessse Eduardo:	Fr. 00.—
Besoins mensuels	
Madalena Makiessse Eduardo née João:	Fr. 2640.—
Ricardo Makiessse Eduardo:	Fr. 3200.—
Janilcia Makiessse Eduardo:	Fr. 940.—
Bryson Loan Makiessse Eduardo:	Fr. 912.—

 Les deux époux et les enfants ne disposent pas d'une fortune notable.
9. Les frais judiciaires, fixés à Fr. 1250.–, sont partagés par moitié entre les parties. Les dispositions sur l'assistance judiciaire accordée à la partie requérante sont réservées. Si aucune motivation écrite n'est demandée, l'émolument forfaitaire de décision diminue de Fr. 250.–, les frais judiciaires s'élevant ainsi à Fr. 1000.–.
10. Les dépens des parties sont compensés entre eux. Les dispositions sur l'assistance judiciaire accordée à la partie requérante sont réservées.
11. La rémunération de Me Anne-Marie Kuhnen, mandataire d'office de Madalena Makiessse Eduardo née João, est fixée comme suit:

Prestations dès le 1.1.2018	
Rémunération du mandat d'office	
7 heures à Fr. 200.–	Fr. 1400.—
Supplément en cas de voyage	Fr. 0.—
Débours soumis à TVA	Fr. 53.60
TVA 7,7% de Fr. 1453.60.–	Fr. 111.95
Débours non soumis à TVA	Fr. 0.—

Total à verser par le canton de Berne Fr. 1565.55

Honoraires d'un mandataire privé	
7 heures à Fr. 250.–	Fr. 1750.—
Supplément en cas de voyage	Fr. 0.—
Débours soumis à TVA	Fr. 53.60
TVA 7,7% de Fr. 1803.60	Fr. 138.90
Débours non soumis à TVA	Fr. 0.—

Total Fr. 1942.50  
Montant à rembourser ultérieurement par la partie représentée Fr. 376.95

12. Dès qu'elle est en mesure de le faire, Madalena Makiessse Eduardo née João est tenue de rembourser d'une part au canton de Berne les frais judiciaires mis à sa charge et la rémunération allouée pour le mandat d'office, d'autre part à Me Anne-Marie Kuhnen la différence entre cette rémunération et les honoraires que celle-ci aurait touchés comme mandataire privée (art. 123 al. 1 CPC).

13. Notifié oralement et par écrit à la partie requérante, ainsi que motivé oralement. Il est donné connaissance des voies de recours mentionnées ci-après.

A notifier par écrit à la partie requise.

Tribunal régional Jura bernois-Seeland Section civile  
Le Président: Villard

#### Regionalgericht Emmental-Oberaargau

Zivilverfahren Bieri Janis Timon, geb. 12.9.2008, von Trachselwald BE, gesetzlich vertreten durch seine Mutter, Andrea Magdalena Bieri, 3463 Häusernmoos im Emmental (vertreten durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Emmental), als Kläger, gegen **Cooper**, Kurt Jeffrey, geb. 30.7.1956, Staatsangehörigkeit USA, unbekanntes Aufenthaltsort, als Beklagter, betreffend Vaterschaft und Unterhalt:

Die Gerichtspräsidentin hat am 11.1.2019 entschieden:

- In Anwendung von Art. 261 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) wird das Kindesverhältnis zwischen Janis Timon Bieri, geb. 12.9.2008, und Kurt Jeffrey Cooper, geb. 30.7.1956, rückwirkend ab dem Geburtsdatum von Janis Timon Bieri, festgestellt.
- Das gemeinsame Kind  
– Janis Timon Bieri, geb. 12.9.2008, wird unter der alleinigen elterlichen Sorge der Mutter belassen.
- Es wird festgestellt, dass Kurt Jeffrey Cooper grundsätzlich ein Kontaktrecht zusteht.
- Es wird festgestellt, dass Kurt Jeffrey Cooper grundsätzlich gegenüber seinem Sohn Janis Timon Bieri unterhaltspflichtig ist. Mangels Kenntnis der persönlichen Verhältnisse des Beklagten kann ein Unterhaltsbeitrag zurzeit nicht festgesetzt werden.
- Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 2000.–, werden Kurt Jeffrey Cooper auferlegt.  
Wird keine schriftliche Begründung verlangt, reduziert sich die Entscheidgebühr auf Fr. 500.–. Die Gerichtskosten betragen damit Fr. 1500.–.
- Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten.
- (...)

Die Gerichtspräsidentin: Sutter

#### Fristansetzungen für Eingaben

Die nachstehend genannten Personen werden aufgefordert, bis zum angegebenen Datum des Fristablaufs eine Eingabe bei der genannten Gerichtsbehörde vorzunehmen. Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO). Gesetzliche Fristen können nicht erstreckt werden (Art. 144 Abs. 1 ZPO). Gerichtliche Fristen können aus zureichenden Gründen erstreckt werden, wenn das Gericht vor Fristablauf darum ersucht wird (Art. 144 Abs. 2 ZPO). Wird die Frist nicht eingehalten, so ist die Partei säumig und das Verfahren wird ohne die versäumte Handlung weitergeführt, sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt (Art. 147 Abs. 2 ZPO). Das Gericht kann auf Gesuch einer säumigen Partei eine Nachfrist gewähren, wenn die Partei glaubhaft macht, dass sie kein oder nur ein leichtes Verschulden trifft (Art. 148 Abs. 1 ZPO). Das Gesuch ist innert zehn Tagen seit Wegfall des Säumnisgrundes einzureichen (Art. 148 Abs. 2 ZPO).

#### Regionalgericht Bern-Mittelland, Zivilabteilung

Zivilverfahren **Dramé Amara Saïd Sama**, geb. 1.4.1983, unbekanntes Aufenthaltsort, Gesuchsgegner im Eheschutzverfahren sowie im Verfahren um unentgeltliche Rechtspflege der Gesuchstellerin Jaisli Dramé Moira, geb. 1.4.1981, Höhweg 14, 3097 Liebefeld, vertreten durch Rechtsanwalt Pascal Tschan, Anwälte Attorneys at Law, Steinerstrasse 34, Postfach 6, 3000 Bern 6.

Der Gerichtspräsident verfügt:

- Vom Eheschutzgesuch und vom Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege, beide vom 1. November 2018 wird Kenntnis genommen und gegeben.
- Vom Eingang des Schreibens der Gesuchstellerin vom 10.12.2018 wird Kenntnis genommen und gegeben.

3. Der Gesuchsgegner kann die Rechtsschriften samt Beilagen auf telefonische Voranmeldung hin beim Regionalgericht Bern-Mittelland abholen.

4. Dem Gesuchsgegner wird eine Frist von 19 Tagen (inklusive Nachfrist von fünf Tagen) ab Publikation dieser Verfügung angesetzt, um eine Stellungnahme zum Eheschutzgesuch sowie zum Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege samt allfälligen Beilagen einzureichen. Die Stellungnahmen zu den Gesuchen und allfällige Beilagen sind mindestens in zwei Exemplaren einzureichen und die Beilagen sind nummeriert in einem Beilagenverzeichnis aufzuführen.

5. Die förmliche Gesuchsverhandlung vor Gerichtspräsident Brand wird angesetzt auf Donnerstag, 21. März 2019, 14 Uhr (voraussichtliche Verhandlungsdauer vier Stunden), Gerichtssaal 22, Untergeschoss 1, Effingerstrasse 34, 3008 Bern, wozu hiermit beide Parteien rechtsverbindlich vorgeladen werden und persönlich zu erscheinen haben, unter Vorbehalt einer Dispens wegen Krankheit, Alter oder anderen wichtigen Gründen (Art. 273 Abs. 2 ZPO).

Säumnisfolgen: Bleibt eine Partei, welche zum persönlichen Erscheinen aufgefordert wurde, der Verhandlung unentschuldig fern, berücksichtigt das Gericht ihre Säumnis bei der Parteibefragung im Rahmen der Beweiswürdigung (Art. 164 ZPO). In diesem Fall würdigt das Gericht die bisher eingereichten Eingaben und kann seinem Entscheid die Akten sowie die Vorbringen der anwesenden Partei zugrunde legen (Art. 234 Abs. 1 ZPO). Bei Säumnis beider Parteien wird das Verfahren als gegenstandslos abgeschlossen und die Gerichtskosten werden den Parteien je zur Hälfte auferlegt (Art. 234 Abs. 2 ZPO).

6. Ein/e Französisch-Übersetzer/in wird am Termin anwesend sein.

7. Das Gericht benötigt bis am 8. März 2019 noch folgende Unterlagen:

- Gesuchstellerin  
– allenfalls Arbeitsvertrag  
– allenfalls Lohnabrechnungen für die Monate Oktober 2018 bis Februar 2019
- Gesuchsgegner  
– eine Zusammenstellung seiner monatlichen Ausgaben samt der dazugehörigen Belege  
– Arbeitsvertrag  
– Jahreslohnabrechnung 2018  
– Lohnabrechnungen für die Monate Oktober 2018 bis Februar 2019

- Zu eröffnen:  
– der Gesuchstellerin  
– dem Gesuchsgegner (durch Publikation im Amtsblatt)

Hinweise: Gestützt auf Art. 97 ZPO wird der Gesuchsgegner darauf hingewiesen, dass das Verfahren Prozesskosten verursachen wird. Diese beinhalten die Gerichtskosten sowie die Parteientschädigung, wozu insbesondere Kosten einer berufsmässigen Vertretung gehören (Art. 95 ZPO). Die Prozesskosten werden in der Regel der unterliegenden Partei auferlegt (Art. 106 ZPO). In familienrechtlichen Verfahren können sie nach Ermessen verteilt werden (Art. 107 ZPO).

Die Gerichtskosten belaufen sich auf mutmasslich Fr. 1000.–. Die Kosten der berufsmässigen Vertretung der Gegenpartei richten sich nach Art. 5 Abs. 2 der Parteikostenverordnung (PKV, BSG 168.811, www.be.ch/gesetze).

Gemäss Art. 117 ZPO hat eine Person Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, wenn sie nicht über die erforderlichen Mittel verfügt und ihr Rechtsbegehren nicht aussichtslos erscheint. Die unentgeltliche Rechtspflege umfasst die Befreiung von Vorschuss- und Sicherheitsleistungen, die Befreiung von den Gerichtskosten sowie die gerichtliche Bestellung einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwaltes, wenn dies zur Wahrung der Rechte notwendig erscheint. Die unentgeltliche Rechtspflege kann ganz oder teilweise gewährt werden und befreit nicht von der Bezahlung einer Parteientschädigung an die Gegenpartei (Art. 118 ZPO). Es ist dazu ein Gesuch mit belegten Angaben einzureichen (Art. 119 ZPO, Musterformular unter [www.justice.be.ch](http://www.justice.be.ch) > Zivilverfahren > Formulare/Merkblätter).

Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen

diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechts-gültig und haben keine Frist wahrende Wirkung. Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (<http://www.justice.be.ch/elektronische-eingaben>).

Bei Eingaben ist jeweils die Dossiernummer (CIV 18 6515) anzugeben.

Der Gerichtspräsident: Brand

#### Regionalgericht Berner Jura-Seeland

**Jost**, Armin, vormals wohnhaft Bruggstrasse 93 in 2503 Biel/Bienne, zur Zeit unbekanntes Aufenthaltsort, wird als Gesuchsgegner in Sachen Ausweisungsgesuch des Restaurant 3 Tannen AG, Gesuchstellerin, nachstehende Verfügung vom 22.11.2018 zur Kenntnis gebracht:

- Der Gerichtskostenvorschuss der gesuchstellenden Partei von Fr. 1000.– ist am 21.11.2018 beim Regionalgericht Berner Jura-Seeland eingegangen.
- Ein Doppel des Gesuchs vom 16.11.2018 inkl. Beilagen wird der gesuchsgegnerischen Partei zugestellt.
- Der gesuchsgegnerischen Partei wird eine Frist bis am 30.11.2018 angesetzt, um eine Stellungnahme zum Gesuch samt allfälligen Beilagen einzureichen. Die Stellungnahme zum Gesuch und allfällige Beilagen sind mindestens in zwei Exemplaren einzureichen und die Beilagen sind nummeriert in einem Beilagenverzeichnis aufzuführen.

Nach ungenutzter Frist wird das Gericht ohne weitere Vorbringen der Parteien über das Gesuch schriftlich entscheiden. Der Fristenstillstand gemäss Art. 145 ZPO gilt nicht und verspätete Eingaben werden nicht beachtet (Säumnisfolgen nach Art. 147 Abs. 2 ZPO).

Der Gerichtspräsident: Sidler

Dans la procédure civile liée entre Canton de Berne, Office de la circulation routière et de la navigation repr. par l'intendance des impôts du canton de Berne, domaine de l'encaissement, région Seeland, Place de la Gare 10, 2501 Bienne, requérants et **Coskun Mehmet**, Rue du Midi 18, 2504 Biel/Bienne, requis, concernant une mainlevée définitive.

Le Président ordonne:

- Il est attesté du dépôt de la requête de mainlevée de l'opposition du 28.12.2018 (reçue le 8.1.2019) dans la poursuite no 98038260 de l'Office des poursuites Seeland, agence Biel/Bienne, auprès du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland.
- Conformément à l'art. 62 CPC, la litispendance est créée dès le 3.1.2019.
- La partie requérante fournira une avance de frais de Fr. 150.– jusqu'au 23.1.2019, au moyen du bulletin de versement annexé, auprès du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland, Section civile.
- Un exemplaire de la requête est notifié à la partie requise. Il est à sa disposition à la Chancellerie du Tribunal.
- Un délai de 5 jours à compter de la notification de la présente ordonnance est imparti à la partie requise afin de prendre position sur la requête, pièces justificatives à l'appui. La prise de position sur la requête et les éventuelles pièces justificatives doivent être déposées en 2 exemplaires au moins. Les pièces justificatives doivent être numérotées et répertoriées dans un bordereau.  
A défaut de prise de position dans le délai imparti, le Tribunal rendra sa décision par écrit sans autres actes ou déclarations des parties. Les actes parvenus après le délai imparti ne seront pas pris en considération (conséquences du défaut selon l'art. 147 al. 2 CPC).
- Le dossier de la requête est à disposition des ayants droit pour consultation, après annonce téléphonique préalable (031 636 36 10), aux heures d'ouverture à la chancellerie du Tribunal régional Jura bernois-Seeland.
- A notifier:  
– à la partie requérante, avec un bulletin de versement, courrier A

– à la partie requise, avec un exemplaire de la requête, publication

La personne mentionnée est invitée à déposer un acte écrit auprès de l'autorité judiciaire mentionnée, jusqu'à l'échéance du délai fixé. L'acte doit être remis au plus tard le dernier jour du délai soit à l'autorité judiciaire, soit à la poste suisse ou à une représentation diplomatique ou consulaire suisse (art. 143 al. 1 CPC). Les délais légaux ne peuvent pas être prolongés (art. 144 al. 1 CPC). Les délais fixés judiciairement peuvent être prolongés pour des motifs suffisants, lorsque la demande en est faite avant leur expiration (art. 144 al. 2 CPC). Si le délai n'est pas respecté, la partie est considérée comme défaillante et la procédure suit son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut, à moins que la loi n'en dispose autrement (art. 147 al. 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, lui accorder un délai supplémentaire, lorsqu'elle rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC). Tribunal régional Jura bernois-Seeland Section civile

Le Président: Villard

La personne mentionnée ci-après est invitée à déposer un acte écrit auprès de l'autorité judiciaire mentionnée, jusqu'à l'échéance du délai fixé. L'acte doit être remis au plus tard le dernier jour du délai soit à l'autorité judiciaire, soit à la poste suisse ou à une représentation diplomatique ou consulaire suisse (art. 143 al. 1 CPC). Les délais légaux ne peuvent pas être prolongés (art. 144 al. 1 CPC). Les délais fixés judiciairement peuvent être prolongés pour des motifs suffisants, lorsque la demande en est faite avant leur expiration (art. 144 al. 2 CPC). Si le délai n'est pas respecté, la partie est considérée comme défaillante et la procédure suit son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut, à moins que la loi n'en dispose autrement (art. 147 al. 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, lui accorder un délai supplémentaire, lorsqu'elle rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC).

Dans la procédure civile liée entre Assetimmo Fondation de placements immobiliers, Badenerstrasse 329, 8003 Zürich, repr. par Niederer SA, Route de Moncor 14, 1752 Villars-sur-Glâne, requérante, et **Diallo Lamine**, Chemin Mettlen 100, 2504 Biel/Bienne et **Diallo Andrea Maria**, Chemin Mettlen 100, 2504 Biel/Bienne, requis, concernant une requête d'expulsion.

Le Président ordonne:

1. Il est accusé réception de l'avance de frais de Fr. 1000.– versée par la requérante en date du 22 novembre 2018 auprès du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland.
2. Un exemplaire de la requête est notifié aux requis. Il est à la disposition de la requise à la Chancellerie du Tribunal.
3. Un délai de 5 jours à compter de la notification de la présente ordonnance est impartit aux requis pour prendre position sur la requête en y joignant les éventuelles pièces justificatives. La prise de position sur la requête et ses annexes doivent être déposées en 2 exemplaires au moins. Les pièces justificatives doivent être numérotées et répertoriées dans un bordereau.  
A défaut de prise de position dans le délai impartit, le Tribunal rendra sa décision par écrit sans autres actes ou déclarations des parties. Les suspensions de délais de l'art. 145 CPC ne s'appliquent pas. Les actes parvenus après le délai impartit ne seront pas pris en considération (conséquences du défaut selon l'art. 147 al. 2 CPC).
4. A notifier:
  - à la requérante (courrier B)
  - aux requis (recommandé)

Tribunal régional Jura bernois-Seeland Section civile  
Le Président: Villard

La personne mentionnée ci-après est invitée à déposer un acte écrit auprès de l'autorité judiciaire mentionnée, jusqu'à l'échéance du délai fixé. L'acte doit être remis au plus tard le dernier jour du délai soit à l'autorité judiciaire, soit à la poste suisse ou à une représentation diplomatique ou consulaire suisse (art. 143 al. 1 CPC). Les délais légaux ne peuvent pas

être prolongés (art. 144 al. 1 CPC). Les délais fixés judiciairement peuvent être prolongés pour des motifs suffisants, lorsque la demande en est faite avant leur expiration (art. 144 al. 2 CPC). Si le délai n'est pas respecté, la partie est considérée comme défaillante et la procédure suit son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut, à moins que la loi n'en dispose autrement (art. 147 al. 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, lui accorder un délai supplémentaire, lorsqu'elle rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC).

Dans la procédure civile liée entre **L'Aide SA**, Rue de la Chaumont 5, 2900 Porrentruy repr. par Fiduciaire Jean-Maurice Maître S.A., Rue Achille-Merquin 18, Case postale 68, 2900 Porrentruy 2, requérante, et Friedli Michel Paul, Hauptstrasse 98, 2575 Täuffelen, requis, concernant une mainlevée provisoire.

Le Président ordonne:

1. Il est attesté du dépôt de la requête de mainlevée de l'opposition du 27 décembre 2018 (reçue le 28 décembre 2018) dans la poursuite no 98019698 de l'Office des poursuites Seeland, agence Biel/Bienne, auprès du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland.
2. Conformément à l'art. 62 CPC, la litispendance est créée dès le 27 décembre 2018.
3. La partie requérante fournit une avance de frais de Fr. 350.– jusqu'au 18 janvier 2019, au moyen du bulletin de versement annexé, auprès du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland, Section civile.
4. Un exemplaire de la requête est notifié à la partie requise. Il est à sa disposition à la Chancellerie du Tribunal.
5. Un délai de 5 jours à compter de la notification de la présente ordonnance est impartit à la partie requise afin de prendre position sur la requête, pièces justificatives à l'appui. La prise de position sur la requête et les éventuelles pièces justificatives doivent être déposées en 2 exemplaires au moins. Les pièces justificatives doivent être numérotées et répertoriées dans un bordereau.  
A défaut de prise de position dans le délai impartit, le Tribunal rendra sa décision par écrit sans autres actes ou déclarations des parties. Les actes parvenus après le délai impartit ne seront pas pris en considération (conséquences du défaut selon l'art. 147 al. 2 CPC).
6. Le dossier de la requête est à disposition des ayants droit pour consultation, après annonce téléphonique préalable (031 636 36 37), aux heures d'ouverture à la chancellerie du Tribunal régional Jura bernois-Seeland.
7. A notifier:
  - à la partie requérante, avec un bulletin de versement, courrier A
  - à la partie requise, avec un exemplaire de la requête, publication

Tribunal régional Jura bernois-Seeland Section civile  
Le Président: Villard

La personne mentionnée ci-après est invitée à déposer un acte écrit auprès de l'autorité judiciaire mentionnée, jusqu'à l'échéance du délai fixé. L'acte doit être remis au plus tard le dernier jour du délai soit à l'autorité judiciaire, soit à la poste suisse ou à une représentation diplomatique ou consulaire suisse (art. 143 al. 1 CPC). Les délais légaux ne peuvent pas être prolongés (art. 144 al. 1 CPC). Les délais fixés judiciairement peuvent être prolongés pour des motifs suffisants, lorsque la demande en est faite avant leur expiration (art. 144 al. 2 CPC). Si le délai n'est pas respecté, la partie est considérée comme défaillante et la procédure suit son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut, à moins que la loi n'en dispose autrement (art. 147 al. 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, lui accorder un délai supplémentaire, lorsqu'elle rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC).

Dans la procédure civile liée entre Terrana SA et Fondation Leopold Bachmann, Säumerstrasse 51, 8803 Rüschnlikon, repr. par Roth Management Immobilier SA, Rue de Flore 30, 2500 Bienne 3, requérantes, et **Paglialonga Giovanni**, Rue des Prés 73, 2503 Biel/Bienne, requis, concernant une requête d'expulsion.

Le Président ordonne:

1. Il est accusé réception de l'avance de frais de Fr. 1000.– versée par les requérantes en date du 20 novembre 2018 auprès du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland.
2. Un exemplaire de la requête est notifié au requis. Il est à sa disposition à la Chancellerie du Tribunal.
3. Un délai de 5 jours à compter de la notification de la présente ordonnance est impartit au requis pour prendre position sur la requête en y joignant les éventuelles pièces justificatives. La prise de position sur la requête et ses annexes doivent être déposées en 2 exemplaires au moins. Les pièces justificatives doivent être numérotées et répertoriées dans un bordereau.  
A défaut de prise de position dans le délai impartit, le Tribunal rendra sa décision par écrit sans autres actes ou déclarations des parties. Les suspensions de délais de l'art. 145 CPC ne s'appliquent pas. Les actes parvenus après le délai impartit ne seront pas pris en considération (conséquences du défaut selon l'art. 147 al. 2 CPC).
4. A notifier:
  - aux requérantes (courrier B)
  - au requis (par publication)

Tribunal régional Jura bernois-Seeland Section civile  
Le Président: Villard

*Regionalgericht Oberland*

**Bollmann**, Björn, geb. 17.2.1985, von Deutschland, Sellostrasse 28, DE-14471 Potsdam, wird als Beklagter im Scheidungsverfahren der Bollmann-Spycher Lia Norina, Klägerin, nachstehende Verfügung vom 11. Januar 2019 zur Kenntnis gebracht:

1. Es wird festgestellt, dass der Beklagte auch innert der mit Verfügung vom 29. November 2018 angesetzten Nachfrist keine schriftliche Klageantwort eingereicht hat.
2. Der Termin zur Hauptverhandlung gemäss Art. 228 if. der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) vor dem Regionalgericht Oberland, a. o. Gerichtspräsident Blatter, wird angesetzt auf Freitag, 12. April 2019, 8.30 Uhr (voraussichtliche Verhandlungsdauer vier Stunden), Gerichtssaal 9, Verwaltungsgebäude Selve, Scheibenstrasse 11 B, 3600 Thun, wozu hiermit beide Parteien rechtsverbindlich vorgeladen werden und persönlich zu erscheinen haben.  
Säumnisfolgen: Bleibt eine Partei, welche zum persönlichen Erscheinen aufgefordert wurde, der Verhandlung unentschuldig fern, berücksichtigt das Gericht ihre Säumnis bei der Parteibefragung im Rahmen der Beweiswürdigung (Art. 164 ZPO). Erscheint weder die Partei persönlich noch ein von ihr bestellter Vertreter zur Verhandlung, berücksichtigt das Gericht die bisher eingereichten Eingaben. Es kann seinem Entscheid die Akten sowie die Vorbringen der anwesenden Partei zugrunde legen (Art. 234 Abs. 1 ZPO). Bei nicht genügend entschuldigtem Ausbleiben beider Parteien wird das Verfahren als gegenstandslos abgeschrieben und die Gerichtskosten den Parteien je zur Hälfte auferlegt (Art. 234 Abs. 2 ZPO).
3. Es ist folgender Verhandlungsablauf vorgesehen:
  - erste Parteivorträge
  - (gegebenenfalls) Vergleichsverhandlungen
  - Parteibefragungen
  - sofern weitere Beweismassnahmen nötig sein sollten Verhandlungsabbruch, ansonsten zweite Parteivorträge und Entscheid
4. Die Parteien werden unter Hinweis auf ihre zivilprozessualen Mitwirkungspflichten (Art. 160 und Art. 164 ZPO) aufgefordert, bis drei Wochen nach Zustellung dieser Verfügung folgende Belege einzureichen, wobei eine Verweigerung der Mitwirkung nur in den Fällen von Art. 163 ZPO zulässig ist:  
die Klägerin:
  - komplette Steuererklärung des Jahres 2017,
  - detaillierte Steuerveranlagungsverfügung des Jahres 2017 (falls bereits vorhanden),
  - aktuelles Budget der Abteilung Soziales Thun,
  - Krankenkassenpolice 2019 für sich und Malleo Johannes,
  - eine aktualisierte Zusammenstellung ihrer monatlichen Ausgaben samt der dazugehörigen Belege, soweit nicht bereits bei den Akten liegend;der Beklagte:

- Lohnausweis(e) des Jahres 2018 (gilt auch für allfällige Nebenerwerbstätigkeiten), Lohnabrechnungen für die Monate November und Dezember 2018 sowie Januar 2019 (gilt auch für allfällige Nebenerwerbstätigkeiten),
  - Arbeitsvertrag/-verträge,
  - (sofern haupt- oder nebenberuflich selbstständig erwerbstätig): Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre,
  - komplette Steuererklärung des Jahres 2017 (oder vergleichbarer Beleg), detaillierte, letzte Steueranlagungsverfügung (oder vergleichbarer Beleg),
  - (gegebenenfalls) Abrechnungen über bezogene Taggelder der Arbeitslosenversicherung,
  - (gegebenenfalls) aktuelle Verfügung betreffend Renteneinkommen,
  - (gegebenenfalls) aktuelles Budget der Sozialen Dienste,
  - (gegebenenfalls) aktuelle Verfügung betreffend Kindergeld für Malleo Johannes,
  - Beleg zu Wohnkosten (z. B. Mietvertrag),
  - Krankenkassenpolice 2019 inklusive allfälliger Prämienverbilligungsverfügung,
  - bei weiteren Unterhaltspflichten gegenüber Dritten, insbesondere allfälligen weiteren Kindern: Unterhaltstitel (beispielsweise Urteil oder Unterhaltsvereinbarung),
  - Aufstellung des Vermögens und allfälliger Schulden mit Belegen (Bank- und Postkontoauszüge, Darlehen, Leasingverträge, etc.).
5. Der Beklagte wird aufgefordert, dem Gericht bis drei Wochen nach Zustellung dieser Verfügung allfällige im Ausland zwischen Eheschliessung am 26. Juli 2014 und Rechtshängigkeit des Ehescheidungsverfahrens am 13. August 2018 entstandene Guthaben, die mit Vorsorgeguthaben der beruflichen Vorsorge in der Schweiz vergleichbar sind, zu belegen.
6. Zu eröffnen:
- der Klägerin (Einschreiben)
  - dem Beklagten (durch Publikation im kantonalen Amtsblatt)

Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechtsgültig und haben keine Frist wahrende Wirkung.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (<http://www.justice.be.ch/elektronische-eingaben>). Bei Eingaben ist jeweils die Dossienummer (CIV 18 2465) anzugeben.

Art. 160 ZPO Mitwirkungspflicht

1 Die Parteien und Dritte sind zur Mitwirkung bei der Beweiserhebung verpflichtet. Insbesondere haben sie:

b. Urkunden herauszugeben; ...;

2 ...

3 ...

Art. 163 ZPO Verweigerungsrecht der Parteien

1 Eine Partei kann die Mitwirkung verweigern, wenn sie:

a. eine ihr im Sinne von Artikel 165 nahestehende Person der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder zivilrechtlicher Verantwortlichkeit aussetzen würde;

b. sich wegen Verletzung eines Geheimnisses nach Artikel 321 des Strafgesetzbuchs (StGB) strafbar machen würde; ...

2 Die Trägerinnen und Träger anderer gesetzlich geschützter Geheimnisse können die Mitwirkung verweigern, wenn sie glaubhaft machen, dass das Geheimhaltungsinteresse das Interesse an der Wahrheitsfindung überwiegt.

Art. 164 ZPO Unberechtigte Verweigerung

Verweigert eine Partei die Mitwirkung unberechtigt, so berücksichtigt dies das Gericht bei der Beweiswürdigung.

Der a. o. Gerichtspräsident: Blatter

**Ferreira Lopes Rui Miguel**, geb. 30.09.1984, Staatsangehörigkeit Portugal, Rua Jose Narciso Martins da Costa 909 segundo direito, 4795-474

São Martinho do Campo, Santo Tirso, Portugal, AHV-Nr.: 756.8562.2345.38 (Beklagter) betreffend Ehescheidung auf Klage von Gonzalez Gonzalez Aroa (Klägerin).

Der a. o. Gerichtspräsident verfügt:

1. Die Klagebegründung der Klägerin vom 14. Januar 2019 ist am 15. Januar 2019 beim Regionalgericht Oberland eingegangen.

Die Klagebegründung kann vom Beklagten nach telefonischer Voranmeldung beim Gericht eingesehen werden.

2. Dem Beklagten wird eine Frist von 21 Tagen ab Publikation dieser Verfügung angesetzt, um eine Klageantwort samt allfälligen Beilagen sowie eine Stellungnahme zum Gesuch um Prozesskostenvorschuss, eventualiter unentgeltliche Rechtspflege einzureichen. Die Klageantwort, die Stellungnahme und allfällige Beilagen sind in zwei Exemplaren einzureichen und die Beilagen sind nummeriert in einem Beilagenverzeichnis aufzuführen.

3. Die Hauptverhandlung vor dem a.o. Gerichtspräsidenten Blatter wird angesetzt auf Dienstag, 30. April 2019, 14 Uhr, (voraussichtliche Verhandlungsdauer drei Stunden),

Die Parteien werden aufgefordert, zur angegebenen Zeit persönlich vor Gericht zu erscheinen. Es sind Parteibefragungen geplant.

Säumnisfolgen: Bleibt eine Partei, welche zum persönlichen Erscheinen aufgefordert wurde, der Verhandlung unentschuldig fern, berücksichtigt das Gericht ihre Säumnis bei der Parteibefragung im Rahmen der Beweiswürdigung (Art. 164 ZPO). Erscheint weder die Partei persönlich noch ein von ihr bestellter Vertreter zur Verhandlung, berücksichtigt das Gericht die bisher eingereichten Eingaben. Es kann seinem Entscheid die Akten sowie die Vorbringen der anwesenden Partei zu Grunde legen (Art. 234 Abs. 1 ZPO). Bei nicht genügend entschuldigtem Ausbleiben beider Parteien wird das Verfahren als gegenstandslos abgeschlossen und die Gerichtskosten den Parteien je zur Hälfte auferlegt (Art. 234 Abs. 2 ZPO).

4. Den Parteien wird eine Frist von 21 Tagen ab Erhalt bzw. Publikation dieser Verfügung angesetzt um dem Gericht mitzuteilen, ob für die Anhörung ein/e Übersetzer/in notwendig ist und wenn ja, in welcher Sprache.

5. Den Parteien wird eine Frist von 21 Tagen ab Erhalt bzw. Publikation dieser Verfügung angesetzt, um folgende Unterlagen einzureichen: vom Ehemann:

- Aufstellung der monatlichen Einnahmen und Ausgaben mit Belegen,

von der Ehefrau:

- Lohnausweis(e) des Jahres 2018,  
- Lohnabrechnungen für die Monate November und Dezember 2018 sowie Januar 2019,

- detaillierte Steueranlagungsverfügung des Jahres 2017,

- Krankenkassenpolice/n 2019, für sich und die Kinder inkl. allfällige Prämienverbilligungsverfügung.

6. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Thun wird ersucht, dem Gericht mitzuteilen, ob ihr die Familie bekannt ist, und ob sie über Tatsachen oder Umstände informiert ist, die bei der Regelung der Kinderbelange zu berücksichtigen sind.

7. Von einer Anhörung der Kinder Alaya, geb. 28.5.2008, und Roy, geb. 18.2.2014, wird aufgrund des Alters abgesehen, ausser sie wird gewünscht oder erweist sich später im Verfahren als geboten.

8. Die zur Überprüfung und Durchführung der Teilung der Guthaben der beruflichen Vorsorge notwendigen Abklärungen bei der Zentralstelle 2. Säule und den bekannten Vorsorge- und Freizügigkeitseinrichtungen der Ehegatten werden durch das Gericht vorgenommen.

9. Den Parteien wird eine Frist von 21 Tagen ab Erhalt bzw. Publikation dieser Verfügung angesetzt, um dem Gericht allfällige zwischen Eheschliessung am 3. September 2010 und Rechtshängigkeit des Ehescheidungsverfahrens am 24. September 2018 im Ausland entstandene Guthaben, die mit Vorsorgeguthaben der beruflichen Vorsorge in der Schweiz vergleichbar sind, zu belegen.

10. Zu eröffnen:

- der Klägerin (Einschreiben)

- dem Beklagten (durch Publikation im kantonalen Amtsblatt)

Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechtsgültig und haben keine Frist wahrende Wirkung.

Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (<http://www.justice.be.ch/elektronische-eingaben>).

Bei Eingaben ist jeweils die Dossienummer (CIV 18 1606) anzugeben.

Der a. o. Gerichtspräsident: Blatter

## Urteileröffnung

Die nachstehenden Urteile werden den ausgebliebenen Parteien unbekanntes Aufenthaltes gemäss Artikel 284 ZPO notifiziert. Gegen die Urteile kann innerhalb von zehn Tagen, vom Tage der Publikation an gerechnet, beim aufgeführten Gerichtskreis die Appellation an den Appellationshof des Obergerichts des Kantons Bern erklärt werden.

Die vollständige Ausfertigung der Urteile kann beim betreffenden Gerichtskreis eingesehen werden.

*Regionalgericht Berner Jura-Seeland*

**Burri**, Marco, vormals Karl-Neuhaus-Strasse 32, 2502 Biel/Bienne, nun unbekanntes Aufenthaltes, wird als Gesuchsgegner im Verfahren um provisorische Rechtsöffnung der Creforma GmbH, Stein am Rhein, nachstehender Entscheid vom 17.1.2019 zur Kenntnis gebracht.

1. Der Gesuchstellerin wird in der Betreuung Nr. 118307527 des Betreibungsamtes Bezirk Arbon für den Betrag von Fr. 8600.- nebst Zins zu 5% seit 2.7.2018 die provisorische Rechtsöffnung erteilt.

Soweit weitergehend wird das Gesuch abgewiesen.

Für Betreuungskosten ist die Erteilung der Rechtsöffnung nicht nötig (Art. 68 Abs. 2 SchKG).

2. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 520.- (inkl. Publikationskosten), werden dem Gesuchsgegner auferlegt und mit dem von der Gesuchstellerin geleisteten Vorschuss verrechnet. Der Gesuchsgegner hat der Gesuchstellerin Fr. 520.- für vorgeschossene Gerichtskosten zu ersetzen.

3. Der Gesuchsgegner hat der Gesuchstellerin eine Parteientschädigung, bestimmt auf Fr. 80.-, zu bezahlen.

Die Gerichtspräsidentin: Jacober

**Chirivi**, Sandra, wohnhaft Mösliweg 35, 2503 Biel/Bienne, wird als Gesuchsgegnerin im Verfahren um provisorische Rechtsöffnung der Migros Bank AG nachstehender Entscheid vom 16.1.2019 zur Kenntnis gebracht.

1. Der gesuchstellenden Partei wird in der Betreuung Nr. 98011478 des Betreibungsamtes Seeland, Dienststelle Biel/Bienne, für den Betrag von Fr. 1172.30 die provisorische Rechtsöffnung erteilt.

Für Betreuungskosten ist die Erteilung der Rechtsöffnung nicht nötig (Art. 68 Abs. 2 SchKG).

2. Die Gerichtskosten, bestimmt auf Fr. 420.- (inkl. Publikationskosten), werden der gesuchsgegnerischen Partei auferlegt und mit dem von der gesuchstellenden Partei geleisteten Vorschuss verrechnet. Die gesuchsgegnerische Partei hat der gesuchstellenden Partei Fr. 420.- für vorgeschossene Gerichtskosten zu ersetzen.

3. Die gesuchsgegnerische Partei hat der gesuchstellenden Partei eine Parteientschädigung, bestimmt auf Fr. 60.-, zu bezahlen.

Die Gerichtspräsidentin: Jacober

## Vorladungen

Die nachstehend genannten Personen haben zu einer bestimmten Prozesshandlung zu erscheinen. Die Zustellung der Vorladung erfolgt aus den in Artikel 141 Absatz 1 Litera a-c ZPO genannten Gründen durch Publikation im Amtsblatt und gilt am Tag der Publikation als erfolgt. Erscheint die Partei nicht zum angegebenen Termin, so ist sie säumig und das Verfahren nimmt ohne ihre Anwesenheit seinen Fortgang (Art. 147 Abs. 1 und 2 ZPO). Das Gericht kann auf Gesuch einer säumigen Partei zu einem neuen Termin vorladen, wenn die säumige Partei glaubhaft macht, dass sie kein oder nur ein leichtes Verschulden trifft (Art. 148 Abs. 1 ZPO). Das Gesuch ist innert zehn Tagen seit Wegfall des Säumnisgrundes einzureichen (Art. 148 Abs. 2 ZPO). Abweichende Säumnisfolgen gelten im Falle des Nichterscheinens der Parteien an der Schlichtungsverhandlung (Art. 206 ZPO) sowie an der Hauptverhandlung im ordentlichen Verfahren (Art. 234 ZPO). Auf diese abweichenden Folgen wird im Einzelfall direkt hingewiesen.

### Regionalgericht Bern-Mittelland, Zivilabteilung

Zivilverfahren, **Martins de Oliveira Fernando Jorge**, geboren am 18.10.1958, Bolligenstrasse 46, 3006 Bern, Gesuchsteller, GisselbRecht & Wirtschaft AG, Casinoplatz 8, 3011 Bern, Sachwalterin, betreffend Nachlassvertrag.

Die Gerichtspräsidentin verfügt:

1. Der Termin zur Bestätigungsverhandlung vor der Gerichtspräsidentin Gerber wird angesetzt auf Freitag, 1. Februar 2019, 14 Uhr, (voraussichtliche Verhandlungsdauer: 2 Stunden), Gerichtssaal 22, Untergeschoss 1, Effingerstrasse 34, 3008 Bern, wozu hiermit der Gesuchsteller sowie die Sachwalterin rechtsverbindlich vorgeladen werden und persönlich zu erscheinen haben. Den Gläubigern wird angezeigt, dass sie das Recht haben, ihre Anträge zum vorgeschlagenen Nachlassvertrag schriftlich oder in der Verhandlung mündlich anzubringen (Art. 304 Abs. 3 SchKG).

Die Gerichtspräsidentin: Sig. Gerber

Zivilverfahren **Laamir Brahim**, geboren am 5.9.1976, unbekanntes Aufenthalts, Gesuchsgegner, gegen Laamir Maryka, geboren am 18.9.1969, von Acquarossa TI, Löchligutweg 16, 3048 Worblaufen, Gesuchstellerin, betreffend Eheschutzgesuch.

Der Gerichtspräsident verfügt:

1. Die förmliche Gesuchsverhandlung vor Gerichtspräsident Summermatter wird angesetzt auf Freitag, 22. Februar 2019, 8.15 Uhr (voraussichtliche Verhandlungsdauer vier Stunden), Gerichtssaal 22, Untergeschoss 1, Effingerstrasse 34, 3008 Bern, wozu hiermit beide Parteien rechtsverbindlich vorgeladen werden und persönlich zu erscheinen haben, unter Vorbehalt einer Dispens wegen Krankheit, Alter oder anderen wichtigen Gründen (Art. 273 Abs. 2 ZPO). Es sind Parteibefragungen und die Abnahme der Schlussvorträge geplant.  
Säumnisfolgen: Bleibt eine Partei, welche zum persönlichen Erscheinen aufgefordert wurde, der Verhandlung unentschuldig fern, berücksichtigt das Gericht ihre Säumnis bei der Parteibefragung im Rahmen der Beweiswürdigung (Art. 164 ZPO). In diesem Fall würdigt das Gericht die bisher eingereichten Eingaben und kann seinem Entscheid die Akten sowie die Vorbringen der anwesenden Partei zugrunde legen (Art. 234 Abs. 1 ZPO). Bei Säumnis beider Parteien wird das Verfahren als gegenstandslos abgeschlossen und die Gerichtskosten den Parteien je zur Hälfte auferlegt (Art. 234 Abs. 2 ZPO).
2. Das Gericht benötigt im Hinblick auf die Gesuchsverhandlung bis spätestens am 12. Februar 2019 noch folgende Unterlagen:  
von der Gesuchstellerin:
  - Jahreslohnausweis 2018
  - Lohnabrechnung Januar 2019
  - Krankenkassenpolice 2019 (für sich und die Kinder)vom Gesuchsgegner:
  - Zusammenstellung seiner Einkünfte in den Jahren 2016 bis 2018
  - Belege zu seinen aktuellen notwendigen Ausgaben
3. Zu eröffnen:
  - der Gesuchstellerin (LSI)
  - dem Gesuchsgegner (mittels Publikation im Amtsblatt)

Hinweise: Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechts-gültig und haben keine Frist wahrende Wirkung. Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (<http://www.justice.be.ch/elektronische-eingaben>).

Bei Eingaben ist jeweils die Dossienummer (CIV 18 5675) anzugeben.

Der Gerichtspräsident: Sig. Summermatter

### Regionalgericht Berner Jura-Seeland

**Manic Nenad**, wohnhaft Selo Bresnica in 1750 Vranje, wird als Beklagter in Sachen Ehescheidungsklage der Sivic Manic Violeta, Klägerin, nachstehende Vorladung vom 17.1.2019 zur Kenntnis gebracht:

Die Gerichtspräsidentin verfügt:

1. (...)
2. Es wird festgestellt, dass die Verfügung vom 21.06.2018 dem Beklagten am 23.7.2018 rechtshilfweise zugestellt werden konnte; innert angesetzter Monatsfrist hat er indessen kein Zustellungsdomizil in der Schweiz bezeichnet. Sämtliche Zustellungen an den Beklagten erfolgen somit in Anwendung von Art. 141 Abs. 1 Lit. c ZPO durch amtliche Publikation.
3. Ein Doppel der Ehescheidungsklage sowie des Gesuchs um unentgeltliche Rechtspflege samt Beilagen steht dem Beklagten in der Zivilkanzlei des Regionalgerichts zur Verfügung.
4. Dem Beklagten wird eine Frist von 21 Tagen ab Publikation dieser Verfügung angesetzt, um eine Stellungnahme zur Ehescheidungsklage sowie zum Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege einzureichen.
5. Der Termin zur Einigungsverhandlung gemäss Art. 291 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), eventuell zur Hauptverhandlung vor dem Regionalgericht Berner Jura-Seeland wird angesetzt auf: Dienstag, 12. März 2019, 8.30 Uhr, (voraussichtliche Verhandlungsdauer: vier Stunden), Gerichtssaal 117, 1. Stock, Amtshaus, Spitalstrasse 14, 2502 Biel, wozu hiermit beide Parteien rechtsverbindlich vorgeladen werden und persönlich zu erscheinen haben.
6. (...)
7. (...)
8. (...)
9. Das Gericht benötigt im Hinblick auf die Einigungsverhandlung bis spätestens am 19.2.2019 noch folgende Unterlagen:
  - komplette letzte Steuererklärung
  - letzte definitive Steuerveranlagungsverfügung
  - Lohnausweis des Jahres 2018 bzw. Belege über die jährlichen Ersatzeinkommen
  - Lohnabrechnung für den Monat Januar 2019 resp. Beleg über das Ersatzeinkommen
  - zweckdienliche Unterlagen bezüglich der monatlichen Fixkosten (Mietverträge, Versicherungsausweise Krankenkasse, Unterhaltsleistungen, Schuldammortisationen, Steuerzahlungen usw.)
  - zweckdienliche Unterlagen zur güterrechtlichen Auseinandersetzung, insbesondere lückenlose Auszüge sämtlicher Konti von 1.10.2017 bis 31.12.2017, Säule 3a Guthaben, Rückkaufwerte von Lebensversicherungen usw.)
10. Zur Überprüfung und Durchführung der Teilung der Guthaben der beruflichen Vorsorge gemäss Art. 122 f. ZGB und Art. 280 f. ZPO sowie Art. 22 ff. FZG benötigt das Gericht bis spätestens am 19.2.2019 Bestätigungen der beteiligten Vorsorgeeinrichtungen über die folgenden Punkte:
  - die für die Dauer seit Eheschliessung bis zur Einleitung des Scheidungsverfahrens (17.9.2002 bis 1.12.2017) ermittelten Austrittsleistungen beider Parteien mit der ausdrücklichen Angabe, dass die Berechnungen gemäss Art. 22 und 22a FZG und ggf. Art. 22b FZG erfolgten und namentlich die Guthaben bei Heirat mit dem Zinssatz gemäss Art. 8a FZV aufgezinnt wurden;
  - Durchführbarkeit der getroffenen Regelung betreffend Teilung der Austrittsleistungen.

11. Es wird von Amtes wegen der Beizug der Akten C02 2003 241 (Scheidung; Rückzug), C02 2004 906 (Eheschutz) und C02 2006 1884 (Eheschutz) angeordnet.

12. Zu eröffnen:

- (...)
- dem Beklagten, mittels amtlicher Publikation

Die Gerichtspräsidentin: Schwendener

Dans la procédure en mesures protectrices de l'union conjugale ainsi que dans la procédure d'assistance judiciaire liées entre Michel Cloë, née le 15.10.1991, pays d'origine France, Bielstrasse 47, 2555 Brügg BE représentée par Me Ali Incegöz, Rue de Boujean 29b, Case postale 4236, 2500 Biel/Bienne 4, requérante et **Azabou Abdelaziz**, né le 27.4.1991, pays d'origine Tunisie, Bielstrasse 47, 2555 Brügg BE, requis.

Le Président ordonne:

1. Il est attesté du dépôt de la requête en mesures protectrices de l'union conjugale et d'assistance judiciaire du 29.11.2018 (reçues le 30.11.2018) auprès du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland.
2. Conformément à l'art. 62 CPC, la litispendance est créée dès le 29.11.2018.
3. Un exemplaire de la requête est notifié à la partie requise. Il est à sa disposition à la Chancellerie du Tribunal.
4. Les parties sont légalement citées à comparaître personnellement par-devant le Président Villard du Tribunal régional du Jura bernois-Seeland, à l'audience en mesures protectrices de l'union conjugale fixée le jeudi 7 février 2019, 13h30. (durée approximative de l'audience: deux heures), salle d'audience 111, 1er étage, Préfecture, Rue de l'Hôpital 14, 2502 Bienne, sous réserve d'une éventuelle dispense accordée en raison de l'état de santé, de l'âge ou de tout autre juste motif soulevé par l'une des parties (art. 273 al. 2 CPC).  
Lors de l'audience, la partie requise aura l'occasion de s'exprimer sur la requête en mesures protectrices de l'union conjugale et d'assistance judiciaire de la partie requérante.  
Conséquences du défaut: Si une partie ne comparaît pas personnellement à l'audience sans motif valable, le Tribunal en tient compte lors de l'appréciation des preuves (art. 164 CPC). Dans ce cas, le Tribunal statue sur la base des actes accomplis jusqu'alors. Il se base au surplus sur les actes de la partie comparante et sur le dossier (art. 234 al. 1 CPC). En cas de défaut des deux parties, la procédure devient sans objet et elle est rayée du rôle. Les frais judiciaires sont alors répartis également entre les parties (art. 234 al. 2 CPC).
5. Il est fixé aux parties un délai jusqu'au 21.12.2018 pour indiquer au Tribunal si une traduction doit être organisée pour l'audience du 7.2.2019 et si oui, dans quelle langue.
6. Il est impartit aux parties un délai jusqu'au 17.1.2019 pour déposer au Tribunal toutes les pièces justificatives établissant leur situation financière (en original ou copie), notamment:
  - Attestation(s) de salaire de l'année passée (activité dépendante)
  - Décompte(s) de salaire actuel(s) (activité dépendante)
  - Bouclement avec bilan et pertes et profits (activité indépendante)
  - Pièces justificatives concernant les revenus de rentes (AVS, AI, APG, LPP, AC etc.)
  - Pièces justificatives concernant les pensions alimentaires (pour soi ou pour des enfants mineurs)
  - Extraits complets des comptes de toutes les banques et comptes de chèques postaux ainsi que le dépôt de papiers-valeurs pour les 12 derniers mois jusqu'à ce jour
  - Extraits complets des éventuelles dettes (petits crédits, contrats de ventes à tempérament, etc.)
  - Dernière déclaration d'impôts
  - Imposition actuelle des impôts
  - Pièces justificatives concernant les impôts payés les 12 derniers mois
  - Contrat de bail pour le loyer et d'éventuelle place de parc ou intérêts hypothécaires et amortissements
  - Pièces justificatives concernant les charges (électricité, chauffage, gaz, etc.)

- Polices de caisse maladie avec les pièces justifiant le montant des primes
- Pièces justificatives concernant une éventuelle réduction du montant des primes
- Pièces justificatives concernant d'éventuels frais médicaux pour les 12 derniers mois
- Cotisations des charges sociales (activité indépendante)
- Pièces justificatives concernant les frais de véhicules (leasing ou contrat de paiement à tempérament, police d'assurance avec pièces justifiant le montant des primes, impôt)
- Pièces justificatives concernant les pensions alimentaires payées les 12 derniers mois (jugement de tribunal ou convention)
- Pièces justificatives concernant les cotisations d'associations professionnelles (par exemple syndicat)
- D'autres pièces justificatives concernant d'éventuels fortune, revenus et dépenses.

7. Les parties sont rendues attentives que les suspensions de délais de l'article 145 CPC ne s'appliquent pas à la présente procédure.

8. A notifier:

- à la partie requérante (par Me Ali Incegöz), sous pli recommandé
- à la partie requise, publication

La personne mentionnée est invitée à déposer un acte écrit auprès de l'autorité judiciaire mentionnée, jusqu'à l'échéance du délai fixé. L'acte doit être remis au plus tard le dernier jour du délai soit à l'autorité judiciaire, soit à la poste suisse ou à une représentation diplomatique ou consulaire suisse (art. 143 al. 1 CPC). Les délais légaux ne peuvent pas être prolongés (art. 144 al. 1 CPC). Les délais fixés judiciairement peuvent être prolongés pour des motifs suffisants, lorsque la demande en est faite avant leur expiration (art. 144 al. 2 CPC). Si le délai n'est pas respecté, la partie est considérée comme défaillante et la procédure suit son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut, à moins que la loi n'en dispose autrement (art. 147 al. 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, lui accorder un délai supplémentaire, lorsqu'elle rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC).

Les personnes mentionnées doivent participer à un acte de procédure déterminé. Il est procédé à la notification de la citation à comparaître par le biais de la Feuille officielle pour les motifs mentionnés à l'art. 141 al. 1 lettre a à c CPC. La citation est réputée notifiée le jour de la publication. Si la partie ne comparait pas à la date déterminée, elle sera considérée comme défaillante et la procédure suivra son cours sans qu'il soit tenu compte du défaut (art. 147 al. 1 et 2 CPC). L'autorité judiciaire peut, sur requête de la partie défaillante, citer les parties à une nouvelle audience, lorsque la partie défaillante rend vraisemblable que le défaut ne lui est pas imputable ou n'est imputable qu'à une faute légère (art. 148 al. 1 CPC). La requête doit être présentée dans les 10 jours qui suivent celui où la cause du défaut a disparu (art. 148 al. 2 CPC). Les conséquences du défaut sont différentes en cas de non-comparution des parties à l'audience de conciliation (art. 206 CPC), ainsi qu'à l'audience des débats principaux dans la procédure ordinaire (art. 234 CPC). Ces conséquences seront indiquées dans chaque cas particulier.

Le Président: Villard

## Abhanden gekommene Werttitel

### Kraftloserklärung

Die nachstehend genannten, als vermisst aufgerufenen Wertpapiere sind der unterzeichnenden Gerichtsbehörde innert der angesetzten Frist nicht vorgewiesen worden und werden hiermit gemäss Artikel 870 ZGB kraftlos erklärt.

#### Regionalgericht Berner Jura-Seeland

Die aufgeführten Wertpapiere sind innert der genannten Frist nicht vorgewiesen worden. Sie werden hiermit kraftlos erklärt. Meldung nach Art. 971, 977, 986 OR – Art. 856 und 865 ZGB.

Kraftloserklärung: Grundpfandverschreibung, lastend auf Biel/Bienne-Grundbuch Blatt Nr. 9563, lautend auf Grundpfandgläubiger Taini Ines, Philippe, Stephan und Taini-Trampedeller Ugo.

Nummer: 004-VI/1206 Saldo/Wert: Fr. 60 000.-.

Datum der Ausstellung: 5. Februar 1987, Einzelpfandrecht, lastend im 2. Rang.

Rechtliche Hinweise:

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:

Regionalgericht Berner Jura-Seeland

Spitalstrasse 14, 2502 Biel/Bienne

Die Gerichtspräsidentin: Gutmann

## Mitteilung im Strafverfahren

### Regionalgericht Bern-Mittelland

Dem Privatkläger **Akgyundodu Mehmet Ali**, geb. 1.1.1960, bulgarischer Staatsangehöriger, unbekanntem Aufenthaltes, wird Folgendes mitgeteilt:

Topdemir Aziz, geb. 21.10.1975, von der Türkei, wurde durch das Regionalgericht Bern-Mittelland am 10. Januar 2019 u. a. wegen einfacher Körperverletzung, mehrfach begangen und Sachbeschädigung, schuldig erklärt und verurteilt u. a. zu einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu Fr. 60.-, ausmachend total Fr. 10 800.-, Aufschiebung des Vollzuges, Probezeit zwei Jahre, zu einer Verbindungsbusse von Fr. 1200.-, Ersatzfreiheitsstrafe 20 Tage und zu einer Übertretungsbusse von Fr. 300.-, Ersatzfreiheitsstrafe 3 Tage sowie Verfahrenskosten von Fr. 11 660.35.-.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen dieses Urteil kann innert zehn Tagen seit Eröffnung des Dispositivs beim Regionalgericht Bern-Mittelland schriftlich oder mündlich zu Protokoll die Berufung angemeldet werden (Art. 399 Abs. 1 StPO). Erfolgt die Berufungsanmeldung schriftlich, ist nur die Papierform oder die elektronische Übermittlung in einer anerkannten Form zulässig (Art. 110 Abs. 1 und 2 StPO). Die Fristansetzung zum Einreichen der Berufungserklärung erfolgt später mit der Zustellung des begründeten Urteils.

Die Berufung hat im Umfang der Anfechtung aufschiebende Wirkung (Art. 402 StPO).

Die Gerichtspräsidentin Gysi

## Wissenlassung

### Regionalgericht Berner Jura-Seeland

Dans la procédure pénale Ministère public Jura bernois-Seeland, Rue du Château 13, 2740 Moutier représenté par Mme la Procureure Maeder, Autorité menant l'accusation contre **Karonfel Wadya**, né le 6 avril 1987, pays d'origine Maroc, actuellement de domicile inconnu condamné

Motifs: (Les motifs peuvent être consultés auprès de la chancellerie pénale francophone du Tribunal régional Jura bernois-Seeland, procédure PEN 18 1058)

La Présidente ordonne:

1. Le sursis à l'exécution de la peine de 30 jours-amende à Fr. 30.-, accordé à Karonfel Wadya par ordonnance pénale du Staatsanwaltschaft des Kantons Wallis, Amt der Region Oberwallis, Visp, du 28 mars 2018, est révoqué, la peine pécuniaire devant dès lors être exécutée.
2. Les frais liés à la procédure de révocation, fixés à Fr. 200.-, sont mis à la charge de Karonfel Wadya.
3. A notifier aux parties.  
A communiquer à l'autorité d'exécution.

Voies de recours: La présente décision peut faire l'objet d'un recours motivé et adressé par écrit à la Chambre de recours pénale de la Cour suprême, dans le délai de 10 jours dès la notification, en application des art. 393ss CPP (Cour suprême du canton de Berne, Chambre de recours pénale, Hochschulstrasse 17, Case postale 7475, 3001 Berne). Le recours doit être envoyé soit par la voie postale, soit par la voie électronique muni d'une signature électronique valable (art. 110 al. 1 et 2 CPP).

Remarques: Les envois par fax et par e-mail ne sont pas valables et ne sauvegardent pas les délais.

Les envois peuvent se faire à certaines conditions par voie électronique. Vous trouverez des précisions à ce propos sur le site internet de la Justice bernoise (<http://www.iustice.be.ch/depots-electroniques>).

Le numéro du dossier doit figurer sur les envois (PEN 18 1058)

Tribunal régional Jura bernois-Seeland

section penale

La Présidente: Romano

## Schuldbetreibung und Konkurs

### Zahlungsbefehl

Der Schuldner wird aufgefordert, den Gläubiger für die angegebenen Forderungen binnen 20 Tagen zu befriedigen. Will der Schuldner die Forderung oder einen Teil derselben oder das Recht, sie auf dem Betreibungswege geltend zu machen, bestreiten, so hat er dies innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung des Zahlungsbefehls der Anmeldestelle mündlich oder schriftlich zu erklären (Rechtsvorschlag zu erheben). Wird die Forderung nur zum Teil bestritten, so ist der bestrittene Betrag ziffernmässig genau anzugeben, ansonst die ganze Forderung als bestritten gilt. Sollte der Schuldner dem Zahlungsbefehl nicht nachkommen, so kann der Gläubiger die Fortsetzung der Betreibung verlangen. Publikation nach SchKG 69.

**Bachofner**, Kevin, Geburtsdatum 30.6.1993, Bernstrasse 52, 3018 Bern, Zustelladresse Vorderer Schermen 5b, 3063 Ittigen.

Gläubigerin: Intrum Finance Services AG, CHE-103.770.135, Eschenstrasse 12, 8603 Schwerzenbach.

Vertreterin: Intrum AG, CHE-104.502.525, Eschenstrasse 12, 8603 Schwerzenbach.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlsnummer 98031572 vom 11.4.2018.

Forderungen:

- Fr. 2465.- nebst Zinsen zu 15% seit 11.4.2018.
- 5952206, Rechnung vom 16.10.2013/zedierte Forderung der Firma SBB.
- Fr. 1627.90 Zinsen.
- Fr. 355.- Verzugsschaden.
- Fr. 5.- Betreibungskosten.
- Fr. 15.- Kundenkosten.
- Fr. 150.80 Diverse Auslagen.

Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund:

- 1) 5952206, Rechnung vom 16.10.2013/zedierte Forderung der Firma SBB.
- 2) Zinsen.
- 3) Verzugsschaden.
- 4) Betreibungskosten.
- 5) Kundenkosten.
- 6) Diverse Auslagen.

Diese Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

**Blaser**, Andreas, Geburtsdatum 26.6.1964, Kirchstrasse 6, 2558 Aegerten.

Gläubiger: Kanton Bern, Einwohnergemeinde Aegerten und deren Kirchgemeinen, 2558 Aegerten.

Vertreterin: Inkassostelle Region Seeland, Bahnhofplatz 10, 2501 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlsnummer 98041619 vom 2.10.2018.

Forderungen:

- Fr. 11129.65 nebst Zinsen zu 3% seit 28.9.2018.
  - Fr. 442.10 Verzugszins laut Steuerrechnung.
  - Fr. 460.95 noch nicht fakturierter Verzugszins.
  - Fr. 627.60 Busse, Kosten, Gebühren/Verzugszins.
  - Fr. 288.90 Feuerwehrendienstszabgabe.
- Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Steuern und Abgaben 2015 gemäss Rechnung vom 11.4.2017.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel,  
Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

**Heider**, Klaus Friedrich Josef, Geburtsdatum 19.10.1965, Hauptstrasse 17, 2563 Ipsach.

Gläubigerin: Sanitas Grundversicherungen AG, CHE-110.227.511, Jägggasse 3, 8004 Zürich.  
Vertreterin: Sanitas, Inkasso, Konradstrasse 14, 8401 Winterthur.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98049737 vom 7.12.2018.

Forderungen:  
Fr. 997.20 nebst Zinsen zu 5% seit 1.5.2018.  
Fr. 180.– Mahnspesen vom 14.6.2018 bis 16.8.2018.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Prämien KVG vom 1.4.2018 bis 30.6.2018 sowie Mahnspesen vom 14.6.2018 bis 16.8.2018.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel,  
Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

**Just**, Mario Daniel, von Deutschland, Geburtsdatum 23.1.1973, Mösliweg 15, 3098 Köniz.

Gläubigerin: Visana AG, CHE-375.956.898, Weltpoststrasse 19, 3015 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98113261 vom 27.11.2018.

Forderungen:  
Fr. 2897.– nebst Zinsen zu 5% seit 16.6.2018.  
Fr. 200.– Mahnkosten.  
Fr. 250.– Bearbeitungskosten.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Unbezahlte Prämien Obligatorische Krankenpflegeversicherung KVG der Periode Mai 2018 bis August 2018.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittel-  
land, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

**Just**, Mario Daniel, von Deutschland, Geburtsdatum 23.1.1973, Mösliweg 15, 3098 Köniz.

Gläubigerin: Visana AG, CHE-375.956.898, Weltpoststrasse 19, 3015 Bern.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98072878 vom 24.7.2018.

Forderungen:  
Fr. 3612.70 nebst Zinsen zu 5% seit 31.1.2018.  
Fr. 200.– Mahnkosten.  
Fr. 250.– Bearbeitungskosten.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Unbezahlte Prämien der Periode Dezember 2017 bis April 2018 Obligatorische Krankenpflegeversicherung KVG.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittel-  
land, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

**Karras**, Karin Josephin, Geburtsdatum 5.11.1974, Wasserstrasse 27, 2502 Biel/Bienne.

Gläubiger: Kanton Bern, Einwohnergemeinde Biel/Bienne und deren Kirchgemeinden, Rüschistrasse 14, Postfach 1120, 2501 Biel/Bienne.

Vertreterin: Inkassostelle Städtische Steuerverwaltung Biel, Rüschistrasse 14, 2502 Biel/Bienne.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98026716 vom 19.6.2018.

Forderungen:

Fr. 1034.90 nebst Zinsen zu 3% seit 5.6.2018.  
Fr. 41.40 Verzugszins gemäss Steuerrechnung.  
Fr. 10.– noch nicht fakturierter Verzugszins.  
Fr. 120.– Bussen, Kosten und Gebühren.  
Fr. 45.05 Feuerwehrdienstersatzabgabe.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Steuern und Abgaben 2016 gemäss Rechnung vom 10.1.2018.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel,  
Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

**Malinka Vuckovic-Radosavlievic**, Geburtsdatum 28.3.1954, Wabersackerstrasse 17, 3097 Liebefeld.

Gläubigerin: Hess Real Estates AG, CHE-290.831.192  
Hohle Gasse 4, 3097 Liebefeld.

Vertreterin: Adlatus AG Real Estate Partners, Hohle Gasse 4, 3097 Liebefeld.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98088897 vom 10.9.2018.

Forderungen:  
Fr. 2605.– nebst Zinsen zu 5% seit 1.7.2018.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Offene Mietzinse Juli und August 2018, Total Fr. 2545.– plus Mahnspesen von Fr. 60.– für die 2½-Zimmer-Wohnung im 5. OG rechts und den Einstellhallenplatz Nr. 35 an der Wabersackerstrasse 17 in Liebefeld.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittel-  
land, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

**Märker**, Sarah, von Deutschland, Geburtsdatum 10.8.1993, Zustelladresse Dejan Konaktschiew, Brüggbühlstrasse 22B, 3172 Niederwangen.

Gläubigerin: Atupri Gesundheitsversicherung, CHE-103.215.773, Zieglerstrasse 29, 3000 Bern 65.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98096109 vom 1.10.2018.

Forderungen:  
Fr. 60.40.  
Fr. 25.– Mahnspesen.  
Fr. 50.– Dossiergebühr.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: KVG/Obligatorische Krankenpflegeversicherung, Kostenbeteiligung 30.4.2018 bis 23.5.2018.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittel-  
land, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

**Märker**, Sarah, von Deutschland, Geburtsdatum 10.8.1993, Zustelladresse Dejan Konaktschiew, Brüggbühlstrasse 22B, 3172 Niederwangen.

Gläubigerin: Atupri Gesundheitsversicherung, CHE-103.215.773, Zieglerstrasse 29, 3000 Bern 65.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98094883 vom 1.10.2018.

Forderungen:  
Fr. 950.– nebst Zinsen zu 5% seit 16.6.2018.  
Fr. 25.– Mahnspesen.  
Fr. 50.– Dossiergebühr.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: KVG/Obligatorische Krankenpflegeversicherung Prämien 6.2018 bis 7.2018.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:

Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittel-  
land, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

**Rana**, Jesus Lois, Geburtsdatum 5.6.1964, Bernstrasse 3, 2560 Nidau.

Gläubigerin: Sanitas Grundversicherungen AG, CHE-110.227.511, Jägggasse 3, 8004 Zürich.

Vertreterin: Sanitas, Inkasso, Konradstrasse 14, 8401 Winterthur.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98019195 vom 30.4.2018.

Forderungen:  
Fr. 3498.60 nebst Zinsen zu 5% seit 1.10.2017.  
Fr. 90.– Umtriebsspesen.

Fr. 90.– Mahnspesen.  
Fr. 54.20 Kostenbeteiligungen KVG 8.9.17, 3.11.17.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Prämien KVG von Oktober 2017 bis Dezember 2017.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel,  
Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

**Rana**, Jesus Lois, Geburtsdatum 5.6.1964, Bernstrasse 3, 2560 Nidau.

Gläubigerin: Sanitas Grundversicherungen AG, CHE-110.227.511, Jägggasse 3, 8004 Zürich.

Vertreterin: Sanitas, Inkasso, Konradstrasse 14, 8401 Winterthur.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98032674 vom 2.8.2018.

Forderungen:  
Fr. 14132.40 nebst Zinsen zu 5% seit 1.1.2018.  
Fr. 90.– Umtriebsspesen.  
Fr. 30.– Mahnspesen.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Prämien KVG von Januar 2018 bis Dezember 2018.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Seeland, Dienststelle Biel,  
Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

**Stanoje Vuckovic-Radosavlievic**, Geburtsdatum 30.7.1952, Wabersackerstrasse 17, 3097 Liebefeld.

Gläubigerin: Hess Real Estates AG, CHE-290.831.192,  
Hohle Gasse 4, 3097 Liebefeld.

Vertreterin: Adlatus AG Real Estate Partners, Hohle Gasse 4, 3097 Liebefeld.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98088894 vom 10.9.2018.

Forderungen:  
Fr. 2605.– nebst Zinsen zu 5% seit 1.7.2018.  
Zusätzliche Kosten: Betreibungskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: Offene Mietzinse Juli und August 2018, Total Fr. 2545.– plus Mahnspesen von Fr. 60.– für die 2½-Zimmerwohnung im 5. OG rechts und den Einstellhallenplatz Nr. 35 an der Wabersackerstrasse 17 in Liebefeld.

Die vorstehende Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:  
Betreibungsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittel-  
land, Poststrasse 25, 3072 Ostermundigen

**Stern**, Yannik, Geburtsdatum 17.10.1996, Holenackerstrasse 31/C9, 3027 Bern.

Gläubigerin: Progrès Versicherungen AG, Zürichstrasse 130, 8600 Dübendorf.

Vertreterin: Helsana Versicherungen AG, Zentraler  
Betreibungsdienst, Postfach 8081, Zürich, Schweiz.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.  
Zahlungsbefehlnummer 98094505 vom 1.10.2018.



Forderungen:

Fr. 8115.35 nebst Zinsen zu 5% seit 25.9.2018.  
Prämien KVG 11/2016, 12/2016, 1/2017–3/2017, 4/2017, 5/2017, 6/2017, 7/2017, 8/2017, 9/2017, 10/2017, 11/2017, 12/2017, 1/2018, 2/2018, 3/2018, 4/2018, 5/2018, Prämien KVG 4/2017, 5/2017, 6/2017, 7/2017, 8/2017, 9/2017, 10/2017 Fr. 416.– Zinsen.

Fr. 1045.– Betriebskosten und Mahngebühren.  
Zusätzliche Kosten: Betriebskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund:

- 1) Prämien KVG 11/2016, 12/2016, 1/2017–3/2017, 4/2017, 5/2017, 6/2017, 7/2017, 8/2017, 9/2017, 10/2017, 11/2017, 12/2017, 1/2018, 2/2018, 3/2018, 4/2018, 5/2018, Prämien KVG 4/2017, 5/2017, 6/2017, 7/2017, 8/2017, 9/2017, 10/2017
- 2) Zinsen.
- 3) Betriebskosten und Mahngebühren.

Diese Publikation ersetzt die direkte Zustellung des Zahlungsbefehls an den Schuldner.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:

Betriebsamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland, Poststrasse 25, 3072 Ostermündigen

**Ziad Benmohamed Nefzi**, Geburtsdatum 15.4.1969, Lyss-Strasse 51, 2560 Nidau.

Gläubigerin: Intrum AG, CHE-104.502.525, Eschenstrasse 12, 8603 Scherzweil.

Art der Schuldbetreibung: Ordentliches Verfahren.

Zahlungsbefehlsnummer: 98030693 vom 19.7.2018.

Forderungen:

Fr. 1720.95 nebst Zinsen zu 5% seit 18.7.2018.

Fr. 154.45 Zinsen.

Fr. 255.– Verzugsschaden.

Fr. 100.– Diverse Auslagen.

Zusätzliche Kosten: Betriebskosten, zuzüglich Publikationskosten.

Forderungsgrund: 7479640, Offener Saldo per 1.9.2016, Tel. 0786479842, zedierte Forderung der Firma Orange Communication AG.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:

Betriebsamt Seeland, Dienststelle Biel, Kontrollstrasse 20, 2503 Biel/Bienne

## Betreibungsrechtliche Grundstücksteigerung

Es wird ausdrücklich auf das Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) sowie auf die Verordnung über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewV) aufmerksam gemacht. Innert der Frist nicht angemeldete Ansprüche sind, soweit sie nicht durch die öffentlichen Bücher festgestellt sind, von der Teilnahme am Ergebnis der Verwertung ausgeschlossen. Ebenso haben Faustpfandgläubiger von Pfandtiteln ihre Faustpfandforderungen anzumelden. Im Übrigen wird auf die Steigerungsbedingungen verwiesen. Publikation nach SchKG 231, 232; VZG vom 23. April 1920, Art. 29 und 123.

**Beck, Nicole**, von Boltigen, Geburtsdatum 6. März 1975, Korngasse 2B, 3422 Kirchberg.

Steigerungsobjekte:

Kirchberg-Grundbuch Blatt Nr. 1691, Gebäude 88 m<sup>2</sup>, Gartenanlage 164 m<sup>2</sup>, Wohnhaus 61 m<sup>2</sup>, Gebäude/Bauten 27 m<sup>2</sup>, Korngasse 2b, 2d, 3422 Kirchberg.

Eigentümerin: Einfache Gesellschaft, Nicole Beck, geboren am 6. März 1975 und Roger Beck, geboren am 14. Oktober 1974.

Angaben zur Steigerung:

9. April 2019, 10 Uhr, Betriebsamt Emmental-Oberaargau, Dienststelle Emmental, Dunantstrasse 7B, 3400 Burgdorf (3. Stock).

Rechtliche Hinweise: Auflegung der Steigerungsbedingungen und des Lastenverzeichnisses beim Betriebsamt Emmental-Oberaargau, Dunantstrasse 7C, 3400 Burgdorf.

Die Verwertung wird verlangt infolge Pfändung. Es ergeht hiermit an die Pfandgläubiger und Grundlastberechtigten die Aufforderung, binnen der Eingabefrist dem unterzeichnenden Betriebsamt ihre Ansprüche an dem Grundstück, insbesondere auch

für Zinsen und Kosten, anzumelden und gleichzeitig auch anzugeben, ob die Kapitalforderung schon fällig oder gekündigt sei, allfällig für welchen Betrag und auf welchen Termin. Die Pfandtitel sind innert der gleichen Frist ebenfalls einzureichen. Innert der Frist nicht angemeldete Ansprüche sind, soweit sie nicht durch das Grundbuch festgestellt sind, von der Teilnahme am Ergebnis der Verwertung ausgeschlossen. Ebenso haben Faustpfandgläubiger von Pfandtiteln ihre Faustpfandforderungen anzumelden. Anzumelden sind auch die Rechte am Grundstück als Ganzem. Als Beilage erhalten Sie eine Kopie der amtlichen Steuerungsanzeige.

Mitteilung an die Pfändungsgläubiger: Die Gläubiger mit nicht grundpfandgesicherten Forderungen (Pfändungsgläubiger), die in den Pfändungsgruppen aufgeführt sind, haben ihre Forderung nicht per Steigerungstag aufzurechnen. Diese werden von Amtes wegen bei der Verwertung des Grundstückes berücksichtigt. Über die Forderung der Pfändungsgläubiger wird nach der Verwertung definitiv abgerechnet.

Eingabefrist bis 12. Februar 2019.

Auflagedatum der Steigerungsbedingungen und des Lastenverzeichnisses: Ab dem 6. März 2019.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:

Betriebsamt Emmental-Oberaargau, Dienststelle Emmental, Dunantstrasse 7c, 3400 Burgdorf

**Chatton, Bernard**, von Romont FR und Avry s/ Matran, Geburtsdatum 2. April 1959, wohnhaft route de Sonceboz 12, 2604 La Heutte.

Steigerungsobjekte:

Part de copropriété de 1/2 de l'immeuble feuillet no 451 du ban de Péry-La Heutte 2 (La Heutte), habitation 73 m<sup>2</sup>, Route de Sonceboz 12, 2604 La Heutte, garage, 24 m<sup>2</sup>, Route de Sonceboz 12b, 2604 La Heutte, bâtiment, jardin, 412 m<sup>2</sup>, autre surface à revêtement dur, 2 m<sup>2</sup>, surface totale, 511 m<sup>2</sup>.

Valeur officielle de l'immeuble en entier: Fr. 377 800.–.

Valeur vénale de l'immeuble en entier: Fr. 510 000.– (estimation de l'expert)

Valeur vénale de la part de copropriété du débiteur (1/2): Fr. 255 000.–.

Il ressort de l'extrait du Registre foncier que l'immeuble entier est grevé de droits de gage. Les pourparlers de conciliation avec les intéressés, en vertu de l'art. 73e de l'Ordonnance du Tribunal Fédéral sur la réalisation forcée des immeubles (ORFI) du 23 avril 1920 ont eu lieu. Une entente selon l'art 73f ORFI entre les parties n'a pas été possible et par conséquent les pourparlers n'ont pas abouti.

Selon l'art. 73g ORFI, l'adjudicataire succédera intégralement au débiteur en ce qui concerne les droits de gage qui, d'après l'état des charges en force, grevent l'immeuble entier et les créances qui sont ainsi garanties, sans que ces charges soient imputées sur le prix de vente.

Angaben zur Steigerung:

4. April 2019 um 14 Uhr, Salle de conférence de l'Office des poursuites et des faillites du Jura bernois, Rue Centrale 33, 2740 Moutier.

Rechtliche Hinweise:

L'état des charges, les conditions de vente et le rapport d'expertise seront déposés à l'Office des poursuites et des faillites du Jura bernois, Département poursuites, Rue Centrale 33, 2740 Moutier.

Eingabefrist: 12. Februar 2019. Les créances sont à recalculer en détail (capital, intérêts et frais) au jour de la vente.

Auflagedatum der Steigerungsbedingungen und des Lastenverzeichnisses: Ab dem 19. Februar 2019.

Les conditions de vente et l'état des charges seront disponibles du 19 février 2019 au 1er mars 2019.

La réalisation de la part de copropriété (art. 138 LP et 29, 73a ORFI) est requise ensuite de poursuites de créanciers saisissants. La part de copropriété de 1/2 sera vendue après une criée, à tout prix, au plus offrant et dernier enchérisseur. Avant l'adjudication et conformément aux conditions de vente, le nouvel acquéreur devra payer, séance tenante un acompte de Fr. 50 000.–. Cet acompte sera réglé soit en espèces, soit au moyen d'un chèque émis par une banque suisse. Les chèques personnels ne sont pas acceptés. En outre des garanties réelles (garanties bancaires) seront exigées séance tenante de

l'acquéreur pour l'ensemble du prix de vente. Le responsable du dossier donne volontiers des renseignements complémentaires au sujet des conditions de vente au numéro suivant: 031 635 39 75 (F. Ramseyer). Les enchérisseurs devront se munir d'un acte d'état civil ou, pour les sociétés, d'un extrait récent du registre du commerce. Ils sont rendus attentifs aux dispositions légales (LFAIE du 16 décembre 1983) relatives à l'acquisition d'immeubles par des personnes étrangères en raison d'une participation étrangère prépondérante.

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:

Office des poursuites du Jura bernois, Département poursuites, Rue Centrale 33, 2740 Moutier

## Mitteilung des Verwertungsbegehrens

**Willener-Calt**, Susanna, Seematten 6 E, 3855 Brienz BE, unbekanntes Aufenthaltsort.

Betreibung Nr. 98001713.

Gruppe Nr. 98001093.

Gläubiger: Residence Taillepie A-E SA, c/o José Suarez, Route de Taillepie 5, 1095 Lutry.

Vertreterin: Cogestim SA, v.d. Etude Gachet & Zurcher, Rue de la Gare 14, 1110 Morges.

Forderung:

Fr. 7406.– nebst Zinsen zu 5% seit 20. Januar 2018 sowie Betriebskosten, Kosten Mitteilung Verwertung und Publikationskosten.

Forderungsurkunde und -grund der Forderung: Montant dû selon décompte fourni le mardi 19 décembre 2017 et courrier du 19 janvier 2018.

Der Gläubiger beziehungsweise der Gläubigervertreter verlangt mit dem Begehren vom 18. Dezember 2018 die Verwertung des von oben genannter Betreibung betroffenen Liquidationsanteils an der unverteilt Erbschaft des Willener Hans Ulrich.

Ort und Zeit der Steigerung werden später angezeigt.

Weitere Erläuterungen:

1. Macht die Schuldnerin glaubhaft, dass sie die Schuld ratenweise tilgen kann, und verpflichtet sie sich zu regelmässigen und angemessenen Abschlagszahlungen an das Betriebsamt, so kann der Betreibungsbeamte nach Erhalt der ersten Rate die Verwertung um höchstens zwölf Monate, bei Betreibungen für Forderungen der ersten Klasse um höchstens sechs Monate hinausschieben. Der Aufschub fällt ohne weiteres dahin, wenn eine Abschlagszahlung nicht rechtzeitig geleistet wird.
2. Wird das Gesuch um Bewilligung von Teilzahlungen erst gestellt, wenn die Steigerung schon ausgedient oder andere Verwertungsmaßnahmen getroffen worden sind, so kann ihm nur entsprochen werden, wenn alle durch deren Anordnung und Widerruf verursachten Kosten neben der Teilzahlung sofort bezahlt werden.

Frist zur Bezahlung der Forderung: Die Forderung von Fr. 9000.– ist am bis 28. Januar 2019 auf das Konto IBAN Nr. CH11 0900 0000 3000 9932 4 zu überweisen. Bei nicht pünktlicher Bezahlung werden unverzüglich Einigungsverhandlungen angesetzt.

Interlaken, 16. Januar 2019

Betriebsamt Oberland, Dienststelle Oberland Ost

## Einstellung des Konkursverfahrens mangels Aktiven

Das Konkursverfahren wird als geschlossen erklärt, falls nicht ein Gläubiger innert der genannten Frist die Durchführung verlangt und für die Deckung der Kosten den erwähnten Vorschuss leistet. Die Nachforderung weiterer Kostenvorschüsse bleibt vorbehalten. Publikation nach SchKG Art. 230, 230a.

Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland

**Abbat Montalto**, Jean von Galgenen SZ, Geburtsdatum 21. März 1995, Todesdatum 14. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Riedbachstrasse 190, 3020 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 19. Dezember 2018.

Datum der Einstellung: 11. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 4000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Bakker**, Elias Hendrik, von Niederlande, Geburtsdatum 25. August 1982, Burgdorfstrasse 7, 3672 Oberdiessbach, Inhaber der am 23. Mai 2018 im Handelsregister gelöschten Einzelunternehmung «Bakker's Bistro», Kirchstrasse 9, 3672 Oberdiessbach.  
Datum der Konkurseröffnung: 27. November 2018.  
Datum der Einstellung: 8. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 2000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Burri**, Barbara Ursula, von Rapperswil BE, Geburtsdatum 11. Mai 1961, Todesdatum 14. November 2018, wohnhaft gewesen Myrthenweg 33, 3018 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 3. Januar 2019.  
Datum der Einstellung: 10. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 4000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Garage Unterführung GmbH in Liquidation**, CHE-345.782.665, Bethlehemstrasse 197, 3018 Bern.  
Datum des Auflösungsentscheids: 12. Dezember 2017.  
Datum der Einstellung: 10. Januar 2019.

Kostenvorschuss: Fr. 5000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

Liquidation gemäss Art. 731b OR

Das Regionalgericht Bern-Mittelland hat auf Antrag des Handelsregisteramtes des Kantons Bern bezüglich der Garage Unterführung GmbH (UID-Nr. 345.782.665) die Auflösung verfügt und gleichzeitig die Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs angeordnet.

**Hoos**, Ronald, von Winterthur ZH, Geburtsdatum 9. Oktober 1980, Todesdatum 6. November 2018, wohnhaft gewesen Chutzenstrasse 61, 3007 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 3. Januar 2019.  
Datum der Einstellung: 15. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 900.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Hunziker**, Werner, von Gontenschwil AG, Geburtsdatum 30. Juli 1941, Todesdatum 27. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Bahnhofstrasse 8, 3123 Belp, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 10. Dezember 2018.  
Datum der Einstellung: 14. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 2200.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Jespers GmbH in Liquidation**, CHE-115.833.570, Beethovenstrasse 19, 3073 Gümliigen.  
Datum der Konkurseröffnung: 13. Dezember 2018.  
Datum der Einstellung: 11. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 5000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Koç**, Mehmet, Staatsbürgerschaft Türkei, Geburtsdatum 15. Juli 1985, Moosbühlstrasse 35, 3302 Moosseedorf, Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Einzelunternehmung «Pizzatime M. Koç», Hauptstrasse 40, 2556 Schwadernau.  
Datum der Konkurseröffnung: 4. Dezember 2018.  
Datum der Einstellung: 8. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 5000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Langenegger**, Stefanie, von Langnau im Emmental BE, Geburtsdatum 22. Dezember 1982, Todesdatum 1. November 2018, wohnhaft gewesen Ziegelackerstrasse 7, 3027 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 17. Dezember 2018.  
Datum der Einstellung: 11. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 4000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Mast**, Antony Jan, von Guggisberg BE, Geburtsdatum 5. September 1983, Todesdatum 3. September 2018, wohnhaft gewesen Belpstrasse 8, 3122 Kehrsatz, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 20. November 2018.  
Datum der Einstellung: 11. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 2700.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Rudin**, Ernst, von Lausen BL, Geburtsdatum 12. Oktober 1934, Todesdatum 10. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Finkenweg 4, 3098 Köniz, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 16. November 2018.  
Datum der Einstellung: 11. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 3700.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Sägesser-Weber**, Danielle Lucienne, von Aarwangen BE, Geburtsdatum 5. November 1943, Todesdatum 9. September 2018, wohnhaft gewesen in 3303 Jegenstorf, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 13. Dezember 2018.  
Datum der Einstellung: 10. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 4000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Walther**, Heinz, von Olchenberg BE, Geburtsdatum 18. Februar 1941, Todesdatum 14. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Kalchstätten 191f, 3158 Guggisberg, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 17. Dezember 2018.  
Datum der Einstellung: 10. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 3400.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

*Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland*

**Aysel Göksu-Kirkan**, Staatsbürgerschaft Türkei, Geburtsdatum 1. Mai 1966, Todesdatum 5. September 2018, wohnhaft gewesen Alexander-Schöni-Strasse 4, 2502 Biel, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 11. Oktober 2018.  
Datum der Einstellung: 15. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 2000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Holzer**, Rita, von Kandergrund BE, Geburtsdatum 15. Juni 1967, Todesdatum 5. März 2018, wohnhaft gewesen Steinerenweg 4, 2572 Sutz, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 25. Juli 2018.  
Datum der Einstellung: 10. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 4000.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

*Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland*

**Argoneta Krasniqi**, geb. 5. April 1981, von Regensdorf ZH, wohnhaft gewesen Kreuzacherweg 3, 3800 Matten bei Interlaken, verstorben am 8. September 2018, ausgeschlagene Verlassenschaft.  
Datum der Eröffnung: 16. November 2018.  
Datum der Kurseinstellung: 11. Januar 2019.

Das Konkursverfahren gilt als geschlossen, falls nicht ein Gläubiger bis zum 2. Februar 2019 die Durchführung verlangt und für die Deckung der Kosten einen

Vorschuss von Fr. 5200.– leistet. Die Nachforderung weiterer Kostenvorschüsse bleibt vorbehalten.

**CAFE 44 GmbH in Liquidation**, CHE-402.084.530, Burgsteinstrasse 2, 3665 Wattenwil.  
Datum der Konkurseröffnung: 4. Dezember 2018.  
Datum der Einstellung: 8. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 5200.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**EHRGIZA GmbH in Liquidation**, CHE-111.782.229, Glütschbachstrasse 61 3661 Uetendorf.  
Datum der Konkurseröffnung: 30. November 2018.  
Datum der Einstellung: 14. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 5200.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Jerome Michael Janos Person**, geb. 4. Juni 1968, von Deutschland, wohnhaft gewesen Schulhaus, Gsteigstrasse 145, 3783 Grund bei Gstaad, verstorben am 4. September 2018, ausgeschlagene Verlassenschaft.  
Datum der Eröffnung: 16. November 2018.  
Datum der Kurseinstellung: 7. Januar 2019.  
Das Konkursverfahren gilt als geschlossen, falls nicht ein Gläubiger bis zum 2. Februar 2019 die Durchführung verlangt und für die Deckung der Kosten einen Vorschuss von Fr. 5200.– leistet. Die Nachforderung weiterer Kostenvorschüsse bleibt vorbehalten.

**Kunz-Jensen**, Ruth Irene, von Diemtigen BE, Geburtsdatum 10. Dezember 1949, Todesdatum 28. August 2018, wohnhaft gewesen Mittlere Strasse 89, 3600 Thun, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 18. September 2018.  
Datum der Einstellung: 14. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 5200.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Prime Golf International AG in Liquidation**, CHE-222.034.787, Tempelstrasse 8b 3608 Thun.  
Datum des Auflösungsentscheids: 27. November 2018.  
Datum der Einstellung: 7. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 6200.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

Liquidation nach 731b OR

Das Regionalgericht Oberland hat auf Antrag des Handelsregisteramtes des Kantons Bern mit Entscheid vom 9. November 2018 bezüglich der Prime Golf International AG in Liquidation die Auflösung verfügt und gleichzeitig die Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs angeordnet. Der Entscheid wurde per 27. November 2018 rechtskräftig.

**Raymond Hans Erne**, geb. 16. Juli 1935, von Wettingen AG und Leuggern AG, wohnhaft gewesen Sonnmatte – Wohnen im Alter, Sonnmatteweg 7, 3604 Thun, verstorben am 16. September 2018, ausgeschlagene Verlassenschaft.  
Datum der Eröffnung: 16. Oktober 2018.  
Datum der Kurseinstellung: 11. Januar 2019.

Das Konkursverfahren gilt als geschlossen, falls nicht ein Gläubiger bis zum 2. Februar 2019 die Durchführung verlangt und für die Deckung der Kosten einen Vorschuss von Fr. 4400.– leistet. Die Nachforderung weiterer Kostenvorschüsse bleibt vorbehalten.

**Weingart**, Peter Jürg, von Radelfingen, Geburtsdatum 4. April 1939, Todesdatum 5. November 2018, wohnhaft gewesen Turmgässli 10, 3661 Uetendorf, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 20. November 2018.  
Datum der Einstellung: 11. Januar 2019.  
Kostenvorschuss: Fr. 3800.–.  
Frist: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Zürcher-Schmid**, Rösli Margrit, von Trubschachen BE, Geburtsdatum 3. November 1924, Todesdatum 29. September 2018, wohnhaft gewesen 3600, Thun, mit Zustelladresse Esther Schüpbach Stiftung,

Ortbühlweg 10, 3612 Steffisburg, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 12. Oktober 2018.

Datum der Einstellung: 15. Januar 2019.

Kostenvorschuss: Fr. 5200.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

*Konkursamt Emmental-Oberaargau,  
Dienststelle Emmental-Oberaargau*

**covera GmbH in Liquidation**, CHE-369.469.408, Schwandgasse 9, 3414 Oberburg.

Liquidation nach Art. 731b OR.

Datum des Auflösungsentscheids: 22. November 2018.

Datum der Einstellung: 10. Januar 2019.

Kostenvorschuss: Fr. 5000.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Nietlispach**, Bruno Franz, von Willisau, Geburtsdatum 3. Februar 1947, Hardmattweg 3, 4912 Aarwangen, Inhaber der Einzelfirma «Versicherungsadministration, Bruno Nietlispach», Hardmattweg 3, 4912 Aarwangen.

Datum der Konkurseröffnung: 11. Dezember 2018.

Datum der Einstellung: 11. Januar 2019.

Kostenvorschuss: Fr. 5000.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Zwygart**, Hans-Jakob, von von Krauchthal, Geburtsdatum 28. Juli 1955, Dorfstrasse 13, 3457 Wasen i. E., Inhaber der Einzelfirma «Hans-Jakob Zwygart, Bäckerei und Konditorei», Dorfstrasse 13, 3457 Wasen i. E.

Datum der Konkurseröffnung: 27. November 2018.

Datum der Einstellung: 16. Januar 2019.

Kostenvorschuss: Fr. 6000.–.

Frist: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

## Vorläufige Konkursanzeige

Schuldner des Konkursiten können ihre Schulden nicht mehr durch Zahlung an den Konkursiten begleichen; sie riskieren, zweimal bezahlen zu müssen. Ferner sind Personen, die Vermögensgegenstände des Konkursiten verwahren, unabhängig vom Rechtstitel der Verwahrung verpflichtet, diese unverzüglich dem Konkursamt herauszugeben. Die Publikation betreffend Art, Verfahren, Eingabefrist usw. erfolgt später. Publikation nach Art. 222 SchKG.

*Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland*

**BTT GmbH**, CHE-168.072.875, Gerbestrasse 25, 3072 Ostermundigen.

Datum der Konkurseröffnung: 16. Januar 2019.

**Niesmak**, Borries Heinz, von Deutschland, Geburtsdatum 1. April 1967, Schaufelweg 94, 3098 Schliern bei Köniz.

Datum der Konkurseröffnung: 20. November 2018.

**Wäckerlin Entwässerungssysteme AG in Liquidation**, CHE-106.545.899, Gabelrüttweg 2, 3323 Bärswil.

Datum der Konkurseröffnung: 5. Dezember 2018.

*Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland*

**Punto d'oro GmbH**, CHE-102.811.033, Ernst-Schüler-Strasse 22, 2502 Biel/Bienne.

Datum der Konkurseröffnung: 9. Januar 2019.

*Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland*

**Frei**, Willy Daniel, von Niederbipp BE, Geburtsdatum 10. Mai 1946, Todesdatum 2. März 2018, wohnhaft gewesen Vorholzstrasse 33, 3800 Unterseen, Inhaber der Einzelfirma «Institut Frei», Waldeggstrasse 10, 3800 Interlaken.

Datum der Konkurseröffnung: 10. Januar 2019.

## Konkurseröffnung

Die Gläubiger des Schuldners und alle, die Ansprüche auf die in seinem Besitz befindlichen Vermögensstücke haben, werden aufgefordert, ihre Forderungen oder Ansprüche samt Beweismitteln (Schuldscheine, Buchauszüge usw.) innert der genannten Frist bei der Anmeldestelle einzuzeigen. Schuldner des Konkursiten haben sich innert der gleichen Frist bei der Anmeldestelle zu melden; Straffolge bei Unterlassung nach Art. 324 Ziff. 2 StGB. Personen, die Sachen des Schuldners als Pfandgläubiger oder aus anderen Gründen besitzen, werden aufgefordert, diese innert der gleichen Frist der Anmeldestelle zur Verfügung zu stellen; Straffolge bei Unterlassung (Art. 324 Ziff. 3 StGB). Das Vorzugsrecht erlischt, wenn die Meldung ungerechtfertigt unterbleibt. Die angegebene Anmeldestelle gilt auch für Beteiligte, die im Ausland wohnen. Publikation nach Art. SchKG 231, 232; VZG Art. 29 und 123.

*Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland*

**Berti**, Luciano, von Italien Geburtsdatum 12. Mai 1929, Todesdatum 13. August 2018, wohnhaft gewesen Münstergasse 6, 3011 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 12. Dezember 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Brentani**, Domenico Francesco Luigi, von Lugano TI, Geburtsdatum 15. Juni 1952, Todesdatum 25. September 2018, wohnhaft gewesen Seftigenstrasse 117, 3007 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 13. Dezember 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Büschi-Rotzler**, Therese, von Kriechenwil BE, Geburtsdatum 9. Dezember 1934, Todesdatum 3. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Seftigenstrasse 111, 3007 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 3. Januar 2019.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Ferrier**, Denise, von La Neuveville BE, Geburtsdatum 3. Juli 1926, Todesdatum 1. November 2018, wohnhaft gewesen Salvisbergstrasse 6, 3006 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 10. Dezember 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Hostettler**, Hans Rudolf, von Wahlern BE, Geburtsdatum 14. Februar 1945, Todesdatum 7. August 2018, wohnhaft gewesen Freiburgstrasse 182, 3008 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 29. Oktober 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Känel**, Ruth, von Bagen BE, Geburtsdatum 27. Oktober 1932, Todesdatum 8. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Tertianum Fischermätteli, Könizstrasse 74, 3008 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 13. November 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 22. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Marti**, Waldemar, von Grossdietwil BE, Geburtsdatum 17. Dezember 1953, Todesdatum 6. Dezember 2018, wohnhaft gewesen Wangenstrasse 86D, 3018 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 3. Januar 2019.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Michel**, Martin von Köniz BE, Geburtsdatum 4. September 1966, Todesdatum 6. Dezember 2018, wohnhaft gewesen Talgut-Zentrum 7/3, 3063 Ittigen, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 7. Januar 2019.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Nef**, Martin, von Urnäsch AR, Geburtsdatum 28. Oktober 1975, Todesdatum 19. November 2018, wohnhaft gewesen Morgartenstrasse 21, 3014, Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 3. Januar 2019.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Ott-Hofmann**, Rosmarie, von Langnau im Emmental BE, Geburtsdatum 12. Juni 1932, Todesdatum 15. November 2018, wohnhaft gewesen 3052, Zollikofen, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 10. Januar 2019.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Pfister**, Heinz Gottlieb, von Aeschi bei Spiez BE, Geburtsdatum 7. Februar 1956, Todesdatum 5. Dezember 2018, wohnhaft gewesen Friedheimweg 24, 3007 Bern, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 19. Dezember 2018.

Frist: 30 Tage.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

*Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland*

**Beciri**, Dijana, von Mazedonien, Geburtsdatum 22. Juli 1980, Hauptstrasse 230, 2552 Orpund.

Datum der Konkurseröffnung: 8. Januar 2019.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Kistler-Zehnder**, Olga Heidi, von Aarberg BE, Geburtsdatum 30. August 1934, Todesdatum 8. August 2018, wohnhaft gewesen 2504 Biel/Bienne, mit Aufenthalt im APH Centre Rochat, Unterer Quai 45, 2502 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum der Konkurseröffnung: 13. November 2018.

Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.

Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

*Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland*

**Carrer-Fedier**, Adelheid, von Silenen UR, Geburtsdatum 21. November 1934, Todesdatum 2. September 2018, wohnhaft gewesen Sonnmattweg 7b, 3604 Thun Sonnmatt – Wohnen im Alter, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Grüssi**, Bernhard Ernst, von Zäziwil BE, Geburtsdatum 1. März 1937, Todesdatum 18. Juli 2018, wohnhaft gewesen Seniorenpark Weissenau, Weissenaustrasse 39, 3800 Unterseen, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Müller-Minstr**, Karla, von Goms VS, Geburtsdatum 23. August 1926, Todesdatum 24. August 2018, wohnhaft gewesen 3600 Thun mit Zustelladresse APH am Schärme, Rebzelg 20, 3662 Seftigen, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.

Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.

Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.

Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.

Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Spöri**, Manfred Johann, von Schüpfen BE, Geburtsdatum 13. September 1942, Todesdatum 17. Juni 2018, wohnhaft gewesen Langenstrasse 59, 3603 Thun, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Vögeli-Brunner**, Gertrud, von Wilderswil BE, Geburtsdatum 16. Dezember 1928, Todesdatum 9. September 2018, wohnhaft gewesen 3806 Bönigen bei Interlaken, Zustelladresse Seniorenpark Weissenau, Weissenaustrasse 39, 3800 Unterseen, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Wandfluh-Burren**, Hedwig, von Kandergrund BE, Geburtsdatum 20. März 1929, Todesdatum 6. Oktober 2018, wohnhaft gewesen 3703 Aeschi bei Spiez, Zustelladresse Alters- und Pflegeheim Solina, Stockhornstrasse 12, 3700 Spiez, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Zürcher**, Martin, von Rüderswil BE, Geburtsdatum 29. April 1935, Todesdatum 12. Dezember 2018, wohnhaft gewesen Betagtenheim Schöneegg, Riedstrasse 24, 3626 Hünibach, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 11. Januar 2019.  
Frist: 30 Tage.  
Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.  
Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

*Konkursamt Emmental-Oberaargau,  
Dienststelle Emmental-Oberaargau*

**Bigler-Helfer**, Isabelle Chantal, von Worb BE, Geburtsdatum 11. September 1955, Todesdatum 26. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Hardstrasse 8, 4912 Aarwangen, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 28. November 2018.  
Frist: 30 Tage.  
Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.  
Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

Die Erblasserin ist Eigentümerin folgender Grundstücke:

– Aarwangen-Grundbuch Blatt Nr.1505 – Muri bei Bern-Grundbuch Blatt Nr. 890-5 – Muri bei Bern-Grundbuch Blatt Nr. 890-6 – Muri bei Bern-Grundbuch Blatt Nr. 890-7 – Muri bei Bern-Grundbuch Blatt Nr. 890-8 – Muri bei Bern-Grundbuch Blatt Nr. 890-4-7 – Muri bei Bern-Grundbuch Blatt Nr. 890-4-8 – Muri bei Bern-Grundbuch Blatt Nr. 890-4-9 – Muri bei Bern-Grundbuch Blatt Nr. 890-4-10 Verwertung der Aktiven Die Konkursverwaltung erachtet sich als ermächtigt, sämtliche beweglichen Aktiven der Schuldnerin sofort freihändig, en block oder stückweise zu verkaufen bzw. zu versteigern, sofern nicht die Mehrheit der Gläubiger innert der Eingabefrist bei der Konkursverwaltung schriftlich Einsprache erhebt. Stillschweigen gilt als Zustimmung. Eigentumsansprachen sind ebenfalls innert der gleichen Frist anzumelden. Gemäss Art. 256 Abs. 3 SchKG ist den Gläubigern Gelegenheit zu bieten, bei freihändigem Verkauf von Vermögenswerten von bedeutendem Wert und Grundstücken, höhere Angebote zu unterbreiten. Gläubiger die verlangen, dass ihnen Offerten zwecks Überbietens unterbreitet werden, haben sich innerhalb der Eingabefrist beim Konkursamt Emmental-Oberaargau, Dienststelle Emmental-Oberaargau, Jurastrasse 22, 4900 Langenthal, zu melden. Andernfalls wird angenommen, dass sie ausdrücklich auf dieses Recht verzichten und dem Konkursamt den Auftrag erteilen, den Freihandverkauf mit dem Höchstbietenden abzuschliessen.

**Kobi-Haldemann**, Johanna, von Rapperswil BE, Geburtsdatum 14. April 1954, Todesdatum 1. Dezember 2018, wohnhaft gewesen Ibachstrasse 12, 4950 Huttwil, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 7. Januar 2019.  
Frist: 30 Tage.  
Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.  
Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Ramseier**, Benjamin, von Signau BE, Geburtsdatum 11. Januar 1973, Todesdatum 4. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Bolligenstrasse 5, 3326 Krauchthal, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 17. Dezember 2018.  
Frist: 30 Tage.  
Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.  
Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

**Schneider**, Elisabeth, von Obersiggenthal AG, Geburtsdatum 7. November 1956, Todesdatum 28. September 2018, wohnhaft gewesen in 3326 Krauchthal, mit Aufenthalt im Seniorenhaus Maiegrüen, Geissmann-Ackermann-Strasse 12, 5607 Hägglingen, ausgeschlagene Erbschaft.  
Datum der Konkurseröffnung: 21. November 2018.  
Frist: 30 Tage.  
Ablauf der Frist: 24. Februar 2019.  
Summarisches Verfahren gemäss Art. 231 SchKG.

## Kollokationsplan

Ein Gläubiger, der den Kollokationsplan anfechten will, weil seine Forderung ganz oder teilweise abgewiesen oder nicht im beanspruchten Rang zugelassen worden ist, muss innert 20 Tagen nach der öffentlichen Auflage des Kollokationsplanes bei der angegebenen Anmeldestelle gegen die Masse klagen. Will er die Zulassung eines anderen Gläubigers oder dessen Rang bestreiten, so muss er die Klage gegen den Gläubiger richten. Publikation nach SchKG 221, 249-250.

*Konkursamt Bern-Mittelland, Dienststelle Mittelland*

**Brauen**, Hans-Rudolf, von Golaten BE, Geburtsdatum 19. Juni 1952, Todesdatum 13. August 2018, wohnhaft gewesen Gerbestrasse 35, 3072 Ostermundigen, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Da Silva**, José Fernando, Staatsbürgerschaft Portugal, Geburtsdatum 5. Februar 1955, Schwabstrasse 44/PT, 3018 Bern, Neue Adresse Av. Luis de Camoes 18-7, 7000-2855 Miratejo, Portugal.  
Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Einzelunternehmung «TRANSPORTE JOANSA BARATA DA SILVA», Sportweg 27, 3097 Liebefeld.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Hodzic**, Almir, Staatsbürgerschaft: Bosnien und Herzegowina, Geburtsdatum 2. Oktober 1986, Alte Bernstrasse 52, 3075 Rüfenacht BE, Inhaber der im Handelsregister am 21. November 2016 gelöschten Einzelunternehmung «Almir-Transporte», Mittelweg 2, 3075 Rüfenacht BE.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Neuaufgabe des Kollokationsplanes infolge einer Erhöhung einer Forderungseingabe in der Klasse 2 und in der Klasse 3.

**Keller**, Ernst, von Mandach AG, Geburtsdatum 15. Juli 1938, Todesdatum 14. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Schlossweg 5, 3132 Riggisberg, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Klötzli Bau GmbH in Liquidation**, CHE-105.724.726, Zentrumsplatz 12, 3322 Urtenen-Schönbühl.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Kobel**, Franziska, von Worb BE und Trachselwald BE, Geburtsdatum 26. September 1967, Todesdatum 12. Februar 2018, wohnhaft gewesen im Wohn- und Pflegeheim Frienisberg, Bernstrasse 137, 3267 Seedorf BE, ausgeschlagene Erbschaft.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Neuaufgabe des Kollokationsplanes infolge zusätzlicher Forderung in der Klasse 3.

**König**, Fritz, von Deisswil bei Münchenbuchsee, Geburtsdatum 31. August 1930, Todesdatum 16. Dezember 2013, wohnhaft gewesen Höheweg 2, 3672 Oberdiessbach, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

Gleichzeitig liegt das Lastenverzeichnis zum Grundstück Innertkirchen 2 (Gadmen)-Grundbuch Blatt Nr. 883, Wohnhaus, Nesselental 54a, 3863 Gadmen, auf.

**Läderach-Frauchiger**, Erika, von Rubigen BE, Geburtsdatum 28. Dezember 1937, Todesdatum 14. Oktober 2018, wohnhaft gewesen Grabmattweg 4, 3176 Neuenegg, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Lauener**, Mirco, von Krattingen BE, Geburtsdatum 23. August 1988, Todesdatum 28. Juli 2018, wohnhaft gewesen Muristrasse 62, 3123 Belp, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Smýla**, Ursula, Staatsbürgerschaft Deutschland, Geburtsdatum 24. Februar 1936, Todesdatum 28. September 2018, wohnhaft gewesen Wiesenstrasse 52, 3072 Ostermundigen, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

*Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland*

**Gioachino Pierre Henri Carrera**, von Trub BE, Geburtsdatum 15. November 1941, Todesdatum 4. Dezember 2017, wohnhaft gewesen in 2502 Biel/Bienne, en séjour au Home La Colline, route de Chaindon 16, 2732 Reconville, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Looser**, Kurt Walter, von Nesslau SG, Geburtsdatum 25. Februar 1941, Todesdatum 10. August 2018, wohnhaft gewesen Postgasse 4, 2542 Pieterlen, ausgeschlagene Erbschaft.  
Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Racine**, Michel François, von Diesse BE, Geburtsdatum 19. Dezember 1931, Todesdatum 7. August 2018, wohnhaft gewesen Chemin du Redern 6, Home du Redern, 2502 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Reber**, Johann Gottfried, von Kriechenwil BE, Geburtsdatum 10. August 1912, Todesdatum 28. August 2005, wohnhaft gewesen Louis Bréguetweg 10, 2502 Biel, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Salzmann**, Hans Heinrich, von Eggwil BE, Geburtsdatum 23. Oktober 1930, Todesdatum 24. August 2018, wohnhaft gewesen Rue de l'Argent 32, 2502 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Schmid-Bolz**, Daniela, von Riggisberg, Geburtsdatum 20. August 1978 Johann-Lisser-Weg 17, 2504 Biel/Bienne.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Winkelmann-Güder**, Hans, von Siselen BE, Geburtsdatum 14. Juni 1937, Todesdatum 23. Juli 2018, wohnhaft gewesen Inselstrasse 6, 2575 Täuffelen mit Aufenthalt im APH Wohnguet in Täuffelen, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Wolf-Hejl**, Gertrud Lina, von Wettingen AG, Geburtsdatum 11. Juli 1933, Todesdatum 9. August 2018, wohnhaft gewesen Schürlistrasse 40, 2563 Ipsach, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

*Konkursamt Emmental-Oberaargau,  
Dienststelle Emmental-Oberaargau*

**Buchter**, Marianne, von Thayngen SH, Geburtsdatum 8. November 1966, Todesdatum 16. August 2018, wohnhaft gewesen Gürbelweg 1, 4538 Oberbipp, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Dittmer**, Hans-Hermann, von Deutschland, Geburtsdatum 21. Mai 1959, Todesdatum 12. August 2018, wohnhaft gewesen Emmentalstrasse 202, 3414 Oberburg, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Locher**, Christina Astrid, von Fraubrunnen BE, Geburtsdatum 29. Dezember 1954, Todesdatum 30. April 2018, wohnhaft gewesen Bütikofenstrasse 32, 3422 Kirchberg, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

**Mahendran Sivapaham**, von Sri Lanka, Geburtsdatum 23. Juli 1959, Todesdatum 26. Juli 2018, wohnhaft gewesen 3360 Herzogenbuchsee, mit Aufenthalt im Dahlia Oberaargau, 4537 Wiedlisbach, ausgeschlagene Erbschaft.

Es liegt auch das Inventar auf.  
Auflagefrist Kollokationsplan: 20 Tage.  
Ablauf der Frist: 12. Februar 2019.  
Anfechtungsfrist Inventar: 10 Tage.  
Ablauf der Frist: 2. Februar 2019.

---

## Schluss des Konkursverfahrens

*Konkursamt Seeland, Dienststelle Seeland*

**Akane Semanat Ferrer**, Katia, von Kuba, Geburtsdatum 30. Oktober 1973, Rue Général-Dufour 160, 2502 Biel/Bienne.

Datum des Schlusses: 11. Januar 2019.

**Della Casa**, Delio von Stabio TI, Geburtsdatum 25. Februar 1951, Todesdatum 4. Juli 2018, wohnhaft gewesen 2502 Biel/Bienne, en séjour au Home Hébron, Mont-Soleil 112, 2610 Mont-Soleil, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 11. Januar 2019.

**Gäumann**, Verena, von Häutligen BE, Geburtsdatum 22. Januar 1925, Todesdatum 12. März 2018, wohnhaft gewesen Hauptstrasse 6 (Soziale Dienste Brügg), 2555 Brügg, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 14. Januar 2019.

**Jaussi Garcia**, Leonard Renato, von Wattenwil BE, Geburtsdatum 17. August 1990, Ernst-Schüler-Strasse 37, 2502 Biel/Bienne.

Datum des Schlusses: 16. Januar 2019.

**Maeder**, Pierre Alain, von Salvenach FR, Geburtsdatum 1. Februar 1964, Todesdatum 4. Juni 2018, wohnhaft gewesen Chemin de Mauchamp 2, 2504 Biel/Bienne, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 9. Januar 2019.

**Otworowski**, Marcin, von Polen, Geburtsdatum 9. Dezember 1979, Todesdatum 28. Januar 2018, wohnhaft gewesen Sägeweg 12, 3250 Lyss, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 14. Januar 2019.

**Rohner**, Michel, von Herisau, Geburtsdatum 4. März 1977, Dotzigenstrasse 24, 3264 Diessbach, alte Adresse Kappelgasse 21a, 3292 Buswil.

Datum des Schlusses: 14. Januar 2019.

**Romano**, Claudio, von Italien, Geburtsdatum 26. März 1974, rue Ernst-Schüler 45, 2502 Biel/Bienne.

Datum des Schlusses: 11. Januar 2019.

*Konkursamt Oberland, Dienststelle Oberland*

**Magistretti**, Gertrude, von Torricella-Taverne TI, Geburtsdatum 4. Juli 1935, Todesdatum 1. September 2018, wohnhaft gewesen Schulstrasse 56, 3603 Thun, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 8. Januar 2019.

**amtsblatt@gassmann.ch**

**Wyss**, Urs Reto, von Hitzkirch LU, Geburtsdatum 27. Juli 1962, Todesdatum 26. Mai 2018, wohnhaft gewesen 3612 Steffisburg mit Zustelladresse Solina Spiez, Stockhornstrasse 12, 3700 Spiez, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 11. Januar 2019.

*Konkursamt Emmental-Oberaargau,  
Dienststelle Emmental-Oberaargau*

**Caderas**, Gion, von Ruschein und Ladir, Geburtsdatum 11. November 1962, Todesdatum 9. Januar 2018, wohnhaft gewesen Adlerweg 10, 4900 Langenthal, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 9. Januar 2019.

**Wäfler**, Roger, von Frutigen BE, Geburtsdatum 10. Juni 1964, Todesdatum 8. April 2018, wohnhaft gewesen in 3360 Herzogenbuchsee, mit Aufenthalt in der Villa Schlossberg, Burgstrasse 5, 3600 Thun, ausgeschlagene Erbschaft.

Datum des Schlusses: 10. Januar 2019.

---

## Schuldenruf im Nachlassverfahren/ Gläubigerversammlung

**Schmidt**, Alexander, Geburtsdatum 28. September 1978, Hans-Hugi-Strasse 3, 2502 Biel/Bienne.

Die Gläubigerversammlung findet am 25. März 2019, 10 Uhr, am Hofhufenweg 4 in 3250 Lyss, statt. Die Gläubigerinnen und Gläubiger können die Nachlassstundungsakten ab 4. März 2019 nach Voranmeldung im Büro des Sachwalters einsehen.

Rechtliche Hinweise:  
Eingabefrist für stimmberechtigte Forderungen ist der 23.2.2019.

Frist: 6 Monate.

Ablauf der Frist: 9. Juli 2019 (Ablauf der Stundung).

Anmeldestelle für Forderungen, Einsprachen oder Rekurse:

Verein Vita Perspektiv  
Fachstelle Schuldensanierung – fss Mittelland  
Hofhufenweg 4, 3250 Lyss

---

## Definitive Nachlassstundung

**Schmidt**, Alexander, Staatsbürgerschaft Deutschland, Geburtsdatum 28. September 1978, Hans-Hugi-Strasse 3, 2502 Biel/Bienne.

Der gesuchstellenden Partei wurde die definitive Nachlassstundung gewährt.

Verfügende Stelle: Max Daeppen, Fachstelle Schuldensanierung Mittelland, Hofhufenweg 4, 3250 Lyss.

Dauer der Nachlassstundung: 6 Monate.

Ablauf der Nachlassstundung: 9. Juli 2019.

Rechtliche Hinweise: Jeder Gläubiger kann innert zehn Tagen seit Publikation eine schriftliche Begründung verlangen, andernfalls Verzicht auf Beschwerde angenommen wird

Verfügende Stelle:

Regionalgericht Berner Jura-Seeland  
Spitalstrasse 14, 2502 Biel/Bienne  
Die Gerichtspräsidentin: Jacober

---

## Bestätigung des Nachlassvertrages

**Wenger**, Daniel, von Thierachern BE, Geburtsdatum: 22. September 1969, wohnhaft Hohmadstrasse 40, 3600 Thun.

Bestätigung des Nachlassvertrages: 11. Dezember 2018.

Verfügende Stelle:  
Regionalgericht Oberland  
Scheibenstrasse 11b, 3600 Thun  
Die Gerichtspräsidentin: Meyes

## Verhandlung über die Bestätigung des Nachlassvertrages

**Widmer,** Urs, Geburtsdatum 4. August 1959, Hauptstrasse 14, 4938 Rohrbach.

Angaben zur Verhandlung:

7. Februar 2019, 14 Uhr, Gerichtssaal 5, 1. Stock, Dunantstrasse 3, 3400 Burgdorf.

Verhandlung über die Bestätigung/Verwerfung des Nachlassvertrages. Den Gläubigern mit der Anzeige, dass ihnen die Teilnahme an der Verhandlung freigestellt ist und sie ihre Einwendungen gegen den Nachlassvertrag schriftlich oder an der Verhandlung mündlich anbringen können.

Regionalgericht Emmental-Oberaargau  
Der Gerichtspräsident: Blaser

## Baupublikationen

Für baulich-mechanische Schutzmassnahmen zur Verhinderung des Einbruchdiebstahls im Wohn- und Geschäftsbereich wende man sich kostenlos an die Beratungsstelle für Verbrechensverhütung der Kantonspolizei Bern, Telefon 031 634 40 81.

## Bern

### Baupublikation

Bauherrschaft: Balsiger-Jungi Beat, Mannenbühlweg 12, 3128 Rümligen.

Projektierung: Pawlik + Wiedmer GmbH, Hochfeldstrasse 8, 3012 Bern.

Bauvorhaben: Einbau Wohnung und Umbau Büro gemäss den aufgelegten Plänen.

Standort: Buchweg 4, Landwirtschaftszone.

Kreis/Grundstück: 6/829.

Inventar: Buchweg 4: Bottigen-Riedbach/geschützt/Gebäudegruppe.

Es wird eine Ausnahme von Art. 24ff. RPG für das Bauen in der Landwirtschaftszone beansprucht.

Die Einsprachefrist läuft bis und mit 22. Februar 2019.

Die Pläne liegen beim Bauinspektorat, Bundesgasse 38, 4. Stock, Zimmer 481, während der Öffnungszeiten, Montag bis Freitag, 8 bis 11.30 Uhr, auf. Allfällige Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind schriftlich und begründet im Doppel innerhalb der Einsprachefrist dem Bauinspektorat der Stadt Bern, Bundesgasse 38, Postfach, 3001 Bern einzureichen. Kollektiveinsprachen und vervielfältigte Einzelsprachen sind nur rechtsgültig, wenn sie angeben, wer die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten befugt ist (Art. 35b Baugesetz).

Lastenausgleichsansprüche, die innert der Einsprachefrist nicht angemeldet werden, verwirken (Art. 30 und 31 Baugesetz).

Bauinspektorat der Stadt Bern

## Bern

### Baupublikation

Bauherrschaft: Energie Wasser Bern, Monbijoustrasse 11, Postfach, 3001 Bern.

Projektierung: IUB Engineering AG, Belpstrasse 48, Postfach, 3000 Bern 14.

Bauvorhaben: Neubau einer Fernwärmeleitung gemäss den aufgelegten Plänen. Temporäre Waldrodung mit Wiederaufforstung am gleichen Standort. Strasse Nr.: Diverse Standorte.

Kreis/Grundkreis: 2/2232, 6/250, 2039, 2428, 2752, 4411, 4418, 4419.

Nutzungszonen: Wald, Verkehrsanlagen.

Beanspruchte Ausnahmen:

– Art. 26 BauG von Art. 14 WaV für nichtforstliche Kleinbauten

– Art. 24 RPG für das Bauen ausserhalb der Bauzone  
– Art. 39 BO für das Unterschreiten des Strassenabstandes

Die Einsprachefrist läuft bis und mit 22. Februar 2019  
Die Pläne liegen beim Bauinspektorat, Bundesgasse 38, 4. Stock, Zimmer 481 während der Öffnungszeiten, Mo. bis Fr., 8 bis 11.30 Uhr, auf.

Allfällige Einsprachen, Rechtsverwahrungen und Lastenausgleichsbegehren sind schriftlich und begründet im Doppel innerhalb der Einsprachefrist dem Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland, Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen, einzureichen. Kollektiveinsprachen und vervielfältigte Einzelsprachen sind nur rechtsgültig, wenn sie angeben, wer die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten befugt ist (Art. 35b Baugesetz).

Lastenausgleichsansprüche, die innert der Einsprachefrist nicht angemeldet werden, verwirken (Art. 30 und 31 Baugesetz).

Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland

## Buchholterberg

*Geringfügige Änderung des Zonenplanes und Baureglements im Gebiet Rohrimoosbad nach Art. 122 Abs. 7 der Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV)*

*Beschluss des Gemeinderats/Bekanntmachung*

Der Gemeinderat von Buchholterberg hat die vorerwähnte geringfügige Änderung des Zonenplanes und Baureglements im Gebiet Rohrimoosbad am 11. Dezember 2018 beschlossen.

Gegen den Beschluss des Gemeinderats kann innert der Frist von 30 Tagen ab Publikation beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (Abteilung Orts- und Regionalplanung), Nydegasse 11/13, 3011 Bern, schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden.

Die Unterlagen können auf der Gemeindeverwaltung eingesehen werden.

14. Januar 2019

Gemeinderat Buchholterberg

## Fraubrunnen

### Baupublikation

Bauherrschaft: Einwohnergemeinde Fraubrunnen, Zauggenriedstrasse 1, 3312 Fraubrunnen.

Projektverfasserin: Bauverwaltung Fraubrunnen, Dorfstrasse 10, 3308 Grafenried.

Bauvorhaben: Ersatz Reinabwasserleitung Chrützmatt

Standort: Fraubrunnen, Chrützmatt, 3313 Büren zum Hof, Parzellen Nrn. 110, 483 und 551, Nutzungszone: Kernzone 2-geschossig K (Strassenareal), Landwirtschaftszone, Koordinaten: 2.605.955/1.216.156.

Gewässerschutzbereich: B.

Gewässerschutzmassnahme: Neubau Reinabwasserleitung.

Schutzobjekt/-zone: Ortsbildschutzgebiet/ Baugruppe A/ im Inventar schützenswerter Ortsbilder Schweiz ISOS.

– Bauen ausserhalb Baugebiet, Art. 24 ff RPG

– Unterschreitung Strassenabstände, Art. 25 GBR i.V.m. Art. 81 Abs. 1 SG

Bestehende Leitung auf der Parzelle Nr. 151 und 176 bleibt auf Grund von angehängten Drainagen als Flurleitung bestehen.

Einsprachefrist bis und mit 22. Februar 2019.

Auflagestelle: Gemeinde-/Bauverwaltung Fraubrunnen, Dorfstrasse 10, 3308 Grafenried.

Einsprachestelle: Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland, Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen.

Es wird auf die Gesuchsakten und die Markierung verwiesen. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind schriftlich und begründet im Doppel bei der Einsprachestelle einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren um Lastenausgleich. Lastenausgleichsansprüche, die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, verwirken. Kollektiveinsprachen und vervielfältigte oder weitgehend identische Einsprachen haben anzugeben, wer die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten befugt ist (Art. 35b Baugesetz).

Ostermundigen, 23. Januar 2019

Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland

## Grindelwald

### Baupublikationen

Gesuchsteller/in: Maeder Astrid, Hünibachstrasse 65, 3626 Hünibach, Maeder Fritz, Chemin du Roc 21, 2533 Evilard.

Projektverfasserin: Holzling Maeder GmbH, Chemin du Roc 21, 2533 Evilard.

Bauvorhaben: Allg. Umschreibung und Zweckbestimmung: Umbau und Sanierung Wohnhaus; Neubau Giebellukarne auf der Ostseite; Ersatz Ölheizung mit Wärmepumpe (Luft-Wasser).

Standort: Wärgistalstrasse 61, Parzelle Nr. 2022, Koordinaten 2.644.370/1.163.225.

Nutzungszone/Überbauungsordnung: Landwirtschaftszone.

Gewässerschutzzone: B.

Beanspruchte Ausnahmen:

– Bauen ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG)

– Unterschreitung Strassenabstand (Art. 81 SG resp. Art. 23 GBR)

– Unterschreitung Raumhöhe (Art. 67 BauV)

– Unterschreiten Fensterfläche (Art. 64 BauV)

Auflage- und Einsprachefrist bis 18.2.2019.

Auflage- und Einsprachestelle: Bauverwaltung, Spillstattstrasse 2, 3818 Grindelwald.

Es wird auf die Gesuchsakten und die aufgestellten Profile verwiesen. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflage- und Einsprachefrist einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren um Lastenausgleich. Lastenausgleichsansprüche, die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, verwirken. Bei Kollektiveinsprachen und vervielfältigten oder weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Grindelwald, 14. Januar 2019

Bauverwaltung Grindelwald

## Guttannen

### Baupublikation

Gesuchstellerin: KWO Oberhasli AG, Grimselsstrasse 19, 3862 Innertkirchen.

Projektverfasserin: Dito Gesuchstellerin.

Bauvorhaben: Ersatz der Pendelbahn Sommerloch – Grimselnollen mit annähernd gleicher Linienführung, neue Stütze, neuer Anbau bei der Talstation und neue Bergstation. Rückbau der bestehenden Seilbahn inkl. Stützen. Temporärer Installationsplatz mit Baupiste. Standort: Guttannen, Sommerloch-Grimselnollen, Parzelle Nr. 73, Koordinaten 2.668.698/1.158.611, Landwirtschaftszone.

Schutzonen: Gewässerschutzzone A und BLN-Objekt Nr. 1507 (Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn).

Beanspruchte Ausnahmen:

– Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG)

– Baute in Waldnähe (Art. 25 KWaG)

– Bauten und Anlagen am Gewässer (Art. 48 WBG/41c GSchV)

– Baute im Naturschutzgebiet (Art. 18 ff. NHG)

– Eingriffe in Schutzobjekte nach Art. 18 ff. NHG

Auflage- und Einsprachefrist bis 25. Februar 2019.

Auflagestelle: Gemeindeverwaltung, 3864 Guttannen. Einsprachestelle: Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli, 3800 Interlaken.

Es wird auf die Gesuchsakten verwiesen. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflage- und Einsprachefrist einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren um Lastenausgleich. Lastenausgleichsansprüche, die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, verwirken. Bei Kollektiveinsprachen und vervielfältigten oder weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Hinweis: Bei der Profilierung werden Erleichterungen im Sinne von Art. 16 Abs. 3 BewD gewährt.

Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli

## Hindelbank

### Baupublikation

Bauherrschaft: Einwohnergemeinde, Dorfstrasse 14, 3324 Hindelbank.

Bauvorhaben: Befestigung Strassenabschnitt zum Bärmatthof. Einbau Mikrobelaag (ca. 170 m).

Standort: Hurstweg, Parzelle Nr. 166, Landwirtschaftszone.

Schutzbestimmungen:

- Bauen in Waldnähe (Art. 25 KWaG)
- Bauen im Gewässerraum (Art. 41c GSchV)
- Bauen ausserhalb der Bauzone (Art. 24 ff. RPG)

Einsprachefrist bis 25. Februar 2019

Auflagestelle: Gemeindeverwaltung Hindelbank, Dorfstrasse 14, 3324 Hindelbank.

Einsprachestelle: Regierungsstatthalteramt Emmental, Amthaus, Dorfstrasse 21, 3550 Langnau im Emmental.

Es wird auf die Gesuchsakten und auf die aufgestellten Profile verwiesen. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflage- und Einsprachefrist einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren um Lastenausgleich. Lastenausgleichsansprüche, die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, verirken. Bei Kollektiveinsprachen und vervielfältigten oder weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist, die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Regierungsstatthalteramt Emmental

---

## Kaufdorf

### Baupublikation

Gesuchsteller: Trachsel Regula und Rudolf, Hubelweg 17, 3126 Kaufdorf.

Bauvorhaben: Abbruch Gebäude Nr. 17a und 17c, Neubau Schopf, Landwirtschaftlicher Einstellraum. Standort: Hubelweg 17.

Schutzobjekt/-zone: Erhaltenswert/Keine.

Auflage- und Einsprachefrist bis 25.02.2019.

Auflageort und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung Kaufdorf.

---

## Lauterbrunnen

### Bau- und Gewässerschutzpublikation

Gesuchstellerin: Einwohnergemeinde Lauterbrunnen, Gemeindehaus Adler, Gsteigermatte 459b, 3822 Lauterbrunnen.

Projektverfasserin: Kellerhals + Häfeli AG, Kapellenstrasse 22, 3011 Bern.

Bauvorhaben:

- Sanierung Kugelfang einer Schiessanlage, Einbau von 10 Kugelfangkästen
- Rodungsfläche 390 m<sup>2</sup> auf Parzelle Nr. 4373
- Ersatzaufforstungsfläche 390 m<sup>2</sup> auf Parzelle Nr. 4373

Standort: Bei der Buche 358f, Parzellen Nrn. 178, 4373, 4372, 1327, Koordinaten 2.635.905/1.158.900, Landwirtschaftszone.

Schutzzone: Gewässerschutzzone A.

Beanspruchte Ausnahmen:

- Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG)
- Rodung (Art. 5 WAG)
- Baute in Waldnähe (Art. 25 KWaG)
- Bauten und Anlagen am Gewässer (Art. 48 WBG/41c GSchV)

Auflage- und Einsprachefrist bis 25. Februar 2019.

Auflagestelle: Gemeindeverwaltung, 3822 Lauterbrunnen.

Einsprachestelle: Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli, 3800 Interlaken.

Es wird auf die Gesuchsakten verwiesen. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflage- und Einsprachefrist einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren um Lastenausgleich. Lastenausgleichsansprüche, die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, ver-

wirken. Bei Kollektiveinsprachen und vervielfältigten oder weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Bei der Profilierung werden Erleichterungen im Sinne von Art. 16 Abs. 3 BewD gewährt.

Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli

---

## Lauterbrunnen

### Baupublikation

Gesuchstellerin und Projektverfasserin: Schilthornbahn AG, Höheweg 2, 3800 Interlaken.

Bauvorhaben Erstellen Förderband (Länge 96 m) mit Tunnelabdeckung für die Beförderung von Fussgängern und Skifahrern (bereits ausgeführt).

Standort: Müren, Birg, Koordinaten: 2.632.150/1.156.872, Landwirtschaftszone.

Schutzzone: Gewässerschutzzone A.

Beanspruchte Ausnahmen:

- Art. 24 RPG «Bauen ausserhalb der Bauzone»

Auflagefrist 18. Januar bis 22. Februar 2019

Auflagestelle:

– Bauverwaltung, Lauterbrunnen

– Müren Tourismus, Müren

Einsprachestelle: Bauverwaltung, 3822 Lauterbrunnen.

Es wird auf die Gesuchsakten verwiesen. Einsprachen und Rechtsverwahrungen sind schriftlich und begründet innerhalb der Auflage- und Einsprachefrist einzureichen, ebenfalls allfällige Begehren um Lastenausgleich. Lastenausgleichsansprüche, die nicht innert der Einsprachefrist angemeldet werden, verirken. Bei Kollektiveinsprachen und vervielfältigten oder weitgehend identischen Einsprachen ist anzugeben, wer befugt ist, die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten (Art. 35b BauG).

Bauverwaltung Lauterbrunnen

---

## Madiswil

### Bekanntmachung der Umweltverträglichkeitsprüfung

Gemäss Art. 20 der Eidg. Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) und Art. 5 der Kantonalen Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (KUVPV).

Baugesuchsteller: Hans Sollberger, Scheinenstrasse 6c, 4936 Kleindietwil.

Bauvorhaben: Neubau und Anbau Schweinemaststall.

Standort: Madiswil, Scheinenstrasse 6c, Kleindietwil, Parzelle Nr. 95, Landwirtschaftszone.

Die Stellungnahme der beurteilenden Fachstelle ist positiv. Das Bauvorhaben wurde als vereinbar mit dem geltenden Umweltrecht und damit als umweltverträglich befunden. Die Baubewilligung wurde erteilt.

Die Unterlagen können während 30 Tagen, d. h. ab 24.1.2019 bis 25.2.2019 auf der Gemeindeverwaltung Madiswil eingesehen werden.

Regierungsstatthalteramt Oberaargau

---

## Seftigen

### Baupublikation

Gesuchsteller: Dähler Sarah, Dengel 337, 3662 Seftigen.

Bauvorhaben: Einbau Hofladen und Aufenthaltsraum in bestehenden Stall (nicht beheizt); Erstellen von Besucher-Parkplätzen (Kieskoffer mit Mergeldeckschicht).

Standort: Dengel 337.

Auflage- und Einsprachefrist bis 25.2.2019.

Auflageort und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung Seftigen.

## Wichtrach

### Baupublikation

Bauherrschaft: Dora, Werner und Urs Kindler, Chilchwägli 10, 3114 Wichtrach.

Projektverfasserin: metall + handwerk ag, Jürg Stoller, Sägegasse 2, 3110 Münsingen.

Bauvorhaben: Errichten einer Abgasanlage T400 (Cheminéeeofenkamin), Einbau in Brandschutzschacht im Gebäude, Ummantelung aus Kupfer über Dach, Installation eines Cheminéeeofen im OG.

Standort: Chilchwägli 10, 3114 Wichtrach, Parzelle Nr. 913, Landwirtschaftszone.

Beanspruchte Ausnahmen:

- Bauen ausserhalb Bauzone nach Art. 24 RPG

Auflage- und Einsprachefrist bis 18. Februar 2019.

Auflage- und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung, Stadelfeldstrasse 20, 3114 Wichtrach.

Gemeindeverwaltung Wichtrach  
Bau und Infrastruktur

---

## Ausserordentliche Baugesuche

### Boltigen

#### Ausnahmepublikation Art. 24ff. RPG

Gesuchsteller: Stauffer Annelise, Allmengasse 30, 4900 Langenthal.

Projektverfasserin: Jaisli Lorenz, Architekturbüro GmbH, Gerbe 11, 4917 Busswil.

Bauvorhaben: Sanierung Wohnhaus.

Standort: Hus-Stockli 703, GBB 525, Landwirtschaftszone.

Nutzungsart: Wohnung bestehend (Erweiterung ohne Nutzungsbeschränkung).

Betroffene Schutzzone, -gebiete oder -objekte: Schützenswertes Gebäude.

Beanspruchte Ausnahmen:

- Art. 24ff RPG, Bauen ausserhalb Baugebiet

Auflage- und Einsprachefrist bis 25. Februar 2019.

Auflageort und Einsprachestelle: Gemeindeverwaltung, 3766 Boltigen.

Boltigen, 16.1.2019

Bauverwaltung Boltigen

---

### Köniz

#### Ausnahmegesuch nach Art. 24 RPG

Gesuchsteller: Einfache Gesellschaft Weyergut, per Adresse Hans-Ulrich Pestalozzi, Weyerstrasse 72, 3084 Wabern.

Projektverfasserin: Halle 58 Architekten GmbH, Marziliistrasse 8a, 3005 Bern.

Bauvorhaben: Um- und Ausbau denkmalgeschütztes Bauernhaus in Wohnhaus mit 9 Wohneinheiten, Abbruch von diversen Anbauten, 8 Aussemparkplätze.

Standort: Weyerstrasse 64/68, 3084 Wabern, Parzellen Nrn. 1973, 10586, Landwirtschaftszone.

Projektänderung: Umgebungsgestaltung.

Inventar: Gebäude Nr. 64 erhaltenswertes K-Objekt gem. kom. und kant. Inventar, Gebäude Nr. 68 erhaltenswertes K-Objekt gem. kom. Inventar und schützenswert gem. kant. Inventar, Baugruppe E.

Auflage- und Einsprachefrist bis und mit 22. Februar 2019.

Auflage- und Einsprachestelle: Bauinspektorat Köniz, Landorfstrasse 1, 3098 Köniz.

Bauinspektorat Köniz

---

### Langenthal

#### Ausnahmegesuch nach Artikel 24 RPG

Baugesuchsteller: BKW-Ökofonds, Viktoriaplatz 2, 3013 Bern.

Bauvorhaben: Aufwertungsmaßnahmen für Gelbbauchunke, erstellen Weiher und Tümpel, Gesuch temporäre Rodung für eine Fläche von ca. 200 m<sup>2</sup>. Standort: Langenthal, Sängi, Untersteckholz, Parzelle Nr. 306, 9, 5 und 7, Landwirtschaftszone, Wald. Auflage- und Einsprachefrist bis und mit 18. Februar 2019.

Auflagestelle: Einwohnerschalter Stadtverwaltung, Jurastrasse 22, 4901 Langenthal.

Einsprachestelle: Regierungsstatthalteramt Oberaargau, Schloss, 3380 Wangen an der Aare.

Regierungsstatthalteramt Oberaargau

## Laupen

*Ausnahmegesuch nach Artikel 24 RPG  
Bauen in der Landwirtschaftszone*

Gesuchsteller: Ryser Bendicht, Riedweg 1, 3177 Laupen.

Projektverfasserin: Aquafarming XMV GmbH, Andreas Dreier, Mühle 12, 4583 Mühledorf.

Bauvorhaben: Umnutzung Schweinestall in 7-Tonnen Fischmast-Anlage mit techn. Anpassung sowie oberflächlicher Verrohrung. Einbau mobiler GFK-Fisch- und Filterbecken.

Standort: Riedweg 1, Parzelle Nr. 318, Koordinaten 25855388/1195053, Landwirtschaftszone.

Beanspruchte Ausnahmen:

- Ausnahmegewilligung nach Art. 24 ff RPG.
- Eigentumsbeschränkung nach Art. 24b RPG als nichtlandwirtschaftlicher Nebenbetrieb

Einsprache- und Auflagefrist: 23. Januar 2019 bis 21. Februar 2019.

Auflageort und Einsprachestelle: Bauverwaltung, Neugengasse 4, 3177 Laupen.

Laupen, 15. Januar 2019

Bauverwaltung Laupen

## Verschiedene gesetzliche Publikationen

### Buchholterberg

*Publikation eines Bauvorhabens, gestützt auf Artikel 97 des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft (LwG) vom 29. April 1998*

Gesuchsteller: Andreas und Alexandra Steiner, Ey 5, 3615 Heimenschwand.

Bauvorhaben: Neubau/Anbau Milchviehstal.

Parzelle Nr. 1436.

Auflagestelle: Gemeindeverwaltung Buchholterberg. Auflagedauer: 30 Tage ab Publikationsdatum.

Das Projekt liegt gemäss Art. 97 LwG öffentlich auf. Allfällige Einsprachen sind innerhalb der Auflagedauer schriftlich und begründet an die Auflagestelle zu richten.

### Ittigen

*Geringfügige Änderung des Zonenplans 1 nach Artikel 122 Absatz 7 Bauverordnung – Umzonung eines Bereichs der Parzelle Ittigen-Grundbuch Blatt Nr. 2269 von der ZöN 1 in W2; Genehmigung gemäss Art. 61 Baugesetz (BauG)*

Gestützt auf Artikel 110 BauV resp. Artikel 45 GV wird bekannt gegeben, dass das Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR mit Verfügung vom 10. Januar 2019 die vom Gemeinderat am 13. August 2018 beschlossene geringfügige Änderung des Zonenplans 1 nach Artikel 122 Absatz 7 Bauverordnung – Umzonung eines Bereichs der Parzelle Ittigen-Grundbuch Blatt Nr. 2269 von der ZöN 1 in W2, bestehend aus Erläuterungsbericht und Zonenplan 1 vom 13. August 2019 in Anwendung von Art. 61 BauG genehmigt hat.

Die Unterlagen zur genehmigten geringfügigen Änderung des Zonenplans 1, Umzonung eines Bereichs der Parzelle Ittigen-Grundbuch Blatt Nr. 2269 von der ZöN 1 in W2 sowie der Genehmigungsbeschluss des AGR können beim Dienstleistungszentrum der

Gemeinde, Abteilung Bau, Rain 7, 3063 Ittigen eingesehen werden.

Abteilung Bau Ittigen

### Leissigen

*Konzessions- und Baugesuch*

Gesuchstellerin: Burgergemeinde Leissigen, Nythartweg 1, 3706 Leissigen.

Gesuch: Konzessionsgesuch zur Nutzung von 19 l/min einer Quelle für die Trink- und Brauchwasserversorgung einer Alp. Baugesuch zur Erstellung von zwei Quelfassungen, Brunnstube, Reservoir und Leitungen zum Alpgebäude.

Standort: Alp Brunni, 3706 Leissigen, Parzelle Nr. 181. Koordinaten E= 2 626 739/N= 1 164 160

Beanspruchte Ausnahmen:

- Bestätigung der Zonenkonformität/Bauen ausserhalb der Bauzone (Art. 22/24 RPG)
- Bauen in Waldnähe (Art. 16/17 WaG)
- Wasserbaupolizeiliche Ausnahmegewilligung (Art. 48 WBG)
- Eingriff in Ufervegetation (Art 22 NHG)

Es wird auf die Gesuchsakten verwiesen.

Auflage- und Einsprachefrist: 18. Januar 2019 bis 18. Februar 2019.

Auflageorte:

- Bauverwaltung Leissigen, Nythartweg 1, 3706 Leissigen
- Amt für Wasser und Abfall, Reiterstrasse 11, 3011 Bern

Einsprachestelle: Amt für Wasser und Abfall, Reiterstrasse 11, 3011 Bern.

Gestützt auf Art. 97 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (LwG) sind die aufgrund der Gesetzgebung über den Natur- und Heimatschutz, den Umweltschutz und die Wanderwege legitimierten Organisationen zur Einsprache berechtigt.

Einsprachen und Rechtsverwahrungen sowie allfällige Begehren um Lastenausgleich sind innerhalb der Einsprachefrist schriftlich und begründet, im Doppel, bei den Einsprachestellen einzureichen. Lastenausgleichsansprüche, die innert der Einsprachefrist nicht angemeldet sind, verirken.

Kollektiveinsprachen und vervielfältigte oder weitgehend identische Einsprachen haben anzugeben, wer befugt ist die Einsprechergruppe rechtsverbindlich zu vertreten.

### Linden

*Friedhof Linden*

*Räumung von Gräbern der Bestattungsjahre 1988 bis 1990*

Anfang Juni werden die Gräberreihe der Bestattungsjahre 1988 bis 1989 plus 1 Grab des Bestattungsjahres 1990 aufgehoben.

Nach Artikel 37 des Friedhofreglementes wird die Aufhebung hiermit öffentlich bekannt gemacht. Angehörige haben Gelegenheit, Grabmäler und Pflanzen in der Woche 22, vom 27. Mai 2019 bis 2. Juni 2019 zu entfernen, sofern sie darauf Anspruch erheben. Ab Dienstag, 4. Juni 2019 erfolgt die Räumung durch den Friedhofgärtner.

*Räumung von Familiengrab Frieda Thierstein, 1891 bis 1966 und Walter Thierstein 1894 bis 1966*

Anfang Juni wird das genannte Familiengrab aufgehoben.

Nach Artikel 37 des Friedhofreglementes wird die Aufhebung hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die Angehörigen haben Gelegenheit, das Grabmal und Pflanzen in der Woche 22, vom 27. Mai 2019 bis 2. Juni 2019 zu entfernen, sofern sie darauf Anspruch erheben. Ab Dienstag, 4. Juni 2019 erfolgt die Räumung durch den Friedhofgärtner.

Linden, 14. Januar 2019

Gemeinderat Linden

### Madiswil

*Teilrevision Ortsplanung Madiswil  
(Ausscheidung Gewässerräume)  
Öffentliche Mitwirkungsaufgabe*

Der Gemeinderat Madiswil bringt, gestützt auf Art. 58 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985, die Teilrevision der Ortsplanung von Madiswil zur öffentlichen Mitwirkungsaufgabe.

Die Unterlagen liegen vom 1. Februar 2019 bis und mit 4. März 2019 bei der Gemeindeverwaltung Madiswil auf.

Während der Auflagefrist kann jedermann schriftlich und begründet Einwendungen erheben und Anregungen unterbreiten. Die Eingaben sind an die Gemeindeverwaltung Madiswil, Obergasse 2, Postfach 19, 4934 Madiswil, zu richten.

Einladung zur öffentlichen Orientierungsveranstaltung Am 5. Februar 2019 (19.30 Uhr) findet im Dorfzentrum, Obergasse 2, 4934 Madiswil, Gemeindegemeinschaftsaal, 2. OG, eine öffentliche Orientierungsveranstaltung über die Mitwirkungsunterlagen zur Teilrevision der Ortsplanung infolge Ausscheidung der Gewässerräume statt. Diese richtet sich insbesondere an die betroffenen Landeigentümer und Pächter.

Madiswil, 24. Januar 2019

Gemeinderat Madiswil

### Münchenbuchsee

*Publikation der öffentlichen Auflage von geringfügigen Änderungen nach Artikel 122 Absatz 7 Bauverordnung und Waldfeststellungsverfahren Öffentliche Planaufgabe*

Geringfügige Änderung des Zonenplanes Siedlung nach Art. 122 Abs. 7 BauV und Waldfeststellungsverfahren nach Art. 10 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Wald (WaG) vom 4.10.21991 in den Bereichen Hofwil, Waldeckweg und Allmend sowie Industriestrasse in Zollikofen

Der Gemeinderat bringt gestützt auf Artikel 60 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 (BauG) und Artikel 122 Absatz 7 der Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV) die vorerwähnte Änderung des Zonenplanes Siedlung sowie die Waldfeststellung gemäss Art. 4 des kantonalen Waldgesetzes (KWaG) vom 5. Mai 1997 und Art. 2 der kantonalen Waldverordnung (KWaV) vom 29. Oktober 1997 in den Bereichen Hofwil, Waldeckweg und Allmend sowie Industriestrasse in Zollikofen zur öffentlichen Auflage. Es ist beabsichtigt, die Änderung im Verfahren der geringfügigen Änderung von Nutzungsplänen vorzunehmen.

Die Akten liegen während 30 Tagen vom 25. Januar 2019 bis und mit am 25. Februar 2019 bei der Bauabteilung, Bernstrasse 12, 3053 Münchenbuchsee während der Schalteröffnungszeiten öffentlich auf.

Innert der Auflagefrist kann gegen die geplante Änderung und das geringfügige Verfahren bei der Bauabteilung Münchenbuchsee schriftlich und begründet Einsprache und Rechtsverwahrung eingereicht werden.

Münchenbuchsee, 17.01.2019

Der Gemeinderat

### Niederbipp

*Publikation der öffentlichen Auflage von geringfügigen Änderungen nach Art. 122 Abs. 7 BauV  
Öffentliche Planaufgabe*

Geringfügige Änderungen:

- Anpassen der Zone für Kiesaufbereitung
- Aufheben der Überbauungsordnung «Kiesgrube IFF – Erweiterung Hölzlisacher»
- Anpassen Perimeter Überbauungsordnung 10 «Zwischenlagerplatz Parzelle Nr. 57» sowie Überbauungsordnung «Überschüttung Ost Holzacher»

Der Gemeinderat Niederbipp bringt, gestützt auf Art. 60 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 (BauG) und Art. 122 Abs. 7 der Bauverordnung vom 6. März 1985 (BauV) die vorerwähnten Änderungen zur öffentlichen Auflage. Es ist beabsichtigt, die Änderungen im



Verfahren der geringfügigen Änderung von Nutzungsplänen vorzunehmen.

Die Akten liegen während 30 Tagen, vom 24.1.2019 bis 25.2.2019 bei der Gemeindeverwaltung Niederbipp öffentlich auf.

Innert der Auflagefrist kann gegen die geplanten Änderungen bei der Gemeindeverwaltung Niederbipp schriftlich und begründet Einsprache und Rechtsverwahrung eingereicht werden.

Niederbipp, 18.01.2019  
Der Gemeinderat

## Seeberg

*Änderungen nach Art. 60 Abs. 3 BauG und Art. 122 Abs. 7 BauV zur hängigen Ortsplanungsrevision der Gemeinde Seeberg und öffentliche Mitwirkung zum Richtplan Fusswegnetz nach Art. 58 BauG Öffentliche Planaufgabe und Mitwirkung*

Der Gemeinderat Seeberg bringt gestützt auf Art. 60 des kantonalen Baugesetzes (BauG) vom 9. Juni 1985 sowie Art. 122 Abs. 7 der kantonalen Bauverordnung (BauV) vom 6. März 1985 die Änderungen der laufenden Ortsplanungsrevision zur öffentlichen Auflage. Es ist beabsichtigt, die Änderungen an der am 20. Juni 2017 beschlossenen Ortsplanung im Verfahren der geringfügigen Änderung von Nutzungsplänen vorzunehmen. Der Gemeinderat bringt zudem gestützt auf Art. 58 des kantonalen Baugesetzes (BauG) vom 9. Juni 1985 den Richtplan Fusswegnetz zur öffentlichen Mitwirkung.

Die nachfolgend aufgeführten Akten liegen während 30 Tagen in der Zeit vom 23. Januar 2019 bis und mit 25. Februar 2019 in der Gemeindeschreiberei Seeberg, Unterdorfstrasse 67, 3365 Grasswil, öffentlich auf und können während der ordentlichen Öffnungszeiten des Schalters eingesehen oder auf der Gemeindeforum [www.seeberg.ch](http://www.seeberg.ch) heruntergeladen werden:

Öffentliche Auflage nach Art. 60 Abs. 3 BauG und Art. 122 Abs. 7 BauV

- Bericht «Anpassungen im Genehmigungsverfahren» vom Januar 2019 beinhaltend:
  - Ausscheidung einer Zone für öffentliche Nutzung (ZÖN) Sport- und Freizeitanlage Riedwil
  - Anpassung an der Weilerzone Neuhaus
  - Mindestdichten auf Kulturland innerhalb der Bauzone
  - Streichung von Art. 6 Abs. 4 des Baureglements (BauR)
  - Anpassung an Landschaftsschutzgebieten im Haltenacker, Wallackern und Zedibaan
  - Ein- und Auszonung im Zusammenhang mit der Ansiedlung eines Handwerkerbetriebs im Zägli, Riedwil
  - Ausscheidung einer Grünzone Büeltsherweg

Öffentliche Mitwirkung

- Richtplan Fusswegnetz vom Januar 2019
- Vorprüfungsbericht AGR vom 25. Juni 2018

Einsprachen, Rechtsverwahrungen und Mitwirkungseingaben (Mitwirkungseingaben nur zum Richtplan Fusswegnetz möglich) sind innerhalb der Auflagefrist schriftlich und begründet beim Gemeinderat Seeberg, Unterdorfstrasse 67, 3365 Grasswil, einzureichen.

Grasswil, 21. Januar 2019  
Der Gemeinderat

## Thun

*Verkehrsmassnahme*

Der Vorsteher der Direktion Bau- und Liegenschaften von Thun hat am 8. November 2018 folgende Verkehrsmassnahme verfügt:

Was: Signalisieren einer Tempo-30-Zone.  
Wo: Hofackerstrasse (ab Eisenbahnstrasse).  
Alt: Höchstgeschwindigkeit 50 generell (2.30.1)  
Neu: Tempo-30-Zone (2.59.1).

Das kantonale Tiefbauamt, Oberingenieurkreis I, Verkehrstechnik, hat dieser Massnahme am 27. November 2018 zugestimmt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die Verfügung kann gemäss Art. 76 ff. der Stadtverfassung innert 30 Tagen seit dieser Publikation beim Gemeinderat der Stadt Thun, Rathaus, Postfach 145, 3602 Thun, Beschwerde erhoben werden. Eine allfällige Beschwerde muss einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten; eine Kopie dieser Publikation und andere greifbare Beweismittel sind beizulegen.

Tiefbauamt der Stadt Thun

## Öffentliche Beschaffungen

### Ausschreibungen

#### Bauarbeiten

*Steigerung Energieeffizienz Müve Biel-Seeland AG, Erneuerung Energiezentrale*

Siehe [www.simap.ch](http://www.simap.ch) für das Forum zum Fragenstellen und den eventuellen Bezug der Ausschreibungsunterlagen.

1. Auftraggeber
  - 1.1 Offizieller Name und Adresse des Auftraggebers: Bedarfsstelle/Vergabestelle: Müve Biel-Seeland AG.

Beschaffungsstelle/Organisator: Müve Biel-Seeland AG, zuhnden von Roland Rentsch, Portstrasse 40, 2503 Biel, Schweiz  
Tel. 032 366 50 70, E-Mail: [info@mueve.ch](mailto:info@mueve.ch)  
URL [www.mueve.ch](http://www.mueve.ch)

- 1.2 Art des Auftraggebers: Andere Träger kantонаler Aufgaben.
- 1.3 Verfahrensart: Freihändiges Verfahren.
- 1.4 Auftragsart: Dienstleistungsauftrag.
- 1.5 Gemäss GATT/WTO-Abkommen bzw. Staatsvertrag: Nein.
2. Beschaffungsobjekt
  - 2.1 Projekttitel der Beschaffung: Steigerung Energie-Effizienz Müve Biel-Seeland AG, Erneuerung Energiezentrale.
  - 2.2 Dienstleistungskategorie: Dienstleistungskategorie CPC: [12] Architektur; technische Beratung und Planung und integrierte technische Leistungen; Stadt- und Landschaftsplanung; zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung.
  - 2.3 Gemeinschaftsvokabular: CPV: 71240000 – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen.
  3. Zuschlagsentscheid
    - 3.2 Berücksichtigte Anbieter: Liste der Anbieter: Hinweis: Vorprojekt und Umsetzung. Name: Nutec Engineering AG, Kirchgasse 14, 8302 Kloten, Schweiz. Preis: Fr. 960 000.– ohne MwSt.
    - 3.3 Begründung des Zuschlagsentscheides: Die Vergabe erfolgt für die zusätzliche Dienstleistung des ursprünglichen Anbieters, die zur Erweiterung bereits erbrachter Dienstleistungen bestimmt ist. Ein Wechsel des Anbieters würde die Müve-Biel Seeland AG dazu zwingen, Dienstleistungen zu kaufen, welche die Bedingungen der Austauschbarkeit mit schon vorhandenen Dienstleistungen nicht erfüllt.
  4. Andere Informationen
    - 4.2 Datum des Zuschlags: Datum: 6. Dezember 2018.
    - 4.5 Rechtsmittelbelehrung: Dieser Entscheid zur freihändigen Vergabe kann innert 10 Tagen seit der Publikation mit Beschwerde beim Regierunqsstatthalteramt Biel, 2560 Nidau BE, angefochten werden. Eine allfällige Beschwerde muss einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten. Diese Publikation und greifbare Beweismittel sind beizulegen.

**E-Mail für amtliche Publikationen:**  
[amtsblatt@gassmann.ch](mailto:amtsblatt@gassmann.ch)

**E-Mail für Anzeigenadministration:**  
[service@gassmann.ch](mailto:service@gassmann.ch)

**E-Mail für Abonnemente:**  
[amtsblattabo@gassmann.ch](mailto:amtsblattabo@gassmann.ch)

**Das Amtsblatt des Kantons Bern erscheint einmal wöchentlich, normalerweise am Mittwoch.**

**Redaktionsschluss ist am Freitag, 10 Uhr.**

**Die Redaktion behält sich vor, den Redaktionsschluss aufgrund von Feiertagen vorzuverschieben.**

**Für diese Ausnahmen finden Sie jeweils rechtzeitig einen entsprechenden Hinweis im Amtsblatt des Kantons Bern, ebenfalls eine eventuell veränderte Erscheinungsweise.**

**Redaktionsschluss für **simap** ist jeweils Donnerstag Mitternacht.**

**Bitte beachten Sie, dass sich auch dieser entsprechend dem Redaktionsschluss des Amtsblattes verschieben kann.**

# Publikationen im Amtsblatt – Wegleitung

1. Zusammenarbeit. Bitte bringen Sie allen Ihren Mitarbeitern vorliegende Wegleitung zur Kenntnis. Durch verständnisvolle Zusammenarbeit mit dem Amtsblattverlag tragen Sie zu einer reibungslosen Abwicklung Ihrer Aufträge, zur Vermeidung von Rückfragen, Fehlern und Verspätungen bei.
2. Einsendetermin. Annahmeschluss Freitag, 10 Uhr. Publikationen, welche dem öffentlichen Beschaffungswesen unterstellt sind, müssen über den Link [www.simap.ch](http://www.simap.ch) erfasst werden. Redaktionsschluss Donnerstag, 24 Uhr. Vor Feiertagen, welche auf einen Wochentag fallen, wird dieser Termin jeweils vorverlegt; bitte zu gegebener Zeit Avis im Amtsblatt beachten. Publikationsaufträge mindestens 24 Stunden vor Annahmeschluss der Post übergeben. Der Verlag behält sich vor, Publikationen, durch welche keine Fristen anberaumt oder welche zu spät aufgegeben werden, vor bzw. nach dem vorgeschriebenen Datum erscheinen zu lassen.
3. Amtliche Publikationen. Bitte deutlich die Rubrik, unter welcher die in Auftrag gegebene Publikation erscheinen soll, bezeichnen. Im Zweifelsfall erscheinen Publikationen, bei welchen zweckmässige Angaben fehlen, im nichtamtlichen Inserateteil.
4. Redaktionelles. In früher erschienenen Amtsblättern nachschlagen, wie analoge Publikationen abgefasst sind; insbesondere den im Amtsblatt klein gedruckten, allgemeinen Kommentaren Rechnung tragen. Gerichtsbehörden werden gebeten, die im Reglement über die Information der Öffentlichkeit durch die Zivil- und Strafgerichte vom 9. Dezember 1996 (BSG 162.13) enthaltenen Bestimmungen zu befolgen. Der Verlag behält sich ausdrücklich vor, ungeeigneten Text den Publikationsusancen des Amtsblattes anzupassen. Publikationstexte, welche diesen Usancen zuwiderlaufen, werden entweder abgeändert oder zwecks Kürzung, Ergänzung oder Berichtigung zurückgesandt. Manuskriptbearbeitung und Übersetzungen werden nach Zeitaufwand berechnet, auch bei Gratispublikationen (vgl. Ziff. 5, 11, 12, 13).
5. Manuskripte. Zu publizierende Texte können per E-Mail ([amtsblatt@gassmann.ch](mailto:amtsblatt@gassmann.ch), im Word-Format), per Fax und auf dem Postweg übermittelt werden. Blätter nur einseitig bedruckt/beschriftet. Bei Faxmitteilungen bitte auf Lesbarkeit achten (nicht zu kleine Schrift und nicht mit Raster unterlegt). Sollen ausgefüllte Formulare als Druckvorlage dienen, deutlich streichen, was nicht zu publizieren ist (vgl. Ziff. 4, 6, 10, 11, 12, 13).
6. Papierformat. Für Publikationsaufträge ausschliesslich Normalformat A4 (21 x 29,7 cm) verwenden und oben rechts Raum freilassen für Registraturvermerke (vgl. Ziff. 5). Bitte keine Postkarten oder Memoranden.
7. Briefadresse. Publikationsaufträge für das Amtsblatt und diesbezügliche Korrespondenzen nicht an die Staatskanzlei und auch nicht an die Firma Gassmann AG, sondern wie folgt adressieren: Amtsblatt des Kantons Bern, Postfach, 2501 Biel; bei Expresssendungen «Längfeldweg 135» hinzufügen.
8. Jedesmal Postleitzahl. Bei allen Korrespondenzen genaue Adresse und Postleitzahl sowie Telefonnummer des Absenders angeben, ebenso bei wem die Publikationsgebühren zu erheben sind (vgl. Ziff. 10, 11).
9. Telefonische Aufträge. Es werden keine telefonischen Publikationsaufträge entgegengenommen.
10. Publikationsvorschriften auffällig am Anfang des Publikationstextes anbringen, nicht am Ende des Textes, nicht auf der Rückseite, nicht auf separatem Brief. Beispiel: Amtsblatt des Kantons Bern, Postfach, 2501 Biel / zur . . . maligen Publikation im Amtsblatt / Rubrik / Erscheinungstag(e): . . . / Rechnung senden an . . . / Datum . . . / Unterschrift . . . Allgemein gültige Weisungen bei jedem Auftrag wiederholen (vgl. Ziff. 6, 11, 12).
11. Gebührenpflichtige Publikationen. Für Publikationsgebühren wird Rechnung gestellt. Der Verlag ist berechtigt, ohne besondere Begründung Vorauszahlung zu verlangen. In Rechnung gestellte Gebühren sind zahlbar innert 30 Tagen, rein netto (Mahngebühr Fr. 5.-; diese kann auch für mehrmaliges Rechnungstellen erhoben werden). Skonto oder andere Abzüge sind nicht zulässig, Rechnungstellung an Vermittler oder Gewährung von Provisionen ausgeschlossen. Aufträge, welche dieser Vorschrift widersprechen, können abgelehnt werden (vgl. Ziff. 10, 13).
12. Gratis-Publikationen. Kantonalbernerische Behörden haben Anspruch auf amtliche Gratis-Publikationen, wenn nicht Dritte Verursacher von Publikationen sind. Bitte bei Auftragserteilung auffällig vermerken «GRATIS» und kurze Begründung beifügen. Hinweise wie «amtlich» oder «Amtsstelle des Kantons Bern» genügen nicht. Missachtung dieser Vorschriften hat Rechnungstellung zur Folge, und es kann nachträglich nicht mehr Anspruch auf Gratis-Publikation erhoben werden. Aufträge zur Berichtigung von ohne Verschulden des Verlages entstandenen Fehlern werden grundsätzlich nicht gratis ausgeführt. Gemäss Weisung der Staatskanzlei hat der Verlag auf raumsparendes Publizieren zu achten. Bitte machen Sie mit – Gratispublikationen bitte kurz fassen und auf das Nötigste beschränken. Vorstehende Ziffern 4, 5 und 10 bitte speziell beachten, ebenso Ziffer 13.
13. Verantwortung, Haftung. Für die Richtigkeit der Publikation ist der Einsender verantwortlich, und er haftet dem Verlag für ordnungsgemässe Zahlung der Publikationsgebühren. Ein Anspruch auf Preisnachlass oder Gratisberichtigung von Druckfehlern besteht nur, wenn der Sinn einer Publikation durch Verschulden der Druckerei entstellt worden ist.

# Amtsblatt des Kantons Bern

Tarife ab 1. Januar 2017

## Abonnementspreise (inklusive 2,5% Mehrwertsteuer)

Abonnemente: W. Gassmann AG, Längfeldweg 135, Postfach, 2501 Biel  
Telefon 032 344 82 15, Telefax 032 344 82 38, E-Mail: amtsblattabo@gassmann.ch

Dauer:	12 Monate	Fr.	78.—
	6 Monate	Fr.	46.—
	3 Monate	Fr.	28.—
	ein Monat	Fr.	15.—

## Amtliche Publikationen (inklusive 8% Mehrwertsteuer)

Amtliche Publikationen: W. Gassmann AG, Längfeldweg 135, Postfach, 2501 Biel  
Telefon 032 344 81 46, Telefax 032 344 83 53, E-Mail: amtsblatt@gassmann.ch

Preise:	Grundgebühr	Fr.	15.10
	Zuschlag pro weitere mm-Zeile	Fr.	1.08
	Mindestgebühr: Grundgebühr plus 15 mm	Fr.	31.30

Zuschläge:	Rubrikzuschläge (Erklärungstexte)		
	bis 35 mm	Fr.	15.—
	35 bis 70 mm	Fr.	28.—
	über 70 mm	Fr.	53.—

Ausserkantonale Publikationen: Zuschlag 15%

### Mehraufwand

Rückzüge/Annullierungen:	Rückzugsgebühr (ohne Satzkosten)	Fr.	16.—
	Satzkosten pro Zeile	Fr.	1.50
	Minimal verrechnete Satzkosten	Fr.	20.—

Autorkorrekturen: pro Korrekturzeile (Satz) Fr. 1.50

Telefonspesen: Zuschlag pro Gespräch Fr. 8.—

Übersetzungen: pro Wort Fr. –.70

### Bearbeitung von Manuskripten mit Verrechnung

Manuskripte, welche nicht der Wegleitung für das Amtsblatt entsprechen, werden durch unser Korrektorat gekürzt, abgeändert oder berichtigt.

Diese zusätzliche Arbeit wird nach Aufwand verrechnet (auch bei Gratispublikationen).

Pro Stunde Fr. 90.—

## Anzeigenpreise (zuzüglich 8% Mehrwertsteuer)

Anzeigenmarketing und Verkauf: Gassmann Media AG, Längfeldweg 135, 2501 Biel  
Telefon 032 344 81 46, Telefax 032 344 83 53, E-Mail: service@gassmann.ch

mm-Preise (1-spaltig):	Kommerziell mind. 20 mm	Fr.	–.91
	Stellen mind. 20 mm (mind. 2 Spalten)	Fr.	–.99

Zuschläge: Chiffregebühr Fr. 40.—

Farbzuschläge:	Amtsblatt-Rot bis ½ Seite	Fr.	100.—
	Amtsblatt-Rot bis ¼ Seite	Fr.	170.—

Pantonefarbe bis ¼ Seite Fr. 430.—

Wiederholungsrabatte: 2x 3% 3x 5% 6x 8% 10x 13% 20x 17%

# Publikationen?



Im Amtsblatt des Kantons Bern.